

Einheit und Widerspruch

Theoretisches und Diskussionsorgan der Partei der Arbeit Österreichs

Heft 5 – August 2017

Impressum

Partei der Arbeit Österreichs (PdA)

pda@parteiderarbeit.at

www.parteiderarbeit.at

Bennoplatz 6/Eingang Bennogasse 7

1080 Wien

© bei den Autoren

Wien, 2017

Eigenverlag

Herstellung: Frick Kreativbüro & Onlinedruckerei e.K., Krumbach

Einheit und Widerspruch

**Theoretisches und Diskussionsorgan
der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)**

Heft 5 – August 2017

Inhalt

- 7 Editorial
Gerfried Tschinkel
- 10 Die PdA und die Nationalratswahl
Stellungnahme des Parteivorstandes der PdA
- 14 Die Epoche der Oktoberrevolution
Tibor Zenker
- 33 Krieg und sozialistische Revolution
Georgios Kolias
- 48 Happy Birthday „Kapital“ – Guten Morgen Sozialismus
Gerfried Tschinkel
- 74 Bündnispolitik und antimonopolistische Demokratie im
Programm „Sozialismus in Österreichs Farben“ – Eine Kritik
Lukas Haslwanter
- 88 Programmentwurf der Programmkommission der PdA
(Teil1)
- 89 Kapitalismus heute – Die Welt in der wir leben
Programmkommission

Editorial

Von Gerfried Tschinkel für die Redaktion

Das Problem aller Theorie ist, dass sie nie ein getreues Abbild der wirklichen Verhältnisse sein kann. Als Annäherung an die Wirklichkeit ist sie aber absolut wahr, wenn sie zu einer historischen Tatsache wird. Wenn sie also die Köpfe der Menschen erreicht und sie mit demselben Ziel in Bewegung setzt. Die revolutionäre Theorie weiß um die Richtung der Entwicklung. Eine Entwicklung, die der Mensch zunächst immer nur in der Erfahrung hinter sich hat. In dem Augenblick, in dem die Arbeiterklasse zum entscheidenden Schlag gegen die herrschenden Verhältnisse ausholt, verschwimmen die unzureichenden Grenzen der Theorie. Sie wird mit den praktischen Erfahrungen der Menschen in Übereinstimmung gebracht. Der Mensch bewegt sich. Die Stunde der Revolution schlägt.

Vor 100 Jahren fand in Russland die Oktoberrevolution statt. Sie war eine beispiellose Manifestation des aufbegehrenden Volkes gegen Unterdrückung, Elend und Krieg. Sie hat aber nicht nur Russland grundlegend verändert und führte darüber hinaus schließlich zur Bildung zahlreicher sozialistischer Staaten, sie hat die ganze Welt erschüttert. Das was sie bewirkt hat, ist nicht revidierbar. Mit dem Ende des real existierenden Sozialismus in der Sowjetunion und in Teilen Europas endete zwar vorübergehend ein Geschichtsabschnitt der Revolution, nicht aber ihr Wirken hinein in eine neue Zeit. Der Ruf nach einer weiteren Revolution, der Überwindung des Kapitalismus als Weltsystem, hallt immer noch nach und verlangt es, die einst begonnene Revolution von 1917 weiterzuführen und zu vollenden.

Tibor Zenker liefert einen Überblick über das Jahrhundert 1917 bis 2017, das durch und durch geprägt war von der Oktoberrevolution. Davon ausgehend ist auch die Geschichte des Imperialismus zu bewerten, sowie die Entstehung sozialistischer Staaten, nationaler Befreiungsbewegungen und die Entwicklung der Arbeiterbewegung insgesamt.

Georgios Kolias untersucht Ursprung und Wesen des Krieges und geht nicht nur auf die Strategie der Bolschewiki ein, den Krieg in eine Revolution umzuwandeln, sondern versucht auch die Lehren für die Gegenwart aus alledem zu ziehen.

Als die Oktoberrevolution in Russland die bestehenden Verhältnisse umwälzte, war der erste Band des „Kapital“ von Karl Marx gerade 50 Jahre alt. 1872 wurde er erstmals ins Russische übersetzt, die erste Fremdsprache in der „Das Kapital“ erschien. Das Werk gab den Revolutionären nicht nur den Schlüssel zum Verständnis der herrschenden Produktionsweise in die Hand, sondern auch den Schlüssel zur Veränderung der Welt. Heute stellt das Kapital nicht nur Wissen über den existenten Kapitalismus bereit, sondern auch das Wissen über das, was hinter uns liegt. Der Marxismus muss sich heute auch an den Erfahrungen des Scheiterns des bisher existierenden Sozialismus messen. Gerfried Tschinkel geht davon aus, dass das Verständnis dafür auch bereits im Kapital von Marx angelegt ist und will dies darstellen am Zusammenhang von Geld und Kapital.

Zudem können wir, im Einwirkenlassen all dieser mächtigen Jubiläen, nun den ersten Teil von drei des Programmwurfes der Programmkommission der PdA vorlegen. Mit diesem Entwurf liegt eine Fassung von programmatischen Verallgemeinerungen vor, die nun der Parteiöffentlichkeit zur eingehenden Diskussion vorgelegt wird. Es werden dazu sicherlich auch noch Diskussionsveranstaltungen und weitere interaktive Parteievents folgen. Teil zwei des geplanten Programms wird sich sodann mit Fragen der Strategie und Teil drei mit Sozialismusperspektiven befassen. Alle PdA-Mitglieder seien hiermit auch noch einmal speziell dazu aufgefordert, entlang dieser inhaltlichen Schwerpunkte in nächster Zeit Textbeiträge für die Einheit und Widerspruch zu liefern.

Beispielhaft dahingehend schreitet Lukas Haslwanger voran, der die hier geführte Debatte um antimonopolistische Strategie fortsetzt. Das Heraustreten der Marxisten-Leninisten aus der sterbenden KPÖ wirft natürlich auch die Frage nach der eigenen geschichtlichen Identität auf und inwiefern an alten Theorietraditionen der kommunistischen Be-

wegung in Österreich anzuknüpfen ist. Lukas Haslwanter beantwortet diese Frage zum einen im Rückgriff auf Lenin zum anderen aber auch entlang der Erfordernisse aktueller praktischer Orientierungen.

Die PdA und die Nationalratswahl

Stellungnahme des Parteivorstandes der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)

Am 15. Oktober 2017 findet in Österreich die Nationalratswahl statt, wobei die 183 Abgeordneten der Hauptkammer des Parlaments neu gewählt werden. Die Partei der Arbeit Österreichs (PdA) wird bei dieser Wahl nicht kandidieren. Diese Entscheidung erfolgte aufgrund konkreter subjektiver und objektiver Voraussetzungen.

Subjektive Bedingungen der PdA

Drei Tage vor der Nationalratswahl wird die PdA auf ein vierjähriges Bestehen zurückblicken können. Seit Oktober 2013 weist die Entwicklung der Partei einige positive quantitative und qualitative Seiten auf, gleichzeitig verbleiben einige Schwierigkeiten, die nicht in kurzer Zeit zu bewältigen waren, sind und sein werden. Die personellen, strukturellen, materiellen und nicht zuletzt die finanziellen Mittel der PdA sind begrenzt und müssen vernünftig eingesetzt werden. Eine Wahlteilnahme zum jetzigen Zeitpunkt würde die Kräfte der PdA auf das Höchste anspannen und einen Großteil unserer Ressourcen binden und verbrauchen. Wir sind daher zu dem Schluss gelangt, dass diese besser und sinnvoller zu nützen sind als für ein wahlpolitisches Abenteuer, zumal Wahlauseinandersetzungen und parlamentarische Vertretungskörper zwar Orte des Klassenkampfes, aber nicht als Hauptaufgaben und -ziele der PdA anzusehen sind. In diesem Sinne wird die PdA in den kommenden Monaten weiter an ihrem organisatorischen Fortkommen, an ihrem inhaltlichen Profil sowie an der Aufklärung, Mobilisierung und Organisierung der Arbeiterklasse in Österreich arbeiten. Unberührt von dieser Entscheidung bleiben künftige Kandidaturen der PdA bei Wahlen für Vertretungskörper auf verschiedenen Ebenen, in unterschiedlichen Bereichen und in wechselnder Konstellation. Über diese wird jeweils unmittelbar und gemäß konkreter Bedingungen und Ziele zu entscheiden sein.

Der bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus

Der Parlamentarismus der bürgerlichen Demokratie ist eine der Herrschaftsformen des Kapitals, die der Unterdrückung der Arbeiterklasse dient. Ihre Demokratieillusion besteht darin, den Menschen vorzugaukeln, dass durch das gelegentliche Ankreuzen unterschiedlich benannter Parteilisten, die sich in Wirklichkeit in den Hauptfragen inhaltlich nur wenig unterscheiden, bereits maximale Mitbestimmung gegeben wäre. Außerdem gebe es ja das Recht aller StaatsbürgerInnen, selbst bei Wahlen zu kandidieren. Die Tatsachen der kapitalistischen Realität sind freilich andere: Das Angebot bleibt gezielt begrenzt und die Systemparteien unter sich. Dafür sorgen viele antidemokratische Hürden für kleine oder neue Parteien, wodurch diesen die Teilnahme an Wahlen und am Parlamentarismus verunmöglicht werden soll. Hierzu zählen in administrativer Hinsicht z.B. die Aufbringung der Unterstützungserklärungen, die in der Form möglichst aufwendig gestaltet wird, aber auch Sperrklauseln bei der Mandatsvergabe, die viele Stimmen schlichtweg ignorieren. Die Hauptsache ist aber die Verteilung der Ressourcen und finanziellen Mittel: Während sich die etablierten Parteien Millionenbeträge aus Steuergeldern und von kapitalistischen Sponsoren genehmigen, um die Wählerschaft mit riesigen Werbekampagnen einzudecken, hat z.B. die PdA nur die überschaubaren Beiträge ihrer eigenen Mitglieder zur Verfügung. Auch der Zugang zu den Massenmedien – seien sie privatkapitalistisch oder staatlich – wird natürlich zugunsten der Herrschenden gesteuert. Eine faire Wahlteilnahme oder gar eine entsprechende parlamentarische Repräsentation einer revolutionären Arbeiterpartei ist unter diesen Bedingungen in Österreich nicht möglich – aber das ist ja auch der Sinn der Sache. Wenngleich wir selbstverständlich die Beseitigung aller undemokratischen Hürden fordern, so wissen wir, dass es solche Hürden in dieser oder jener Form immer geben wird. Daher wollen wir auch nicht darüber lamentieren, dass es das Kapital dem Antikapitalismus schwer macht – das versteht sich ja von selbst, alles andere wäre naiv. Insofern ist dieser Punkt nicht der Hauptgrund unserer Wahlabsenz, denn dies würde zu einer grundsätzlichen „linksradikalen“ Boykottposition führen; und dieser Punkt darf auch nicht als Ausrede der Nichtteilnahme an den Wahlen gelten, denn der Grund

liegt zweifellos mehrheitlich bei den subjektiven Bedingungen der PdA. Im Allgemeinen gilt: Durchaus kann eine revolutionäre Arbeiterpartei an bürgerlichen Wahlen teilnehmen – und dabei im gewissen Rahmen auch erfolgreich sein (dafür gibt es in Europa Beispiele). Es wäre aber eine abermalige Illusion, man könnte etwaige Mandate dazu nützen, den Kapitalismus in die Schranken zu weisen oder gar dem Sozialismus näher zu kommen. Sie wären nur Positionen, um von dieser zusätzlichen Tribüne die Massen aufzuklären und zu mobilisieren, um den kämpferischen Widerstand gegen den Kapitalismus und Imperialismus zu organisieren, der vornehmlich nicht in den Parlamenten, sondern in den Betrieben, Bildungseinrichtungen und auf der Straße stattfinden wird.

Perspektiven des Widerstandes

Die Arbeiterklasse hat bei der kommenden Nationalratswahl nichts zu gewinnen. Die SPÖ wird zu PR-Zwecken vorübergehend wieder ihre soziale Ader entdecken, macht aber seit Jahrzehnten antisoziale Realpolitik gegen die Arbeitenden, Arbeitlosen und sozial Schwachen. Das wird auch nach dieser NRW wieder so sein. Die Behauptung oder Annahme, die FPÖ sei – neben aller Fremdenfeindlichkeit und Menschenverachtung – eine irgendwie soziale Partei, ist eine üble Mogelpackung oder ein grober Irrtum. Sie agiert für die Reichen und ist in mancherlei Hinsicht sogar die Speerspitze des Kapitals. Die ÖVP ist ohnedies ganz offensichtlich die Partei der Banken und Konzerne. – Zwei dieser drei Parteien werden die nächste Regierung stellen. Egal in welcher Konstellation, es wird wieder eine Regierung der Angriffe auf die sozialen, demokratischen und Menschenrechte sein. Sie wird wieder für das Kapital arbeiten und die Arbeitenden betrügen und ausplündern.

Links von der SPÖ wird voraussichtlich wieder die KPÖ kandidieren, falls sie sich nicht doch noch für ein Wahlbündnis entscheidet, was eher unwahrscheinlich sein dürfte, aber auch keinen Unterschied macht (außer für KPÖ-interne Querelen). Der Nutzen solcher Kandidaturen wird abermals überschaubar sein: Im sozialen Bereich wird mit einem eigentlich sozialdemokratischen Programm eine solidari-

sche Gesellschaft versprochen werden, die den Kapitalismus „verbessert“; in gesellschaftspolitischer Hinsicht wird nichts vorliegen, was nicht auch Grüne und NEOS vertreten. Die KPÖ wird aber ohnedies nicht in die Verlegenheit kommen – wie ihr großes Vorbild SYRIZA in Griechenland –, mit ihren Vorstellungen zu scheitern, weil sie realistisch gesehen wohl nicht nur nicht in Regierungsverantwortung, sondern nicht einmal ins Parlament gelangen wird. Alles, was die grundsätzlichen Ansatzpunkte einer radikalen oppositionellen Politik der Arbeiterklasse und des Volkes verlangen würden, wird ohnedies nicht thematisiert, z.B.: der gegebene Klassenantagonismus im Krisenkapitalismus, dem mit Klassenkampf von unten zu begegnen ist; der Imperialismus, der in Österreich nicht zuletzt durch das EU-Diktat repräsentiert wird. Nur auf einer solchen Grundlage – Klassenkampf, Antikapitalismus, Antiimperialismus – ergäbe eine linke Bündniskandidatur tatsächlich Sinn. Die gegebenen Bedingungen bieten diese Grundlage nicht, denn die Handelnden wollen es gar nicht, sondern hängen allgemein-„linken“, reformistischen und daher wahlpolitischen Illusionen an. Auch das nehmen wir zur Kenntnis.

Und deshalb bleibt es dabei: Es braucht eine Stärkung des konsequent klassenkämpferischen, revolutionären und antiimperialistischen Pols in der Gesellschaft. Zu dessen Herausbildung wird die PdA weiterhin beitragen, im Einvernehmen mit befreundeten und verbündeten Kräften im Bereich der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung, der kommunistischen Jugendorganisationen, der migrantischen und antifaschistischen Organisationen. Dies wird Voraussetzung sein für die Etablierung einer Widerstands- und Volksbewegung gegen Kapitalismus und Imperialismus, die in ihrer Offensive für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg kämpft – den Sozialismus.

Partei Vorstand der PdA, Wien, 22. Juni 2017

Die Epoche der Oktoberrevolution

Von Tibor Zenker

Redigierter Text des Vortrages „Oktoberrevolution 1917 – Resonanz und Konsequenzen“, Wien, 12. Mai 2017

Die siegreiche Oktoberrevolution im November 1917 in Russland war – und ist – ein welthistorisches Ereignis von weit reichender Bedeutung. Erstmals stürzte die Arbeiterklasse – unter Führung der marxistischen Partei Lenins – die Bourgeoisie und etablierte seine eigene politische Macht. Dies wiederum war Voraussetzung, um den ersten sozialistischen Staat der Menschheitsgeschichte zu schaffen, die Russische Sowjetrepublik, die 1918 formell konstituiert wurde und ihrerseits wiederum die Basis der 1922 gegründeten UdSSR bildete. Johann Koplenig schrieb demgemäß: „Mit der Oktoberrevolution unter Lenins Führung hat die Erneuerung der Welt begonnen, die Befreiung der werktätigen Menschheit vom Joch der Ausbeuter.“ (Koplenig 1951: 157) Friedl Fűrberg unterstreicht die globale und nachhaltige Relevanz, wenn er feststellt: „Die sozialistische Oktoberrevolution hat die Welt erschüttert (...) Das Ringen zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Vergangenheit und Zukunft der Menschheit, hat die ganze Erde umfasst, es durchdringt alles, beeinflusst das Leben aller Völker.“ (Fűrberg 1967: 141)

Neben marxistischen kommen selbst bürgerliche und sozialdemokratische Historiker gelegentlich nicht umhin, die Oktoberrevolution als das zentrale Ereignis des 20. Jahrhunderts zu bezeichnen. Kaum eine politische, wirtschaftliche, soziale Begebenheit des 20. Jahrhunderts sei ohne Bezug zur Oktoberrevolution und deren Auswirkungen zu erklären, heißt es mitunter. Doch gleichzeitig sei mit der abermali-

gen Zäsur 1989/90 – der erfolgreichen Konterrevolution in Osteuropa – bzw. mit Jahresende 1991 – der völkerrechtlichen Auflösung der UdSSR – diese geschichtliche Periode vorbei. In diesem Kontext wird (auf unterschiedliche Weise) der Gedanke des „kurzen 20. Jahrhunderts“ rezipiert, zunächst von Eric Hobsbawm (Hobsbawm 1995: 11), aber auch z.B. von Walter Baier (Vgl. Baier 2009), der seine KPÖ-Historie 1918-2008 unter diesen Titel stellte. Wesentlicher ist jedoch, dass andere – namentlich Francis Fukuyama (Vgl. Fukuyama 1992) – gleich das „Ende der Geschichte“ ausriefen, wonach sich mit der Überwindung des Kommunismus der Kapitalismus und seine bürgerlich-demokratische Ordnung liberaler Ausrichtung endgültig durchgesetzt hätten.

Wir Kommunisten sehen das ein bisschen anders: Die Nachrichten vom Tod des Sozialismus und Kommunismus sind stark übertrieben. Franz Muhri etwa schrieb: „Der Zusammenbruch der realsozialistischen Gesellschaften in Europa war (...) eine Niederlage, ein schwerer Schlag für die internationale Arbeiter- und Befreiungsbewegung, für die marxistische Linke auf der ganzen Welt und – wenn man so will – ein Etappensieg des Kapitalismus, aber keineswegs ein endgültiger. Es ist ein Irrtum oder ein Wunschtraum, wenn nunmehr vom ‚Ende der Geschichte‘ gesprochen wird. Damit wäre gemeint, dass der Kapitalismus eine für immer geeignete Gesellschaftsform darstellt, die durch keine andere mehr abgelöst werden würde.“ (Muhri 1995: 76)

Wir gehen davon aus, dass sich die Menschheit in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus befindet – nämlich nach wie vor befindet, trotz der Rückschläge 1989-1991. Und man muss den Beginn dieser Epoche gar nicht zwingend mit der Oktoberrevolution festlegen oder an ihr festmachen, sondern möge im Sinne einer präzisen Epochenbestimmung an die Pariser Kommune von 1871 denken. „Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune“, schrieb Karl Marx, „wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft.“ (Marx 1956: 362) Die siegreiche Oktoberrevolution und die Schaffung zunächst Sowjetrusslands bzw. sodann der UdSSR sind aber die deutlichste Manifestation, der praktische und materielle Ausdruck des Beginns dieser Epoche des revolutionä-

ren Übergangs – und v.a. auch deren erster staatspolitischer Ausdruck. Der Klassenantagonismus des Kapitalismus trat damit auf die staatspolitische Ebene, und natürlich bestimmte der Gegensatz zwischen den imperialistischen Staaten einerseits, dem Sozialismus und in weiterer Folge der sozialistischen Staatenwelt andererseits die folgenden Jahrzehnte bis heute – und somit inzwischen ein volles Jahrhundert. Und der Kampf geht weiter, gewiss auch 2018.

Gehen wir nun zurück zu unmittelbaren Auswirkungen bzw. Ergebnissen der Oktoberrevolution und bleiben wir zunächst bei der Reaktion – der Reaktion. Das zaristische Russland war zu Jahresbeginn 1917 zwar ein wirtschaftlich teilweise rückständiges Land, was durch die Schäden des Ersten Weltkrieges nicht gerade verbessert wurde, aber trotzdem der größte Staat des Planeten und global durchaus von immenser Bedeutung. In den damaligen imperialistischen Zentren – in London und Washington, in Paris und Rom, in Berlin und Wien – war den Herrschenden natürlich klar, dass, wenn ein Sechstel der Erde rot bliebe, dies fatale Folgen haben würde. Im internationalen Rahmen wäre die Weltherrschaft des Kapitalismus gebrochen – und mehr noch: Es bestand die Gefahr, dass in den höher entwickelten Staaten West- und Mitteleuropas die Arbeiterklasse dem russischen Beispiel folgen und dadurch binnen kurzer Zeit das Schicksal des Kapitalismus besiegeln würde. Winston Churchill wird später mit Bedauern feststellen, es wäre besser gewesen, man hätte den Bolschewismus bereits im Säuglingsalter in seiner Wiege erdrosselt. Nicht, dass man es nicht versucht hätte: Die deutsche und österreichische Armee setzte im Frühjahr 1918 zunächst – auch infolge des Fehlverhaltens Leo Trotzki bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk – die Offensive an der Ostfront fort und dies mit Erfolg. Die Entente-Mächte versuchten ab Juni 1918 eine (begrenzte) Invasion, eine militärische Intervention. Jedoch nicht nur britische, französische und US-amerikanische Truppen landeten auf russischem Territorium, sondern in weiterer Folge auch japanische und sogar griechische und tschechische, zunächst ganz im Osten, dann im Süden. Gleichzeitig wurden konterrevolutionäre und weißgardistische Kräfte in Russland massiv mit Geld, Waffen und sonstigen Ressourcen unterstützt, um den Bürgerkrieg fortzusetzen. Man muss nun nicht auf den militärischen

Verlauf genauer eingehen – wie bekannt sein dürfte, blieb die neu geschaffene Rote Armee siegreich: 1920 wurde die Krim eingenommen, 1921 Transkaukasien, 1922 Wladiwostok und bis 1923 war der Krieg beendet. Knapp vor Jahreswechsel 1922/23 wurde die UdSSR formell gegründet. Churchill und die anderen Imperialisten mussten zur Kenntnis nehmen: Es ist der neugeborene Herakles, der die heimtückischen Schlangen in seiner Wiege erwürgt.

Für die Sowjetmacht war diese Zeit des Bürgerkrieges und des „Kriegskommunismus“ natürlich trotzdem verheerend. Die Versprechungen der Revolution waren Brot und Frieden – und beides gab es nicht. Nach dem Weltkrieg bedeutete der Bürgerkrieg abermals einen gravierenden Verlust an Menschen und Ressourcen, die landwirtschaftliche und industrielle Produktion war auf einen Bruchteil des Vorkriegsniveaus eingebrochen. Innerstaatlich wurde versucht, den Problemen mit der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) beizukommen, die „nichts anderes als ein zeitweiliger strategischer Rückzug vor dem Übergang zur neuen Offensive gegen die kapitalistischen Elemente und zum Aufbau der Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage“ (Koplenig 1951: 90) war. In diesem Sinne ging man 1928/29 zur Etablierung der Fünfjahrespläne (inklusive begleitender Maßnahmen) über. Und hier liegt zweifellos eine Erfolgsgeschichte vor, zumal die UdSSR nur bedingt – im Getreideexport – von der Weltwirtschaftskrise betroffen war: Die Industrieproduktion stieg bis 1939, also bis zum Zweiten Weltkrieg, auf das Zehnfache, in einigen besonders wichtigen Bereichen – etwa Stromerzeugung oder Maschinenbau – noch wesentlich stärker. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die UdSSR Westeuropa ein- und überholt und verfügte nach den USA über die zweitgrößte Industrieproduktion der Welt. Der deutsch-faschistische Überfall 1941 und die Niederringung des Faschismus bedeuteten für die UdSSR jedoch abermals immense Verluste, nicht zuletzt jenen von 27 Millionen Menschen. All dies muss man bedenken, wenn einem gelehrte bürgerliche „Wirtschaftsforscher“ etwas über die ökonomische Überlegenheit des Kapitalismus und die sozialistische Miss- und Mangelwirtschaft erzählen wollen. Und man muss bedenken, dass die Erfüllung der Fünfjahrespläne ab 1929 sowie gesellschaftspolitische, soziale und auch militärstrategische Maßnahmen der Sowjetregierung

damals erst die Voraussetzungen schufen, die zum Sieg im Großen Vaterländischen Krieg und zur Befreiung des Großteils Europas von der NS-Barbarei führten.

Wieder zurück zu den kapitalistischen Staaten in Europa und Nordamerika. Mit der Oktoberrevolution und der Herausbildung der UdSSR sowie deren Konsolidierung trat die allgemeine Krise des Kapitalismus, eine umfassende Systemkrise, offen hervor. Sie bedeutete eine Zuspitzung der Widersprüche, des kapitalistischen Grundwiderspruchs, des Widerspruchs zwischen imperialistischen Staaten und abhängigen Ländern, des Widerspruchs unter den imperialistischen Staaten – und natürlich des staatspolitischen Systemgegensatzes. Dies wiederum ist Grundlage – nicht alleinige, monokausale, aber eine entscheidende – weiterer Entwicklungen im Kapitalismus: Dies betrifft etwa die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus als höherer Entwicklungsphase des Imperialismus; dies betrifft die Erosion des bisherigen Kolonialsystems; dies betrifft eine Weltwirtschaftskrise in zuvor ungekanntem Ausmaß; dies betrifft die geradezu gesetzmäßige Zusteuerung auf einen neuen Weltkrieg im Sinne der Neuaufteilung der Welt; und dies betrifft die Etablierung eines neuen, spezifischen Herrschaftssystems des Monopolkapitalismus, nämlich des Faschismus. – „Faschistische Gestalt“, schreibt Kurt Gossweiler, „nahm der imperialistische Drang nach Reaktion und Gewalt (...) erst nach dem ersten Weltkrieg und nach dem Sieg der Oktoberrevolution an, d.h. nach Eintritt des Kapitalismus in das Stadium seiner allgemeinen Krise.“ (Gossweiler 1988 Bd. II: 583)

Der Faschismus als „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, der am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ (Dimitroff 1971 Bd. I: 105) richtete sich im Inneren mit aller Folgerichtigkeit in konterrevolutionärer Antizipation gegen die Arbeiterbewegung – insbesondere deren revolutionären Teil – sowie im internationalen Rahmen gegen die Sowjetunion. Die militärische Niederwerfung und Eroberung der unmittelbaren west-, süd- und osteuropäischen Nachbarn war für den deutsch-faschistischen Imperialismus eine Sache – die Zerschlagung der UdSSR und des Sozialismus aber das Hauptziel, was die USA und Großbri-

tannien durchaus goutierten. Wiederum Churchill meinte nach dem Krieg, man hätte mit Hitler – statt Stalin – das falsche Schwein geschlachtet. Die schließlich vehementere Teilnahme der USA am Zweiten Weltkrieg hatte sodann auch mehr mit antikommunistischer Eindämmungspolitik als mit antifaschistischer Überzeugung zu tun: Die Landung in der Normandie sollte v.a. dem Szenario zuvorkommen, dass die Rote Armee über Berlin und Wien gleich bis an den Ärmelkanal und die Atlantikküste durchmarschiert; und auch die Atombombeneinsätze der USA gegen Hiroshima und Nagasaki – im Nachhinein betrachtet als Einzeltaten die größten Kriegsverbrechen der Menschheitsgeschichte – sollten einerseits verhindern, dass es auf dem Wege eines konventionellen Krieges zur Besetzung Japans durch die Rote Armee kommt, andererseits der UdSSR vorführen, welches Vernichtungspotenzial und welche Bereitschaft seines Einsatzes seitens der USA gegeben sind. Mit allem Recht wurde daraufhin die Entwicklung der sowjetischen Atombombe forciert, der spätere Rüstungswettlauf jedoch war der Entwicklung in der UdSSR freilich weniger dienlich.

Die Anti-Hitler-Koalition war mit dem Tod Hitlers natürlich auch wieder Geschichte. Der neue Hauptfeind der USA, Großbritanniens und Frankreichs wurde schlagartig wieder die UdSSR, während man sich mit dem Faschismus aussöhnte – dafür stehen personelle Kontinuitäten im „Dritten Reich“ und der BRD, die Wiederbewaffnung der BRD, die Integration der faschistischen Staaten auf der iberischen Halbinsel, die faschistischen Diktaturen z.B. in Griechenland und Chile, die Werkzeuge des antikommunistischen Westblocks waren. Mit dem „Marshall-Plan“ (European Recovery Program, ERP) wurden die europäischen Frontstaaten gegen den Sozialismus gefördert, wie auch Johann Kopenig sagte: „Der Marshall-Plan ist kein Hilfsprogramm für die Völker Europas. Er ist der Plan der Zerreißung Europas und der Unterordnung der Wirtschaftskräfte Westeuropas unter die Alleinherrschaft des amerikanischen Großkapitals, (...) ein neues Bollwerk gegen die Volksdemokratien im Osten und gegen die Sowjetunion“. (Kopenig 1951: 134) Darauf aufbauend schuf man sich mit der NATO ein Kriegsbündnis zur permanenten Bedrohung der UdSSR und der sozialistischen Staaten, mit EGKS, EAG und EWG

bzw. der EG – der heutigen EU – ein Instrument, das in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht gegen den Sozialismus wirken sollte: „Ihr Ziel ist die Schaffung eines imperialistischen Kristallisationskerns in Westeuropa, von dem aus schrittweise, auf lange Frist berechnet, die Auflösung der sozialistischen Staatengemeinschaft, die Heranziehung sozialistischer Länder an die westeuropäische Integration und die Retransformation des Sozialismus in den Kapitalismus betrieben werden soll.“ (Autorenkollektiv 1971: 454) Auf unterschiedlichen Wegen – und mit Unterstützung des modernen Revisionismus und konterrevolutionärer Kräfte in den sozialistischen Staaten – wurde die Aufgabe der Zerschlagung der UdSSR und des europäischen Sozialismus 1989-1991 bewerkstelligt (eine umfassendere Niederlagenanalyse muss an dieser Stelle unterbleiben, da diese den Rahmen sprengen würde – freilich gibt es hierzu ausreichend Literatur (Vgl. Verein zur Förderung demokratischer Publizistik 2007)). Seither haben wir es mit der globalen Neuentfaltung des aggressiven und repressiven Wesens des Imperialismus zu tun.

So weit die kapitalistische, imperialistische, bürgerliche Seite der Geschichte. Kommen wir zur erfreulicheren, zumindest teilweise, nämlich zur Arbeiterbewegung. Auch in deren weiterer Entwicklung spielte die Oktoberrevolution von 1917 eine immense Rolle.

Ein Differenzierungsprozess in der Arbeiterbewegung hatte sich schon zuvor abgezeichnet: War die II. Internationale 1889 noch auf wesentlich marxistischer Grundlage gegründet worden, so schwelte im folgenden Jahrzehnt schon die Revisionismusdebatte um Eduard Bernstein und Konsorten, bereits 1903 bzw. endgültig 1912 hatte sich die SDAPR in Bolschewiki und Menschewiki gespalten, was exemplarischer Vorbote war. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges brach die II. Internationale zusammen – ihre friedenspolitischen, antimilitaristischen und revolutionären Deklarationen waren plötzlich nichts mehr wert, nur wenige Ausnahmen forderten, die Waffen gegen die eigenen Imperialisten zu wenden. Die meisten sozialdemokratischen Parteien jedoch, darunter auch die österreichische, stellten sich genau hinter ihre jeweilige Bourgeoisie und deren Krieg oder propagierten zumindest den „Burgfrieden“. Friedl Fűrberg schreibt: „Alle, mit

Ausnahme der Bolschewistischen Partei Russlands und der Sozialdemokratischen Parteien Bulgariens und Serbiens, erklärten den Krieg ihrer Bourgeoisie für berechtigt und stellten sich hinter die kapitalistische Regierung ihres Landes. Das war das Ende der Zweiten Internationale, das war, international und in der Folge in jedem Lande, die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung.“ (Fürnberg 1967: 17)

Die Antikriegsposition blieb in West- und Mitteleuropa zunächst die Meinung und Tat einzelner, zu nennen wären natürlich nicht zuletzt Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (oder in Österreich der ansonsten höchst problematische Friedrich Adler). Mit dem Sieg der Oktoberrevolution im November 1917 lag jedoch der praktische Beweis vor, dass der Sturz der Imperialisten möglich ist – und dass auch ein Friedensschluss möglich wäre.

Es gründeten sich in einer Reihe europäischer Länder innerhalb der sozialdemokratischen Parteien revolutionäre Gruppierungen, schließlich außerhalb der bisherigen Organisationen eigenständige kommunistische Parteien, die sich – mehr oder minder – die russische Revolution zum Vorbild nahmen. In Österreich wurde am 3. November 1918, ziemlich genau ein Jahr nach der Oktoberrevolution, die KPÖ gegründet.

„Das Entstehen der KPÖ 1918“, schreibt Hans Hautmann, „und über sie hinausgehend zahlreicher weiterer kommunistischer Parteien in Europa und der Welt war (...) die notwendige Folge der objektiven Situation der damaligen Zeit, in der sich der Kapitalismus in einer tiefen Krise befand und von einer sozialrevolutionären Welle erschüttert wurde (...) Die KPÖ ist (...) entstanden, weil sie mit einer nach rechts abdriftenden, auf klassenversöhnlerische Positionen übergegangenen Bewegung gebrochen hat. Nur durch diesen historischen Bruch hatte die kommunistische Bewegung eine Existenzberechtigung (...) und wird sie es zukünftig haben.“ (Hautmann. In: Mugrauer 2009: 12)

Natürlich war dieser Bruch notwendig und berechtigt, doch in Ermangelung einer zuvor aktiven marxistischen Linksoption in der österreichischen Sozialdemokratie und aufgrund des abermals prin-

zipienlosen Schulterschlusses der Persönlichkeiten der SP-„Linken“ (Otto Bauer, Friedrich Adler) mit ihren zutiefst gegenrevolutionären Genossen am rechten Rand um Karl Renner & Co. verfügte die junge KPÖ zunächst zwar nicht über keinen, aber doch einen recht überschaubaren Einfluss. Die revolutionäre Situation, die in Österreich ab 1918 – ausgehend vom großen Jännerstreik – gegeben war, in der die Massen der Arbeiter zweifellos größte Sympathien für den „russischen Weg“ hatten, kam für die KPÖ zu früh, sie konnte sich (noch) nicht an die Spitze der Bewegung 1918/19 setzen. Die SP wollte es eigentlich nicht, tat es dennoch – und sorgte bewusst dafür, dass die österreichische Revolution in bürgerlich-demokratischen Bahnen blieb. Anders gesagt: Die Sozialdemokratie rettete am Ende des Ersten Weltkrieges und danach die österreichische Bourgeoisie vor der sozialistischen Revolution – einer bürgerlichen Partei wäre das damals nicht mehr gelungen.

Nur wenige Monate nach der Schaffung der KPÖ, Anfang März 1919, fand in Moskau der Gründungskongress der III., der Kommunistischen Internationale (Komintern) statt, unter aktiver Beteiligung der KPÖ. Damit war die Arbeiterbewegung endgültig in zwei Teile zerfallen: in einen revisionistisch-reformistischen Teil – die Sozialdemokratie – und in einen revolutionären Teil – die kommunistischen Parteien. Während letztere sich weitgehend hinter die Oktoberrevolution und Sowjetrussland bzw. die UdSSR stellten und sie durch eine zeitnahe Revolution im eigenen Land unterstützen wollten, war die Position der Sozialdemokratie zunächst ambivalent. Zwar konnte man in diesem oder jenem Punkt Kritik an Lenin und den Bolschewiki üben, es war aber nicht leicht, den eigenen proletarischen Anhängern zu vermitteln, dass sie die einzige erfolgreiche proletarische Revolution der Welt ablehnen sollten. Otto Bauer, der als Kriegsgefangener die Oktoberrevolution vor Ort knapp verpasst hatte – er konnte im September 1917 von Russland nach Österreich zurückkehren –, etwa stand durchaus für ein – wenngleich nicht kritikloses und zwischenzeitlich recht pessimistisches – Bekenntnis zur welthistorischen Bedeutung der Oktoberrevolution, von deren Erfolg das Schicksal des Sozialismus abhängen würde. Bei allen theoretischen Würdigungen war die sozialdemokratische Praxis jedoch auf nationaler und interna-

tionaler Ebene eine gegenrevolutionäre, zumeist auch offen antikomunistische und antisowjetische.

Bauer schrieb 1936 im Exil über jene Sozialdemokraten, die der historischen Bedeutung der UdSSR verständnislos gegenüberstanden – und somit wesentlich über die eigene Partei und Internationale (aber auch eigene Fehlhaltungen): „Sie hatten seit der Begründung der Sozialdemokratie die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als ihr Ziel bezeichnet; aber sie hassten den Staat, der die Vergesellschaftung der Produktionsmittel wirklich vollzog. Sie haben jahrzehntelang die Überlegenheit der sozialistischen über die kapitalistische Produktionsweise gelehrt; aber sie verzichteten darauf, den Volksmassen diese Überlegenheit nun auch an eindrucksvollsten geschichtlichen Tatsachen zu zeigen, als sie sich in der ungeheuren Wachstumsenergie der russischen Wirtschaft praktisch zu erweisen begann. Da die sozialistische Gesellschaft in Russland auf anderem Wege kam, als sie erwartet und gewollt, stellten sie sich gegen die sozialistische Gesellschaft. Aber indem sie sich gegen den Sozialismus dort stellten, wo er sich zu verwirklichen begann, verblasste ihre sozialistische Gesinnung, ihr sozialistisches Wollen überhaupt.“ (Bauer 1936: 300)

Dies hat sich – mit der weiteren Rechtsentwicklung der Sozialdemokratie – in den Jahren bis 1989/90 und bis heute massiv verstärkt. Nach 1945 bildete in Österreich die SPÖ mit der ÖVP einen dezidiert antikommunistischen Block gegen die KPÖ und die osteuropäischen Volksdemokratien – in weiterer Folge auch unter dem Vorwand des „Antistalinismus“, exemplarisch sei auf die Putschlüge rund um den Oktoberstreik 1950 hingewiesen, auf die zwischenzeitliche Hintertreibung der von der KPÖ forcierten Neutralität Österreichs oder schließlich auf die Eisenstädter Erklärung, mit der sich Bruno Kreisky 1969 ideologisch klar rechtssozialdemokratisch positionierte. Selbst manch soziale, demokratische und arbeitsrechtliche Errungenschaften sind im Nachhinein als Vorsichtsmaßnahmen gegen etwaige sozialistische und kommunistische Bestrebungen in der österreichischen Arbeiterschaft zu erklären, schließlich musste man den kapitalistischen „Sozialstaat“ und die „soziale Marktwirtschaft“ als das bessere System als den „Sowjetsozialismus“ oder „Realsozialismus“ verkaufen.

Zweifellos spielte hierbei der unausgesprochene Druck der Existenz eines sozialistischen Gegenmodells in Osteuropa eine positive, allenfalls mäßigende Rolle im „Westen“. Kein Wunder, dass seit 1989/90 Sozialabbau und Privatisierungen wieder ungehemmt möglich sind. Ein kleiner Treppwitz hierbei, dass die SPÖ sich 1991 von Sozialistische Partei – wie sie seit 1945 hieß – wieder in Sozialdemokratische Partei umbenannte. Heute gibt es seitens der Sozialdemokratie freilich keinerlei positive Bezugspunkte mehr zur Oktoberrevolution oder zur UdSSR – im Gegenteil: Der Sozialismus ist endgültig aus dem Parteiprogramm gestrichen und die SPÖ ist eine klar kapitalistische, bürgerliche Partei, die sich mitunter als Arbeiterpartei inszeniert, was natürlich eine bedeutende systemstabilisierende Wirkung haben soll. Aber genug davon.

In den Anfangsjahren gab es unter den Komintern-Parteien in West- und Mitteleuropa einige Irrwege und Fehlschläge, nicht zuletzt auch seitens der jungen KPÖ, die manch linksradikaler Illusion unterlag. Daher ging man ab 1924 zur Bolschewisierung der Parteien über, d.h. man stellte sie organisatorisch, programmatisch und strategisch weitgehend auf eine gemeinsame marxistisch-leninistische Grundlage. In Österreich waren hierfür der Komintern-Beauftragte Georgi Dimitroff sowie der neue KPÖ-Vorsitzende Johann Koplenig maßgeblich verantwortlich. Winfried Garscha schreibt: „Die ‚Bolschewisierung‘ zielte darauf ab, die organisatorisch und politisch teilweise ziemlich heterogenen Parteien nach dem Muster der KPdSU zu Parteien ‚neuen Typs‘ umzugestalten. Die entscheidende Rolle dabei spielten die (...) Richtlinien des ‚demokratischen Zentralismus‘, die eine Kombination einer demokratischen Herangehensweise bei der Erarbeitung der politischen Linie und hierarchisch-zentralistischer Elemente bei deren Umsetzung darstellten. Für die KPÖ hatte die Durchsetzung dieser Normen nicht nur zur Folge, dass die Partei organisatorisch ‚Tritt fasste‘, sondern auch, dass sie in die Lage versetzt wurde, ein eigenständiges politisches Profil zu erarbeiten.“ (Garscha. In: Mugrauer 2009: 18) Tatsächlich gelang es dadurch, die KPÖ so weit kampffähig zu machen, dass sie im Widerstand gegen den Austrofaschismus und den deutschen NS-Faschismus zu einer Hauptkraft und – ironischer Weise in der Illegalität – erstmals zu einer Partei mit Masseneinfluss

wurde. Auf dieser Grundlage ist es ein großes Verdienst der KPÖ, erfolgreich für die Befreiung Österreichs von faschistischer Diktatur und deutscher Fremdherrschaft sowie die Schaffung eines unabhängigen österreichischen Staates gekämpft zu haben.

Kommen wir zum internationalen Bereich. In Deutschland wurde ab 1925 mit der zum Jahreswechsel 1918/19 maßgeblich von Luxemburg und Liebknecht gegründeten KPD, nun unter Leitung Ernst Thälmanns, die größte marxistisch-leninistische Partei nach der KPdSU aufgebaut, doch blieb die Revolution aus, was den Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ in der UdSSR nicht gerade vereinfachte. Auch in anderen Ländern mit hoffnungsvollen revolutionären Rätebewegungen bzw. kommunistischen Parteien – etwa in Ungarn, Bulgarien, Italien oder Spanien – waren weißgardistische Reaktion und Faschismus siegreich, auf dem Wege des Putsches oder des Bürgerkrieges. Trotzdem blieb die UdSSR nicht alleine: Schon im November 1924 – sieben Jahre nach der Oktoberrevolution – war der zweite sozialistische Staat der Welt konstituiert worden. Es handelte sich um die Volksrepublik Mongolei, wo die Voraussetzungen freilich eher schwierig waren.

Durch die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und die maßgebliche Rolle der UdSSR bei der Niederschlagung des Faschismus erhielt die revolutionäre Bewegung nach 1945 einen Aufschwung in Europa. Bereits während des Krieges waren kommunistische Partisanen- und Widerstandsgruppen aktiv, nach Kriegsende wurden – teilweise unter Einbeziehung ehemaliger sozialdemokratischer Parteien – Volksdemokratien gegründet und sozialistische Umwälzungen begonnen. Dies betraf die ganze Balkanhalbinsel mit Ausnahme Griechenlands, die westslawischen Länder sowie Ungarn und Rumänien. Und nicht zuletzt wurde im Osten Deutschlands – in der sowjetischen Besatzungszone – die Deutsche Demokratische Republik geschaffen. Fast gleichzeitig bzw. wenig später siegte die Revolution in Ostasien: Im Norden der koreanischen Halbinsel wurde die Demokratische Volksrepublik gegründet – nach dem Sieg über den japanischen Imperialismus und der Abwehr einer US-geführten imperialistischen Intervention. Und in China besiegte die Volksbefreiungsarmee unter

Führung Mao Tse-tungs die nationalistische Kuomintang-Bewegung, die nach Taiwan vertrieben wurde. Seit 1949 gibt es am Festland die Volksrepublik China, wo im bevölkerungsreichsten Land der Erde die größte kommunistische Partei der Erde an der Macht ist – bis heute.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich also eine sozialistische Staatengemeinschaft herausgebildet – und dies im Weltmaßstab. Das sozialistische Lager wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weiter verstärkt, etwa durch die Revolution in Kuba, durch die Sandinisten in Nicaragua oder durch den Sieg des vietnamesischen Volkes über die französischen und amerikanischen Imperialisten. In Afrika, wo nicht zuletzt durch den Druck der sozialistischen Weltgemeinschaft das klassische Kolonialsystem des europäischen Imperialismus endgültig zusammenbrach, gaben sich einige unabhängig gewordene Staaten einen sozialistischen Entwicklungsweg, darunter der Kongo, Angola, Äthiopien oder Mosambik. Allerdings musste man auch revolutionäre Misserfolge hinnehmen, etwa in Chile, Grenada oder Afghanistan.

Für den weltrevolutionären Prozess bedeutete all dies, dass er sich in dieser Epoche aus drei Hauptströmungen zusammensetzt: Aus den sozialistischen Staaten, den kommunistischen Bewegungen sowie aus den nationalen Befreiungsbewegungen der Völker. Dies implizierte wiederum die Schaffung entsprechender solidarischer Bündnisse im internationalen Rahmen, aber auch von friedenspolitischen und anti-imperialistischen Bewegungen in den kapitalistischen Hauptländern, wo man außerdem – gemäß der vollen Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie der „Perfektionierung“ seiner Herrschaftsmethoden – Wege einer Heranführung an den Sozialismus entwickelte, antimonopolistische Strategien und außerparlamentarische Bewegungen für Demokratie, sozialen Fortschritt und Frieden, die neben und mit den kommunistischen Parteien und Gewerkschaften wirken sollten. Ernst Wimmer schrieb darüber: „Der staatsmonopolistische Kapitalismus, dessen erste Ansätze Lenin während des ersten Weltkrieges festhielt, ist mittlerweile zur Existenzform des Kapitalismus in allen hochentwickelten Staaten geworden. Angesichts des Ausbaus, der tiefen Staffelung dieses Systems hat Lenins Auffor-

derung an die kommunistischen Parteien, ihr Hauptaugenmerk darauf zu richten, Wege des Heranführens an die sozialistische Revolution ausfindig zu machen, noch größeres Gewicht erhalten.“ (Wimmer 1982: 13)

Seit der Oktoberrevolution kam es jedoch auch zu mehreren Spaltungen der einheitlichen kommunistischen Bewegung. Als erstes wurde – nach dem Scheitern Trotzki in der UdSSR und seiner Ausreise – der Trotzkiismus als internationales Werkzeug gegen die UdSSR etabliert. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es den Imperialisten, Jugoslawien aus der sozialistischen Staatengemeinschaft herauszubrechen und ein eigenes Modell, den Titoismus, kreieren zu lassen. Nach dem Tod Stalins und der Einsetzung Chruschtschows als Generalsekretär der KPdSU hielt teilweise der moderne Revisionismus Einzug, was sodann auch zum Bruch zwischen der UdSSR und China sowie Albanien führte. Die zunächst antirevisionistische Ausrichtung entwickelte sich allerdings hin zu einem eigenständigen Maoismus und Hoxhaismus, die ihrerseits selbst so manche Fehlentwicklung und -einschätzung zu verantworten haben. (In Österreich wurde der moderne Revisionismus, der in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre als Fraktion in der KPÖ aktiv war, erfolgreich ausgesondert, ohne chinesische oder albanische Abwege zu beschreiten. (Vgl. Wimmer. In: Autorenkollektiv 1987: 437-491)) In Kambodscha manövrierten Pol Pots Rote Khmer den sozialistischen Anspruch mit chinesischer Hilfe in eine völlige Sackgasse, die keinerlei Rechtfertigung verdient – es waren nicht zufällig die Armeen der sozialistischen Staaten Vietnam und Laos, die dieses Regime stürzten. Im Norden der koreanischen Halbinsel entwickelte Kim Il-Sung seine Variante des Sozialismus, allerdings muss man die Dschutsche-Ideologie wohl als revisionistische Verirrung einschätzen.

Diese Brüche in der internationalen sozialistischen Staatenwelt hatten ihre Auswirkungen auf die kommunistische Bewegung in den kapitalistischen Ländern: Während die Mehrheit der kommunistischen und Arbeiterparteien in Europa zwar mehr oder minder im Bereich der sowjetischen Orientierung verblieb, wurden auch maoistische und hoxhaistische – sowie schon früher trotzkistische – Organisationen

gebildet, die aber in aller Regel bloß geringe Bedeutung gewannen. Andernorts, etwa in Nepal, Indien oder in der Türkei, verfügen maoistische Organisationen bis heute über Relevanz, während in China selbst die Mao-Ideen längst entsorgt wurden.

Neben der internationalen politischen Entwicklung brachte der moderne Revisionismus in Westeuropa auch eine eigene „Weiterentwicklung“ hervor, den Eurokommunismus, der v.a. in Frankreich und Italien Bedeutung erlangte. Zwar gab es dort starke kommunistische Parteien, die bei Wahlen erfolgreich waren, aber genau dies ist eben keineswegs ein Kriterium richtiger kommunistischer Politik. Der eingeschlagene Weg führte geradezu folgerichtig ideologisch zur inhaltlichen Sozialdemokratisierung, zur kleinreformerischen Kapitalismusverwaltung, im italienischen Fall gar zur Liquidation.

In Österreich erwies sich die KPÖ als abermals immun gegen einen ideologischen Einbruch. Franz Muhri stellt am 23. Parteitag fest: „Wenn man uns empfiehlt, dass die KPÖ eine sogenannte eurokommunistische Partei werden sollte, antworten wir: nein, diesen Weg der Preisgabe unserer revolutionären Gesinnung und Prinzipien werden wir nicht gehen.“ (KPÖ 1977: 38) Gerade in dieser Zeit, als Eurokommunisten und moderne Revisionisten, maoistische/hoxhaistische K-Gruppen und trotzkistische Splittergruppen Morgengluft witterten, gelang der KPÖ nicht nur die notwendige Abgrenzung gegenüber dem Opportunismus von „links“ und rechts, sondern über ernsthafte theoretische Arbeit auch die Erneuerung auf marxistisch-leninistischer Grundlage. Hautmann schreibt: „In der neuen Parteiführung gewann eine linke, sich als ‚antirevisionistisch‘ definierende Reformgruppe an Einfluss, die mit dem Konzept des ‚staatsmonopolistischen Kapitalismus‘ die sozial-ökonomischen wie gesellschaftlichen Strukturen Österreichs zu erfassen suchte. Das machte die Partei im politischen Klima der frühen 1970er Jahre (...) wieder attraktiv.“ (Hautmann. In: Mugrauer 2009: 57) Und – im Rahmen des Möglichen – auch wieder erfolgreicher. Die theoretische Arbeit gipfelte schließlich 1982 im Beschluss des Programms „Sozialismus in Österreichs Farben“ (KPÖ 1982), des bislang letzten umfassenden marxistisch-leninistischen Parteiprogramms in Österreich (wenngleich auch

die Grundsatzerklärung der Partei der Arbeit aus dem Jahre 2013 z.T. wesentlich programmatische Züge trägt).

Natürlich gab es, wie eingangs erwähnt, 1989-1991 eine Zäsur auch in den kommunistischen Parteien Europas, die abermals einen gravierenden Differenzierungsprozess einleitete. Ob Ost- oder Westpartei – die kommunistischen Parteien Europas vollzogen seither unterschiedliche Entwicklungen. Manche, wie die italienische KP, verwandelten sich in sozialdemokratische Parteien; andere, z.B. die KP Griechenlands, erneuerten sich auf marxistisch-leninistischer Grundlage; und manche degenerierten langsam in Richtung allgemein-linker Beliebigkeit, ohne Klassenstandpunkt, ohne revolutionären oder marxistischen Anspruch sowie entsprechender Programmatik – so z.B. die KPÖ, die sich von ihrer marxistisch-leninistischen Vergangenheit verabschiedet hat. Und wo eine Lücke zurückblieb, wurde mitunter versucht, diese durch Neugründungen auszufüllen (so sind z.B. die Rifondazione Comunista in Italien – wo's der Name ja schon leise andeutet – sowie die ungarische Munkáspárt jeweils Neugründungen, wenngleich ganz unterschiedlicher Ausrichtung). Die zuvor letztgenannten Parteien – ehemals kommunistische Parteien und linksblinkende Kapitalismus-„Verbesserer“ – sammeln sich inzwischen, seit 2004, in der „Partei der Europäischen Linken“, so auch die KPÖ. Die marxistisch-leninistischen Parteien gründeten 2013 die Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas – dieser Gruppe gehört auch die Partei der Arbeit Österreichs an. Überschneidungen gibt es nach wie vor in der Gruppe der Internationalen Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien („Solidnet-Gruppe“), wo unterschiedliche Parteien teilnehmen, aber auch welche, die weder EL noch INITIATIVE angehören bzw. keinerlei entsprechendes Naheverhältnis pflegen.

Bewusst in die Kontinuität des Marxismus-Leninismus, der Kominintern und der bolschewistischen KPdSU – und somit der Oktoberrevolution – stellen sich in Europa freilich nur die Parteien der INITIATIVE sowie manche nicht zugeordnete Parteien (auch die 1968 neu konstituierte DKP bezeichnet sich heute wieder offen als marxistisch-leninistisch, nachdem die BRD-Repression zuvor Verklammerungen erfordert hatte – die historische KPD ist in der BRD

seit 1956 und nach wie vor verboten). Faktum ist: Nur auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus wird es einen entscheidenden positiven Beitrag zu künftigen sozialistischen Revolutionen geben. Der Marxismus-Leninismus – oder nur der Marxismus, falls jemand aus „wahltaktischen“ oder „PR-Gründen“ terminologisch nicht anstreifen will – ist nicht einfach nur ein politischer „Kompass“, auf den man hin und wieder blickt, wenn man die Orientierung verloren hat, sondern der Marxismus-Leninismus ist die revolutionäre Weltanschauung der Arbeiterklasse sowie die Anleitung zum Handeln im Klassenkampf und in Richtung seines Höhepunktes, der sozialen Revolution der Arbeiterklasse. Wer dies nicht zur Kenntnis nimmt und anzuwenden weiß, hat nicht nur ein terminologisches, sondern auch ein inhaltliches und strategisches Problem.

Und damit sind wir wieder bei der Oktoberrevolution. Es wird in den nächsten Monaten bis zum November dieses Jahres interessant sein, welche Parteien sich wie über die Oktoberrevolution und deren Errungenschaften äußern. Gibt es Zweifel bei lavierenden Parteien, Parteiteilen oder Gruppierungen, so möge die Einschätzung der Oktoberrevolution und der UdSSR ein Gradmesser sein für den tatsächlichen Charakter der jeweiligen Organisation. Damit wir auch 2017 wissen, woran wir sind.

Die Imperialisten, Kapitalisten und Sozialdemokraten wissen es: Sie werden – auch ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der UdSSR – nicht müde, die kommunistische Bewegung, den Sozialismus, Lenin und die Oktoberrevolution zu verteufeln, zu verleumden und bis aufs Blut zu bekämpfen. Sie wissen sehr gut, dass die Geschichte keineswegs zu Ende ist und dass die eigentliche Gefahr für ihre Herrschaft weiterhin in der Arbeiterklasse und deren revolutionärer Organisation liegt. Wir wissen es auch.

So weit ein kurzer Überblick über das denn doch normal lange Jahrhundert 1917 bis 2017. Es war das Jahrhundert der siegreichen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus. Wollen wir hoffen, dass man 2117 dasselbe über das 21. Jahrhundert wird sagen können, allen vorläufigen Rückschlägen und ungünstigen Bedingungen der Gegenwart

zum Trotz. Die Epoche der Oktoberrevolution ist auch nach einem Jahrhundert nicht vorbei, denn, wie Lenin sagte, der „Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats. Das hat sich seit 1917 im Weltmaßstab bestätigt.“ (Lenin 1960: 198) – Der nächste Oktober kommt bestimmt.

Literaturverzeichnis:

Autorenkollektiv (1971). Der Imperialismus der BRD. Berlin: Dietz Verlag,

Autorenkollektiv (1987). KPÖ – Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik. Wien: Globus-Verlag

Baier, Walter (2009). Das kurze Jahrhundert: Kommunismus in Österreich – KPÖ 1918 bis 2008. Wien: Edition Steinbauer

Bauer, Otto (1936): Zwischen zwei Weltkriegen? – Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus. Bratislava: Eugen Prager Verlag

Dimitroff, Georgi (1972). Ausgewählte Werke in zwei Bänden. Frankfurt am Main: Verlag Marxistische Blätter

Fukuyama, Francis (1992). Das Ende der Geschichte – Wo stehen wir? München: Kindler Verlag

Fürnberg, Friedl (1967). 50 Jahre – Die sozialistische Oktoberrevolution und Österreich. Wien: Globus-Verlag

Gossweiler, Kurt (1988). Aufsätze zum Faschismus. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag

Hobsbawm, Eric (1995). Das Zeitalter der Extreme – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München: Deutscher Taschenbuch Verlag

Kommunistische Partei Österreichs (1977). Der 23. Parteitag der KPÖ. Wien: Eigenverlag

Kommunistische Partei Österreichs (1982). Sozialismus in Österreichs Farben. Programm der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien: Globus-Verlag

Koplenig, Johann (1951). Reden und Aufsätze 1924-1950. Wien: Stern-Verlag

Lenin, Wladimir Iljitsch (1960). Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Lenin-Werke. Bd. 22. Berlin: Dietz Verlag. S. 189-309

Marx, Karl (1956). Der Bürgerkrieg in Frankreich. In: Marx Engels Werke. Bd. 17. Berlin: Dietz Verlag. S. 313-365

Mugrauer, Manfred. Hrsg. (2009). 90 Jahre KPÖ – Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien: Alfred Klahr Gesellschaft

Muhri, Franz (1995). Kein Ende der Geschichte. Wien: Globus Verlag

Verein zur Förderung demokratischer Publizistik. Hrsg. (2007). Niederlagenanalyse – Die Ursachen für den Sieg der Konterrevolution in Europa. Hannover: offen-siv Verlag

Wimmer, Ernst (1982). Staat und Demokratie – Dritter Weg oder Revolution? Wien: Globus-Verlag

Krieg und sozialistische Revolution

Von Georgios Kalias

*Vortrag gehalten am 26. Mai 2017 im Rahmen der Marxistischen Abend-
schule (MASCH) der PdA anlässlich des 100. Jubiläumjahres der Großen
Sozialistischen Oktoberrevolution.*

Wie der Titel der heutigen MASCH zeigt, werden wir uns mit dem *Verhältnis* zwischen Krieg und sozialistischer Revolution befassen. Die Betonung liegt auf dem Verhältnis, denn was wir untersuchen möchten, ist nicht bloß der Charakter heutiger Kriege, sondern vor allem, welche Aufgaben für die Arbeiterklasse und ihre Partei, die Kommunistische Partei, damit verbunden sind.

Es muss im Voraus gesagt werden, dass wir hier die historische Erfahrung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vor allem als Anlass nehmen werden, um etwas Licht auf allgemeinere theoretische und historische Fragen bezüglich des Krieges und die kommunistische Strategie zu werfen. Natürlich bleiben die Oktoberrevolution und die von den Bolschewiki verfolgte Strategie vor und während des ersten imperialistischen Weltkrieges exemplarisch und vorbildhaft. Deswegen ist es wichtig die historischen Ereignisse und die theoretischen Arbeiten der Bolschewiki und vor allem Lenins zu studieren.

Krieg und Klassengesellschaft

Aber wir wollen zunächst mit ganz grundsätzlichen, vielleicht einfachen, Fragen beginnen. Es wird oft von bürgerlicher Seite behauptet, dass der Krieg in der menschlichen Natur verankert ist und damit un-
ausweichlich ist. Es gibt auch andere, die behaupten, der Krieg ist ein Unheil, das man durch die Vernunft oder die Moral vermeiden oder sogar beseitigen könnte, ohne die Gesellschaft grundsätzlich zu ver-

ändern. Beide Auffassungen sind aber grundsätzlich falsch. Was sind eigentlich Kriege? Auf den ersten Blick sind Kriege gewaltsame Zusammenstöße bewaffneter Formationen von Menschen. Was sind aber diese Formationen, woher entstehen sie und worin bestehen sie? Es ist klar, dass solche Formationen nur innerhalb einer Gesellschaft entstehen können und das bedeutet, innerhalb einer historisch bestimmten Organisation der gesellschaftlichen Produktion. Auch die elementarste militärische Organisation, als eine besondere Formation bewaffneter Menschen innerhalb einer Gesellschaft, setzt eine ausgeweitete Arbeitsteilung und bestimmte soziale Verhältnisse voraus. Es handelt sich also um ein gesellschaftliches Produkt unter bestimmten historischen Bedingungen. Aber welchem Zweck dienen eine solche Organisation und die Anwendung von Gewalt? Ihr Zweck kann nur durch die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt sein, aus welchen er hervorgeht. Es handelt sich um Verhältnisse, die auf unversöhnlichen Gegensätzen aufgebaut sind; auf Gegensätzen, welche die Gesellschaft in Unterdrücker und Unterdrückte, in Ausbeuter und Ausgebeutete unterteilt. Es handelt sich um Verhältnisse, die einerseits zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen und andererseits die Bewaffnung der ganzen Bevölkerung ausschließen, *„weil die zivilisierte Gesellschaft in feindliche und noch dazu unversöhnlich feindliche Klassen gespalten ist, deren „selbsttätige“ Bewaffnung zu einem bewaffneten Kampf unter ihnen führen würde“* (Lenin Werke 25: 402).

Der Krieg wird damit zu einer notwendigen Erscheinung von Klassengesellschaften. Er ist, wie Franz Mehring schrieb, *„die unzertrennliche Begleiterscheinung wenn auch nicht des Menschlichen, so doch (...) jeder auf Klassengegensätzen aufgebauten Gesellschaft“* (Mehring 1959: 147). Warum ist das aber so? Um wieder Mehring zu zitieren: *„Der Krieg ist die Entladung historischer Gegensätze, die sich dermaßen zugespitzt haben, dass es kein anderes Mittel gibt, sie auszugleichen, da es der Klassengesellschaft an einem Richterstuhle fehlt, vor dem die Streitfragen, die im Kriege durch die Gewalt der Waffen entschieden werden, mit rechtlichen und sittlichen Gründen ausgefochten werden können“* (Ebd.: 147 f.).

Der Krieg ist also unvermeidlich solange diese historischen Gegensätze bestehen, solange Klassen bestehen. Nur die Veränderung der

gesellschaftlichen Verhältnisse, nur die Abschaffung der Klassengesellschaft und das Herbeiführen der klassenlosen – der kommunistischen – Gesellschaft wird den Krieg aus der Welt schaffen. Aus dieser Sicht müssen also die Marxisten die Frage des Krieges behandeln. Und nur auf dieser Basis können sie auch ihre Praxis richtig gestalten.

Der imperialistische Krieg und die revolutionäre Strategie

Wie bekannt, bestand die Losung der revolutionären Sozialdemokratie vor und während des ersten imperialistischen Krieges in der „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“. Wie bekannt, hat die Mehrheit der Parteien der II. Internationale, trotz gegenteiliger Deklarationen vor dem Krieg und gegen den Widerstand der linken Opposition in diesen Parteien, spätestens mit Ausbruch des Krieges ihre Regierungen im imperialistischen Krieg unterstützt. Dies war ein Ergebnis der langen Wirkung und Dominanz des Opportunismus in den Reihen der meisten Parteien der II. Internationale. Lenin hat zurecht den Zusammenhang zwischen Opportunismus und Sozialchauvinismus, also die Unterstützung der eigenen Regierung, der eigenen Bourgeoisie im Krieg, aufgezeigt und die Notwendigkeit, mit dem Opportunismus organisatorisch zu brechen: *„Der politische Inhalt des Opportunismus und des Sozialchauvinismus“*, schrieb Lenin 1916, *„ist derselbe: Zusammenarbeit der Klassen, Verzicht auf die Diktatur des Proletariats, Verzicht auf die revolutionäre Aktion, rücksichtslose Anerkennung der bürgerlichen Legalität, Misstrauen dem Proletariat, Vertrauen der Bourgeoisie gegenüber (...) Der Sozialchauvinismus ist der vollendete Opportunismus“* (Lenin Werke 22: 111).

Welcher ist aber der theoretische und historische Hintergrund und welche Aufgaben stehen genau hinter dieser wohl bekannten Losung der Umwandlung des Krieges? Um diese Frage zu beantworten, müssen vor allem drei Dinge erörtert werden. Erstens: Was bestimmt den Charakter des Kriegs im Allgemeinen? Zweitens: Was ist der Imperialismus und der imperialistische Krieg? Und schließlich: Worin besteht in praktischer Hinsicht die Strategie der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg?

Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen (nämlich: gewaltsamen) Mitteln

Als theoretische Grundlage des Marxismus für die Behandlung des Krieges nannte Lenin den berühmten Satz von Clausewitz, „einem der geistvollsten Militärschriftsteller“, wie Lenin ihn beschrieb: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen (nämlich: gewaltsamen) Mitteln“ (Lenin Werke 21: 304). Nun scheint dieser Satz ziemlich einfach oder sogar selbstverständlich. Aber man sollte sich der theoretischen und praktischen Folgen dieser Auffassung voll bewusst werden. Der Charakter eines jeden konkreten Krieges bestimmt sich aus der Politik der kriegsführenden Parteien, d.h. von den politischen Zielen, welche der Krieg erreichen soll. Diese Ziele sind aber nicht willkürlich, wie auch die Politik im Allgemeinen nicht willkürlich ist. Die Politik dient den Klasseninteressen in einer bestehenden gesellschaftlichen Formation. D.h., dass sich der Charakter des Krieges aus dem Charakter der kriegsführenden Klassen in der jeweiligen Entwicklungsstufe und aus der konkreten Situation bestimmen lässt. Der Charakter des Krieges hängt also weder von Deklarationen und Intentionen ab, noch von willkürlichen taktischen Überlegungen. Er bestimmt sich objektiv durch das Verhältnis der Klassen und dem Charakter der Epoche.

Imperialismus

Damit kommen wir zur Frage des imperialistischen Charakters des Krieges im 20. Jahrhundert, aber auch heute. Ein Krieg ist somit imperialistisch, weil und sofern er die Fortsetzung einer imperialistischen Politik ist. Was bedeutet aber imperialistische Politik? Es bedeutet die Politik der herrschenden bürgerlichen Klasse, die sich in ihrer reaktionären Phase befindet. Im Gegensatz zur Periode zwischen 1789 und 1871, also zwischen der Französischen bürgerlichen Revolution und der Pariser Kommune, während der die Rolle der Bourgeoisie eine fortschrittliche war, weil sie gegen den Absolutismus und den Feudalismus kämpfte, ist ihre Rolle - nach der Übergangsperiode von 1871-1914 - nun eine reaktionäre, also eine die sich gegen die gesellschaftliche Entwicklung stellt. Nachdem die Bourgeoisie die Macht

ergriffen hatte und sich die kapitalistischen Verhältnisse gegen die feudalen Strukturen durchsetzen konnten, bringt die Epoche, wie Lenin schreibt, *„die Bourgeoisie in die gleiche „Lage“, in der die Feudalherren während der ersten Epoche gewesen sind. Es ist dies die Epoche des Imperialismus und der imperialistischen wie auch der durch den Imperialismus ausgelösten Erschütterungen“* (Lenin Werke 21: 135).

Diese Entwicklung hängt mit der Herausbildung des Monopolkapitalismus zusammen. Denn der Imperialismus ist in letzter Instanz nichts anders als der Monopolkapitalismus. Nach Lenins bekannter, kurzen Definition, ist der Imperialismus *„der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexpert hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist“* (Lenin Werke 22: 271).

Anhand dieser Bestimmung des Zeitalters und der Rolle der Bourgeoisie, wird klar, dass der Krieg, der aus diesen Verhältnissen hervorgeht, ein imperialistischer sein muss, d.h. den Interessen des Monopolkapitals dienen muss. Wie Lenin zeigte, spielt es keine Rolle, wer zuerst angreift oder welche Vorwände oder Begründungen benutzt werden, um den Krieg zu rechtfertigen. Der Krieg bestimmt sich durch die Politik, d.h. die Klassenpolitik, welche aus den herrschenden Verhältnissen hervorgeht. Er bestimmt sich durch den Charakter und die Rolle der Klassen in der jeweiligen Epoche.

Auf Basis dieser Bestimmung des Krieges werden auch die allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes deutlich. Dar- aus entspringt auch die Pflicht der Kommunistischen Partei und der klassenbewussten Arbeiterklasse, den Krieg ihrer eigenen Bourgeoisie nicht zu unterstützen. Denn jede andere Haltung ist Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, Verrat an der sozialistischen Revolution. Warum? Weil die Interessen der Arbeiterklasse mit den Interessen der Bourgeoisie und des Monopolkapitals unversöhnlich sind. Die Losung der „Vaterlandsverteidigung“, mit welcher die Sozialchauvinisten und Opportunisten die Unterstützung der eigenen Regierung zu rechtfert-

tigen versuchten, ist in einem imperialistischen Krieg, d.h. in einem Krieg zwischen imperialistischen, monopolkapitalistischen Ländern, der nur den ökonomischen und politischen Interessen des Monopolkapitals dient, gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet.

Aber nicht nur das. „*Die revolutionäre Klasse*“, schrieb Lenin gegen die Anhänger, aber auch die hilflosen Lakaien der Sozialchauvinisten, wie Kautsky, aber auch Trotzki, „*kann in einem reaktionären Krieg nicht umhin, die Niederlage ihrer eigenen Regierung zu wünschen*“ (Lenin Werke 21: 273). Er zeigte auf, dass auch Trotzkis hohle und inhaltslose Phrasen vom „*revolutionären Kampf gegen den Krieg*“, die er dem Axiom der Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Krieg entgegenstellte, nur dazu dienten, wirkliche „*revolutionäre Aktionen gegen die eigene Regierung auch während des Krieges*“ zu vermeiden, also Aktionen, die „*nicht nur den Wunsch nach einer Niederlage der eigenen Regierung, sondern auch die praktische Mitwirkung an einer solchen Niederlage*“ bedeuten. Es sei bemerkt, dass das nicht bedeuten kann: „*Brücken sprengen*“, *erfolglose Militärstreiks inszenieren*“. Was „*überhaupt der Regierung helfen soll, den Revolutionären eine Niederlage beizubringen*“ (Ebd.: 273 f.).

Was bedeutet das aber genau, und warum ist das essentiell für die strategische Orientierung?

Die Umwandlung des Krieges

Damit kommen wir zur schwierigsten Frage, was man nämlich unter der „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ verstehen muss, also der Frage der revolutionären Strategie und Taktik. Wir müssen uns zunächst die Frage stellen, warum wir uns mit dem Krieg eigentlich so tief befassen müssen. Warum ist es so entscheidend, die richtige Strategie und Taktik im Bezug auf den Krieg zu verfolgen? Der Grund ist nicht moralisch und ist auch nicht darauf beschränkt, dass der imperialistische Krieg unmittelbare katastrophale Folgen für die Arbeiterklasse und die Völker hat. Es gibt auch einen ganz konkreten strategischen Grund. Die historische Erfahrung zeigt, dass der Krieg ein wichtiger Faktor für die Entstehung einer revolu-

tionären Situation sein kann. Lenin bemerkte 1915, „*die objektive revolutionäre Situation, die durch den Krieg hervorgerufen worden ist und sich nun immer mehr in die Breite und in die Tiefe entwickelt, muss unvermeidlich revolutionäre Stimmungen erzeugen, die besten und bewusstesten Proletarier stählen und aufklären*“ (Lenin Werke 21: 254).

Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass ein Automatismus besteht, der zu einer sozialen Revolution führen wird, oder dass wir den Gang der Entwicklungen genau vorhersehen können. „*Man kann nicht wissen, ob eine starke revolutionäre Bewegung im Zusammenhang mit dem ersten oder mit dem zweiten imperialistischen Krieg der Großmächte, ob sie während des Krieges oder nach dem Kriege aufflammen wird, jedenfalls aber ist es unsere unbedingte Pflicht, systematisch und unentwegt in eben dieser Richtung zu wirken*“ (Lenin Werke 21: 314).

Was wir davon unbedingt behalten müssen, ist, dass der Krieg mit ganz konkreten Pflichten und Zielen in Verbindung steht. Aus diesem Grund hat außerdem die revolutionäre Politik nichts mit dem bürgerlichen und kleinbürgerlichen Pazifismus zu tun. „Frieden ohne weiteres“ ist nicht nur keine sozialistische Losung, sondern auch vollkommen inhaltslos und sinnlos. Denn „*Der Sinn von Losungen, die man aufstellt, muss darin bestehen, dass in der Propaganda und Agitation den Massen der unversöhnliche Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus (Imperialismus) klargemacht wird, nicht aber darin, dass man zwei feindliche Klassen und zwei feindliche politische Richtungen mit Hilfe eines Schlagworts versöhnt, das die allerverschiedensten Dinge „vereinigt“*“ (Lenin Werke 21: 290).

Das Proletariat muss eben „*die Schwierigkeiten der eigenen Regierung und der eigenen Bourgeoisie*“ ausnutzen, „*um sie zu stürzen*“ (Lenin Werke 21: 277). Darauf basiert auch die Strategie der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, die eben gerade „*durch militärische Misserfolge (durch die „Niederlage“) der Regierungen*“ (Ebd.: 274) erleichtert wird. Eine Strategie, die zugleich zur Niederlage beiträgt. Wie sieht es aber nun in der Praxis vor und während des Krieges aus?

In der Resolution der Konferenz der Auslandsektionen SDAPR werden folgende Punkte als erste Schritte in Richtung auf die Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg genannt: „1. *unbedingte Ablehnung der Kriegskredite und Austritt aus den bürgerlichen Kabinetten*; 2. *völliger Bruch mit der Politik des „nationalen Friedens“ (bloc national, Burgfrieden)*; 3. *Bildung illegaler Organisationen überall dort, wo Regierung und Bourgeoisie unter Verhängung des Belagerungszustandes die verfassungsmäßigen Freiheiten aufheben*; 4. *Unterstützung der Verbrüderung der Soldaten der kriegführenden Nationen in den Schützengräben und auf den Kriegsschauplätzen überhaupt*; 5. *Unterstützung aller revolutionären Massenaktionen des Proletariats überhaupt*“ (Lenin Werke 21: 150).

Um diese praktischen Schritte und die Politik, in welcher sie integriert waren, zu verstehen, und um sie unter den heutigen Verhältnissen umzusetzen, müssen wir uns aber der Tragweite der Frage, mit der wir uns hier befassen, bewusst werden. Lenin betonte bezüglich des Kampfes gegen die Kriegsgefahr, dass man das Vorurteil überwinden müsse, „*dass diese Frage einfach, klar und verhältnismäßig leicht sei*“ (Lenin Werke 33: 433). Er verspottete die scheinradikale Phrase, mit dem die Reformisten die Arbeiterklasse und Volksmassen zu beruhigen trachteten, wie, „*Antworten wir auf den Krieg mit dem Streik oder mit der Revolution!*“ (Ebd.). Er erklärte, dass „*nur die dümmsten oder hoffnungslos verlogene Leute behaupten können, eine solche Antwort auf die Frage nach dem Kampf gegen den Krieg taue etwas*“ (Ebd.). Es sei unmöglich „*auf den Krieg mit dem Streik zu „antworten“*“, *genauso wie es unmöglich ist, auf den Krieg mit der Revolution, im einfachsten und buchstäblichen Sinne dieser Ausdrücke, zu „antworten“*“ (Ebd.). Außerdem: „*Boykott des Krieges ist eine dumme Phrase. Die Kommunisten müssen in jeden beliebigen reaktionären Krieg gehen.*“ (Ebd.: 434)

Die Schwierigkeiten seien in Wirklichkeit also viel größer und die Aufgaben viel komplexer. Man müsste vielmehr verstehen, „*wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird, und wie hilflos die gewöhnliche Organisation der Arbeiter, auch wenn sie sich als revolutionäre Organisation bezeichnet, angesichts eines tatsächlich heraufziehenden Krieges ist*“ (Ebd.: 433). Man müsste verstehen, „*daß die „Vaterlandsvertei-*

digung“ zu einer unvermeidlichen Frage wird, die die gewaltige Mehrheit der Werktätigen unvermeidlich zugunsten ihrer Bourgeoisie entscheiden wird“ (Ebd.: 434).

Was sind also die konkreten Aufgaben? Ich möchte an dieser Stelle vor allem eine davon hervorheben, die Lenin von großer Wichtigkeit war: *„Die einzig mögliche Art und Weise, gegen den Krieg zu kämpfen“*, ist, *„Aufrechterhaltung und Bildung einer illegalen Organisation zur lang währenden Arbeit aller am Krieg teilnehmenden Revolutionäre gegen den Krieg“* (Ebd.). Man muss zunächst verstehen, warum das Bestehen auf die Notwendigkeit der illegalen Arbeit so wichtig ist. Man muss sich zweierlei Tatsachen bewusst werden. Einerseits, dass im Krieg die Bourgeoisie überhaupt noch mehr dazu neigt, selbst ihre eigene Legalität zu durchbrechen. Andererseits muss man sich darüber im Klaren sein, dass an der Niederlage der eigenen Regierung mitzuwirken, von der Bourgeoisie immer als „Hochverrat“ gesehen wird, was aus ihrer Sicht auch vollkommen richtig ist (Lenin Werke 21: 277). Damit muss man sich aber de facto der Frage stellen, wie man unter solchen Verhältnissen seine politischen Ziele weiter verfolgen kann.

Ich möchte hier aber vor allem die „lang währende Arbeit“ betonen. Denn wie schon gesagt, kann man nicht vorhersehen, wie sich die Situation, die Stimmung und das Kräfteverhältnis entwickeln. Deswegen haben allgemeine Phrasen keinen Sinn, wenn nicht klar ist, dass wir ein strategisches Ziel verfolgen und unsere Praxis gemäß diesem Ziel und der Umstände gestalten müssen. Man kann vor allem nicht in den ersten Phasen eines Krieges große Umwälzungen erwarten, was aber die strategische Orientierung nicht beeinflussen darf. Außerdem besteht ein Krieg, wie Clausewitz schon bemerkte, „nicht aus einem einzigen Schlag ohne Dauer“ (Clausewitz 2008: 34 ff.), und deswegen ist es wichtig, sich auf eine „lang währende Arbeit“, d.h. eine lang währende, höchstwahrscheinlich illegale, politische Arbeit zu orientieren.

Man muss sich außerdem über Folgendes im Klaren sein: *„Die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg kann ebensowenig „gemacht“ werden, wie man Revolutionen „machen“ kann – sie wächst heraus aus einer ganzen Reihe von mannigfaltigen Erscheinungen,*

Seiten, Zügen, Merkmalen und Folgen des imperialistischen Krieges. Und ein solches Herauswachsen ist unmöglich ohne eine Reihe von militärischen Misserfolgen und Niederlagen eben der Regierungen, denen ihre eigenen unterdrückten Klassen Schläge versetzen“ (Ebd.: 276). Wir haben es also mit einem komplexen und dynamischen Prozess zu tun, in dem nicht alles vom subjektiven Faktor abhängt und in welchem nur die revolutionäre Wachsamkeit, Entschlossenheit, Beständigkeit, Zielstrebigkeit und Planmäßigkeit mittels der Ausnutzung von objektiven Veränderungen und der Anpassung der Taktik an die verschärften Bedingungen des Kampfes zur Verschiebung des Kräfteverhältnisses führen kann.

Darüber hinaus ist es essentiell zu verstehen, dass, weil der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, der politische Kampf, also der Klassenkampf, im Krieg nicht aufhört. Im Gegenteil er spitzt sich zu, bzw. es ist auch die Pflicht der Kommunistischen Partei und der klassenbewussten Arbeiter diesen zu verschärfen. Wie Mehring bemerkte: *„Man mag auf den Klassen- und Parteienkampf während des Krieges gern oder ungern, freiwillig oder gezwungen verzichten, aber er dauert deshalb doch fort, wenn auch nur in der latenten Form, dass sich unter den Einwirkungen des Krieges die Kräfteverhältnisse der verschiedenen Klassen und Parteien in der beträchtlichsten Weise verschieben. Die einen gewinnen, die anderen verlieren an äußerer und innerer Kraft, was sich natürlich sofort geltend macht, wenn nach dem Kriege der Klassen- und Parteienkampf von neuem beginnt“* (Mehring 1959: 150).

Was folgt daraus? Wir haben schon gesehen, welcher Richtung die Aktionen folgen müssen. Sie haben eine revolutionäre Ausrichtung, d.h. sie wenden sich gegen die Herrschaft der Bourgeoisie und des Monopolkapitals selbst. Das bedeutet aber, dass auch im Krieg bzw. gerade im Krieg der Klassenkampf, d.h. der Kampf um die Befriedigung der Bedürfnisse und schließlich um die Macht selbst, nicht aufhören darf, sondern sich im Gegenteil verschärfen muss und wird. Man kann also im Kriege die Fahne des Klassenkampfes, das Banner des Sozialismus nicht einholen. Man darf sich nicht fremden Interessen unterwerfen, man darf sich nicht auf Bündnisse mit der eigenen Bourgeoisie – egal welcher Fraktion – einlassen. Bedeutet das, dass

die Kommunisten auch nicht für Zwecke kämpfen sollen, wie für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, gegen die Verschiebung von Grenzen oder gegen die Besetzung von einer fremden Streitkraft? Keineswegs. Die Kommunisten müssen solche Kämpfe ebenfalls führen. Aber wie? Indem sie diese Kämpfe nicht von ihrem strategischen Ziel, also der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse und des Volkes, abtrennen. Indem sie stets diese mit jenem verbinden. Das bedeutet aber, dass die erste Sorge die eigenständige Organisation der Arbeiter- und Volksmassen in Abgrenzung von und im Gegensatz zu der eigenen Bourgeoisie sein muss. Nur so kann auch der Kampf gegen alle anderen unmittelbare Bedrohungen wirklich progressiv sein; wirklich revolutionär. Das geht auch über den bewaffneten Kampf hinaus. Die organisierte Arbeiterklasse muss gegen die Not und das Elend kämpfen, die der Krieg hervorbringt. Das erfordert Strukturen der Klassensolidarität und des Zusammenhalts. Es gilt außerdem sowohl während eines Krieges als auch nach einem Krieg zu verhindern, dass die Kosten der Kriegsunternehmungen oder der Niederlagen der Regierung auf den Rücken der arbeitenden Bevölkerung abgewälzt werden. Die Arbeiterklasse muss auch mitten im Krieg für ihre Rechte und Bedürfnisse kämpfen. D.h., es nicht zu unterlassen mit Protesten und Streiks diese zu verteidigen und zu erkämpfen. Mit anderen Worten: die Klassenpolitik im Krieg muss eigentlich derselben Richtung wie in „friedlichen“ Zeiten folgen. Was sich eben verändert, ist, dass sich die Repression, insofern die herrschende Klasse selbst die bestehende Legalität noch offener und stärker durchbricht, verschärfen kann, die bewaffnete Gewalt eine zentrale Rolle spielt und militärische Niederlagen zur Destabilisierung der bürgerlichen Macht führen können.

Es muss uns schließlich klar sein, dass die Bourgeoisie keinen fortschrittlichen Krieg mehr führen kann. Auch im Falle, dass Teile in einen solchen verwickelt werden, können sie ihn nicht konsequent führen. Warum? Weil es ihren Klasseninteressen widerspricht, solche fortschrittlichen, den Volksinteressen entsprechende Ziele wirklich und konsequent zu verfolgen. Die bürgerliche Politik und die Diplomatie hören während des Krieges nicht auf. Die Bourgeoisie ist zu Verhandlungen und Kompromissen geneigt und außerdem hat sie

mehr Angst vor der revolutionären Kraft der Massen und der organisierten Arbeiterklasse als vor ihren kapitalistischen Konkurrenten. Deswegen werden sie auch lieber auf die moralisch und materiell oft überlegene militärische Kraft der organisierten Arbeiterklasse und des Volkes verzichten, auch wenn es um die Souveränität ihres eigenen Staates geht.

Herausforderungen im 21. Jahrhundert

Was ist aber mit der heutigen Situation, mit dem heutigen Krieg? Es ist offensichtlich nicht genug, unsere Intentionen zu deklarieren, wenn man nicht weiß, wie die Situation konkret aussieht bzw. ausschauen könnte. Es mag vielen scheinen, dass alles ziemlich klar ist und wir eine konsequente Klassenpolitik in einem Krieg verfolgen würden. In Wirklichkeit kann man sich nicht einmal vorstellen, wie ein Krieg aussehen könnte, vor allem in Ländern wie Österreich, und das ist auch logisch. Man mag glauben, dass die Gefahr des Sozialchauvinismus oder des bürgerlichen Pazifismus von uns weit entfernt ist. Aber nichts ist so einfach und selbstverständlich, wie es scheint. Der heutige Krieg weist sogar bestimmte Eigenarten auf, die seinen wahren Charakter oft verschleiern. Man überlege die Rolle verschiedener Formen, die man unkonventionell nennt, um sich der Schwierigkeit bewusst zu werden. Der Krieg wird heute nicht nur mit direkter Konfrontation ordentlicher Streitkräfte geführt. Zu den Mitteln der heutigen Kriegsführung imperialistischer Mächte gehören auch Formen wie der sogenannte „Terrorismus“, das Agieren verschiedener sogenannter „nicht-staatlicher Akteure“, die Zuspitzung ethnischer oder religiöser Gegensätze usw., die zwar den konventionellen Krieg nicht ersetzen können, aber eine bedeutende unterstützende und anzettelnde Rolle spielen. Oft ist es auch nicht mehr leicht, zwischen einem Bürgerkrieg und einem zwischenstaatlichen Krieg zu unterscheiden. Und tatsächlich verliert diese Unterscheidung, sofern der politische (d.h. Klassen-) Inhalt der Konflikte nicht berücksichtigt wird, oft ihre Bedeutung. Die innerbürgerlichen und innerimperialistischen Gegensätze und Verstrickungen sind in der Regel auch bei konventionellen militärischen Auseinandersetzungen äußerst komplex und undurchsichtig. Das macht es auch für die Arbeiterklasse und die Völker immer schwieri-

ger, die Verhältnisse zu durchschauen. Unsere Aufgabe, diese Verhältnisse aufzuzeigen und zu erklären, wird damit auch schwieriger. Man denke z.B. an die Rolle „terroristischer Anschläge“ oder organisierter – offen gewalttätiger oder auch nicht – Destabilisierungsversuche mittels sogenannter „zivilgesellschaftlicher Organisationen“ (NGOs etc.). Wie kann man dem Volke erklären, dass solche nicht nur eine Form oder ein Feld imperialistischer Auseinandersetzungen ausmachen können, sondern es zudem erforderlich ist, in diesen Situationen die Interessen des Volkes und die Interessen des bürgerlichen Staates und der Bourgeoisie auseinanderzuhalten? Und im Falle einer eskalierenden Lage, in der sich der Krieg und die imperialistische Politik in Form kombinierter Anwendung von verschiedenen Gewaltmechanismen ausbreitet und intensiviert, wird es recht schwierig sein, die Rolle der verschiedenen in den Konflikt verwickelten Staaten und Kapitalfraktionen zu durchschauen.

Was ich damit sagen will, ist, dass der Krieg viele Formen einnehmen kann. Wie Clausewitz sagte, ist der Krieg ein „wahres Chamäleon“ (Clausewitz 2008: 49). Aus diesem Grund dürfen wir keine vereinfachten Vorstellungen haben und auch nicht glauben, dass die Sache klar ist und sein wird. Sie war nie klar und einfach, und heute, wo die wahren Verhältnisse oft noch mehr im Dunkeln liegen, ist das richtige politische Kriterium, die konsequente klassenpolitische Orientierung, die einzige Basis auf der eine revolutionäre Politik aufbauen kann und die politischen Fallen des Klassenfeindes umgehen kann.

Unsere Pflicht besteht außerdem darin, die Entwicklungen im globalen imperialistischen System aufmerksam zu beobachten. Die Geschichte bleibt nicht stehen. Der Imperialismus ist ein dynamisches Phänomen. Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung zeigt uns, dass die ökonomischen und politischen Verhältnisse sich verschieben können. Es kann zu neuen Bündnissen oder Konfrontationen kommen und alte können wieder aufflammen. Verschiebungen und Umorientierungen können sogar im Rahmen einer und derselben kriegerischen Auseinandersetzung stattfinden. Und man darf eben nicht die ökonomische Basis des Imperialismus vergessen, nämlich den Monopolkapitalismus. Daraus wächst der Imperialismus. Wenn wir nur bei

äußerlichen Merkmalen stehenbleiben, werden wir die Entwicklungen nicht richtig erkennen und die richtige Strategie nicht ausarbeiten können. Und wenn wir das Problem nicht an der Wurzel packen, gibt es auch für die Völker keinen Ausweg.

Zum Abschluss möchte ich noch betonen, dass der Krieg, egal wie hochentwickelt die Technologie ist, egal wie ausgeklügelt die Gewalt- und Manipulationsmechanismen der herrschenden Klasse sind, immer die Menschen zur Basis hat. Das Herzstück der militärischen Organisation und der kriegerischen Handlung – aber wohlgemerkt auch des politischen Kampfes – ist die Disziplin. Die Arbeiterklasse ist zur höchsten Disziplin fähig, wie jede unterdrückte und ausgebeutete Klasse in der Geschichte. Aber in noch höherem Maße ist sie einer Disziplin fähig, die aus engster Arbeits- und Lebensgemeinschaft hervorgeht (Vgl. Mehring 1959: 62 ff.). Einer Disziplin, die durch den proletarischen Klassenkampf, durch das organisierte Arbeiten und Leben der Klasse erzeugt wird und unter Voraussetzungen der angelernten Disziplin der stehenden Heere und anderen Mechanismen des bürgerlichen Staates überlegen ist. Denn wie Mehring schrieb: „*Nicht die Schule, sondern das Leben schmiedet die Kämpfer*“ (Ebd.: 68).

Literaturverzeichnis:

Clausewitz C. (2008). Vom Kriege. Vollständige Ausgabe. Hamburg: Nikol

Lenin, W.I. (1956-1971). Unter fremder Flagge (1915). In: Lenin Werke. Bd. 21. Berlin: Dietz Verlag. S. 123-146

Lenin, W.I. (1956-1971). Die Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR (1915). In: Lenin Werke. Bd. 21. Berlin: Dietz Verlag. S. 147-153

Lenin, W.I. (1956-1971). Der Zusammenbruch der II. Internationale (1915). In: Lenin Werke. Bd. 21. Berlin: Dietz Verlag. S. 197-256

Lenin, W.I. (1956-1971). Über die Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Krieg (1915). In: Lenin Werke. Bd. 21. Berlin: Dietz Verlag. S. 273-279

Lenin, W.I. (1956-1971). Die Frage des Friedens (1915). In: Lenin Werke. Bd. 21. Berlin: Dietz Verlag. S. 289-294

Lenin, W.I. (1956-1971). Sozialismus und Krieg (1915). In: Lenin Werke. Bd. 21. Berlin: Dietz Verlag. S. 295-341

Lenin, W.I. (1956-1971). Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale (1916). In: Lenin Werke. Bd. 22. Berlin: Dietz Verlag. S. 107-119

Lenin, W.I. (1956-1971). Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1916). In: Lenin Werke. Bd. 22. Berlin: Dietz Verlag. S. 189-309

Lenin, W.I. (1956-1971). Staat und Revolution (1917). In: Lenin Werke. Bd. 25. Berlin: Dietz Verlag. S. 393-507

Lenin, W.I. (1956-1971). Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag (1922). In: Lenin Werke. Bd. 33. Berlin: Dietz Verlag. S. 433-437

Mehring, F. (1959). Miliz und stehendes Heer. In: F. Mehring. Krieg und Politik. 2 Bände. Hrsg. Engelberg E. Bd. 1. Militärpolitische und Militärgeschichtliche Aufsätze. Berlin: Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung. S. 35-77

Mehring, F. (1959). Vom Wesen des Krieges. In: F. Mehring. Krieg und Politik. 2 Bände. Hrsg. Engelberg E. Bd. 1. Militärpolitische und Militärgeschichtliche Aufsätze. Berlin: Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung. S. 147-158

Happy Birthday „Kapital“ – Guten Morgen Sozialismus

Das Geld als Kapital und die Expropriation der Expropriateurs. Bemerkungen zu „Das Kapital“ von Karl Marx. Anlässlich des Erscheinens des ersten Bandes „Der Produktionsprozess des Kapitals“ vor 150 Jahren.

Von Gerfried Tschinkel

*Jeder woass, dass des
Göd net auf da wiesn wochst
Und essen kau ma's a net
Oba brenna tat's guat
Oba hoazn damma woazn
Und de ruabn und den gugaruz
Waun ma laung so weiter hoazn
Brennt da huat*

Hubert von Goisern – Brenna Tuats Guat

Alle Widersprüche des Kapitalismus sind in der Ware angelegt. Der kleinsten ökonomischen Einheit. Das heißt nicht, dass sie schon allesamt im Tausch der Ware zur Geltung kämen, aber durch ihn. Warenproduktion existiert schon sehr viel länger als der Kapitalismus. Aber der Kapitalismus ist die entwickelte Warenproduktion. Nicht nur weil alles zur Ware wird, sondern weil dadurch selbst erst der Widerspruch der Ware, der Widerspruch von Gebrauchswert und Wert, voll zur Geltung kommt.

Der Wert ist etwas dem Gebrauchswert selbst Äußerliches. Er ist eine gesellschaftliche Qualität. Der Gebrauchswert ist etwas zum Anfassen. Den kann man drehen und wenden, von allen Seiten bewundern und man erfährt dadurch vielleicht mehr über seine Beschaffenheit,

seine Funktion. Man kann aber immerzu weiterdrehen, der Wert wird nicht sichtbar.

Man kann sagen, so viel Zeit hat es gebraucht, um die Ware herzustellen, wenn man das denn weiß. Aber selbst wenn man es weiß, bleibt diese Information vollkommen nutzlos, um zu erfassen, was denn ihr Wert, oder genauer, ihre Wertgröße sei. Die Bildung von Wertgröße erfolgt im Prozess der Arbeit hinsichtlich ihrer zeitlichen Ausdehnung. Aber am Gegenstand, den die Arbeit erzeugt, ist ihr Wert und ihre Wertgröße nicht abzulesen. Er ist für sich betrachtet reines Gebrauchsding. In dem Augenblick, in dem ich den Gebrauchswert besitze, hat sich der Wert der Ware verflüchtigt.

Man kann so die Wertgröße der Ware nicht an ihr selbst bestimmen. Die Arbeitsstunden zu ihrer Herstellung haben sich in einem Produkt verwirklicht. Sind gegenständlich geworden. Man sieht dem Produkt aber nicht an, wie viel Wert der Quantität nach zu seiner Herstellung nötig war.

Aber der Wert der Ware kommt in dem Augenblick wieder zur Geltung, wenn ich die Ware gegen andere Ware eintauschen will. In diesem Moment interessiert mich als Besitzer dieser Ware nicht ihr Gebrauchswert, sondern allein ihr Tauschwert. Was zuvor an der Ware nicht abzulesen war, kommt jetzt im Tausch zur Geltung. Dies verrät mir aber nur die andere Ware, gegen die ich meine tauschen will.

Im Verhältnis zweier Waren, die für den Austausch bestimmt sind, ist enthalten, dass sie sich als Werte, als gesellschaftliche Qualität, aufeinander beziehen. Denn als Gebrauchswerte sind sie voneinander verschiedene Waren, die nicht miteinander verglichen werden können. Die Ware, deren Wert ausgedrückt werden soll (relative Wertform), muss diesen also in einer von ihr verschiedenen Ware ausdrücken (Äquivalentform), die eben einen Gegensatz zu ihrem Gebrauchswert (dem Gebrauchswert der relativen Wertform) bildet. Somit stellt aber die Ware, die der anderen als Wertäquivalent gilt, in ihrer Gebrauchswertgestalt Wert vor. Der stoffliche Körper der Äquivalentware ist daher die Wertform oder der Tauschwert. Dies gilt jedoch nur innerhalb

des gesellschaftlichen Verhältnisses, worin die Gebrauchsgegenstände die Form der Waren annehmen. Und daher dazu bestimmt sind, gegeneinander zu tauschen.

Bei den Tauschrelationen handelt es sich um die Mengenverhältnisse bestimmter Waren, die für den Tausch bestimmt sind. Die Tauschrelationen werden bestimmt durch die Wertgröße der Waren. Aber weder ich, noch derjenige, der seine gegen meine Ware tauschen möchte, kennt die Wertgröße seiner Ware absolut. Sie kommt daher nur relativ zum Ausdruck. Nicht als direkter Ausdruck von Arbeitszeit, sondern als bestimmtes Verhältnis, in der Quantität der Ware, die ich gegen eine bestimmte Quantität einer anderen Ware tausche. Der Wert und die Wertgröße kommen so im Gebrauchswert einer anderen Ware zur Geltung. Weil so und so viel Arbeit in diese Ware eingegangen ist, kann ich sie gegen so und so viele andere Waren tauschen.

Die andere Ware sagt mir also, was der Wert oder die Wertgröße meiner Ware sei, weil beide von Wert sind und zudem von Wert in bestimmter zeitlicher Verausgabung, als quantitativ bestimmte Einheit. Aber sie sagt es mir nicht in Form ihres Wertes, sondern in Form ihres Gebrauchswertes. Ihr Gebrauchswert ist daher die Erscheinungsform des Werts. Oder ihr Gebrauchswert ist geronnener Wert. Sie sagt mir in ihrer konkreten Gestalt, als eine bestimmte nützliche Ware, dass meine Ware von Wert ist, weil sie selber Ware ist und daher die Einheit von Gebrauchswert und Wert. Sie sagt es mir aber als ein bestimmter Gebrauchswert. Und insofern hat dieser bestimmte Gebrauchswert für mich die Form des Wertes. Dies ist einfach ausgedrückt in der Tauschgleichung:

1 Buch = 2 Packungen Kaffee

Im Übrigen identifiziert der Alltagsverstand sowie auch die nachklassische bürgerliche Ökonomie Wert und Gebrauchswert. So etwa das Say'sche Markttheorem von der Identität von Angebot und Nachfrage oder die Theorie des Grenznutzens, als dem Preis des abnehmenden Genusses usw. Dies liegt allerdings in der Wertform selbst begründet, die die Einheit von Wert und Gebrauchswert im Tauschwert ist. Als

die Form, worin eben der Wert handgreiflich erscheint und selbst dem oberflächlichsten aller Ökonomen herausfordernd entgegenspringt, indem sie einen Preiszettel verlangt.

Entwicklung der Wertformen

Die Wertform ist der Tauschwert der Ware. Aber der Tauschwert ist selbst in Entwicklung begriffen.¹ Der Beginn der Verkehrung, die mit dem Besitz an einer Ware einhergeht, tritt ein mit dem Tauschakt dieser Ware. Und erst insofern wird sie auch wirklich zur Ware. Bedingung hierfür ist, dass ich die Ware besitze, die keinen Gebrauchswert für mich selber hat. Sodass sie im Prozess des Tausches Gebrauchswert für jemanden anderen wird. Aber für mich hat die Ware, die ich selbst besitze, Wert, ihr Gebrauchswert interessiert mich nicht. Für mich hat aber die andere Ware, gegen die ich meine eintausche, Gebrauchswert. Dies doppelt. Einmal, indem sie für mich einen Nutzen hat, zum anderen aber, weil im Tausch Ware gegen Ware der Wert meiner Ware erst verwirklicht wird.

Aber der Wert meiner Ware verwirklicht sich nur im Gebrauchswert der anderen Ware, die ich alsdann anstatt der meinen besitze. Die Ware, die ich erhalte, ist also zum einen Verwirklichung des Werts meiner Ware, aber sie ist es nur, weil in ihr Wert verwirklicht ist. Die Ware, gegen die ich tausche, stellt für mich Wert vor, ist aber in ihrer Verwirklichung Gebrauchswert. Meine Ware kann ich wiederum nur als Gebrauchswert veräußern, aber nur, weil sie Wert vorstellt. Der Akt des Verkaufes ist gleich Akt des Kaufes, nur in entgegengesetzter Richtung.

Selbst wenn ich die Wahl habe, meine Ware gegen verschiedene andere Waren zu tauschen, so tausche ich doch immer gegen eine besondere andere Ware und an ihr ist ihr Gebrauchswert interessant, gerade weil dieser geronnene Arbeit vorstellt, als Gebrauchswert zugleich Verwirklichung des Werts ist und somit meinen eigenen Wert ersetzt. Aber an der Ware, die ich erhalte, interessiert mich ihr Wert überhaupt nicht, solange ich nicht gezwungen bin, diese wieder gegen neue Ware einzutauschen.

Solange nur Waren getauscht werden, um den bestimmten Gebrauch dieser Waren für sich selbst oder für das Gemeinwesen nutzbar zu machen, spielt die Rolle der Äquivalentware, Verkörperung von Wert zu sein, überhaupt keine Rolle für den Besitzer dieser Ware, der sie gerade gegen seine eigene eingetauscht hat. Er besitzt und nutzt jetzt diese als Gebrauchswert.

Mit der Entwicklung hin zur totalen oder entfalteten Wertform erweitert sich zwar die Anzahl von verschiedenen Waren, die man gegen seine eigene eintauschen kann. Der Wert der Ware wird jetzt in einer Reihe von anderen Waren ausgedrückt:

1 Buch = 2 Packungen Kaffee = 3 Tafeln Schokolade = ... usw. usf. in endloser Reihe

Aber obgleich dadurch die Gleichgültigkeit des besonderen Gebrauchs des jeweiligen Gutes dargestellt ist und ihr allgemeines Wertsein sich befestigt, interessiert den Tauschakteur immer noch der besondere Gebrauch der anderen Ware, die er sich beschafft.

Dies ändert sich erst grundlegend mit der Entwicklung zur allgemeinen Äquivalentform. Die allgemeine Wertform der Ware in der logisch-historischen Aufeinanderfolge der Wertformen meint nichts anderes, als dass eine besondere Ware unter allen anderen Waren, im Prozess der mannigfaltigen Tauschakte, ausgesondert wird, die sodann allen anderen Waren als Wertausdruck dient. Anstatt den Wert meiner Ware in einer endlosen Reihe von anderen Waren auszudrücken, drücken sich die Werte aller Waren in einer besonderen Ware aus, die ihnen als Wertmaß dient. Die Formel der totalen Wertform wird also umgekehrt. Es findet eine Verdrehung statt. Eine Verdrehung in der Aneignung des Produktes, die allerdings in der Warenform selbst angelegt ist.

Mit der Entwicklung hin zur allgemeinen Äquivalentform der Ware entwickelten sich nicht zufällig welthistorisch auch erste Formen der Klassengesellschaft und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Sei es – anfangs noch – basierend auf Formen einfacher

Warenproduktion, auf Grundlage der Abschöpfung eines Teils des Mehrproduktes durch den Gentiladel. Sei es dann später, bei Ausbildung der Geldform, unter anderem auch mittels der Sklaverei, bei der sich die Ware gegen den Menschen verselbstständigt und der Mensch selbst zur Ware wird.

Das besondere der allgemeinen Äquivalentform der Ware ist nun, dass der besondere Gebrauch dieser Ware mehr und mehr an Bedeutung einbüßt. Wenngleich sich dies erst nach und nach entwickelt. Bis hin zur Geldform, wo der eigentliche Gebrauch der Geldware überhaupt keine Rolle mehr spielt. Was an der allgemeinen Äquivalentware interessiert, ist nicht ihr besonderer, bestimmter Gebrauch als Gegenstand, sondern ihr Gebrauch als Wert. Sprich, dass man im Besitz dieser Ware alle anderen Waren kaufen kann. Das Geld ist Gebrauchswert für alle. Damit ist aber die Bestimmtheit der Geldware aufgelöst in ihrem Wert. Ihr besonderer Gebrauch ist ihr allgemeiner. Sie ist als Gebrauchswert Wert.

Dadurch wird es aber erst möglich, dass eine bestimmte Ware, in diesem Fall jetzt das Geld, Anweisung auf Arbeit wird. Und zwar auf Arbeit nicht in Form eines bestimmten Produktes, sondern auf Arbeit in ihrer Allgemeinheit. Geld ist Anweisung auf Arbeit schlechthin, gesellschaftliche Arbeit.

Somit ist die Entwicklung der Wertformen, wie Marx sie im ersten Kapitel des ersten Bandes des „Kapitals“ darstellt, zum einen die logische Entwicklung der Wertformen, ausgehend vom Geld. Sie wird von der Existenz des Geldes rückgeführt auf die früheren Erscheinungsformen des Tauschwertes, bis hin zur einfachen und zufälligen Wertform, also der ersten Form, worin im zu tauschenden besonderen Produkt seine Austauschbarkeit gegen andere Ware ideell vorweggenommen ist. Zum andern entspricht die Entwicklung der Wertformen auch einer historischen Entwicklung. Aber nur als Prozess, der durch alle Zufälligkeiten hindurch, von Unterbrechungen gekennzeichnet ist. Und zwar nicht als die getreue historische Abfolge der einzelnen Wertformen aufeinander in nur einer aufsteigenden Linie. So herrschte zur Zeit des Feudalismus im allgemeinen naturalwirt-

schaftliche Produktion, der Warentausch existierte aber in den verschiedenen Formen fort, wodurch sich auch die Wertform entfalten und entwickeln konnte. Man kann die Abfolge der Wertformen für bestimmte Abschnitte der Geschichte in ihrer logischen Verallgemeinerung nachweisen, und das ist auch eine verdienstvolle Aufgabe, letztlich aber geht es um die notwendigen Existenzbedingungen des Kapitalismus, die mit der Entstehung des Geldes als allgemeinem Äquivalent gegeben sind. Dass sich die Warenproduktion in den Kapitalismus transformiert, ist selbst an äußere Bedingungen gebunden, die an der Entwicklung der Warenproduktion alleine nicht abzulesen sind. Dass mit Geld eben Arbeitskraft gekauft werde, sodass es die Bewegung der kapitalistischen Akkumulation beschreiten kann, ist zwar im Geld angelegt, aber dass das Mehrprodukt in der historischen Form des Mehrwerts angeeignet wird, lässt sich nicht allein am Geld ablesen. Obwohl natürlich die Entwicklung des Geldes nicht nur die Grundbedingung des Kapitalismus ist, sondern notwendig auch zu ihm führt, wenn die Warenverhältnisse allumfassend entwickelt werden. So betrachtet sind die logische Gewinnung der Abfolge der Wertformen, die überhaupt erst vom Standpunkt des Kapitalismus zu entwickeln sind, das genaue Gegenteil ihrer wirklich historischen Durchsetzung. Es handelt sich demnach bei dem historischen Prozess der Selbstentwicklung um einen Prozess, „in welchem ständig eine „Verkehrung“ des historisch Voraufgegangenen in eine logische Folge stattfindet und umgekehrt das historisch spätere Gebilde zum Ausgangspunkt der weiteren historischen „Selbsterzeugung“ des Systems wird.“ (Autorenkollektiv 1975: 248)²

Geld und Preis

Der Wert ausgedrückt im Geld ist der Preis. Oder der Tauschwert der Geldware ist der Preis. Dies lässt sich einfach veranschaulichen an der Gleichung:

1 Buch = 10 Euro

Im Preis wird die Wertgröße der Ware fixiert. In ihm drücken die Waren ihre Wertgröße in Vorwegnahme des eigentlichen Tauschak-

tes oder der eigentlichen Realisierung der zu verkaufenden Ware aus. Erst in der Realisierung der Ware als Gebrauchswert erweist sich jedoch, ob der vom Warenproduzenten antizipierte Preis für seine Ware „wirklicher Preis“, „Realpreis“ werde. Und ob sodann die in den Waren tatsächlich verkörperte Arbeit auch realisiert werde, also gegen das Geld als Verkörperung des Werts in entsprechender Relation der Güter getauscht werden kann.³

„Die Waren gehn zunächst unvergoldet, unverzuckert, wie der Kamm ihnen gewachsen ist, in den Austauschprozess ein. Er produziert eine Verdoppelung der Ware in Ware und Geld, einen äußeren Gegensatz, worin sie ihren immanenten Gegensatz von Gebrauchswert und Wert darstellen. In diesem Gegensatz treten die Waren als Gebrauchswerte dem Geld als Tauschwert gegenüber. Andererseits sind beide Seiten des Gegensatzes Waren, also Einheiten von Gebrauchswert und Wert. Aber diese Einheit von Unterschieden stellt sich auf jedem der beiden Pole umgekehrt dar und stellt dadurch zugleich deren Wechselbeziehung dar. Die Ware ist reell Gebrauchswert, ihr Wertsein erscheint nur ideell im Preis, der sie auf das gegenüberstehende Gold als ihre reelle Wertgestalt bezieht. Umgekehrt gilt das Goldmaterial nur als Wertmateriat, Geld. Es ist reell daher Tauschwert. Sein Gebrauchswert erscheint nur noch ideell in der Reihe der relativen Wertausdrücke, worin es sich auf die gegenüberstehenden Waren als den Umkreis seiner reellen Gebrauchsgestalten bezieht. Diese gegensätzlichen Formen der Ware sind die wirklichen Bewegungsformen ihres Austauschprozesses.“ (Marx, MEW 23: 119)

Lebendige und vergegenständlichte Arbeit

Geld ist Ausgangspunkt und Endpunkt der Kapitalverwertung. Das Geld ist höchstes gesellschaftliches Produkt des Warentausches. Es ist aber gleichzeitig auch „die erste Erscheinungsform des Kapitals“. (Ebd.: 161) Kapital bedingt Geldzirkulation, in der sich nicht nur der ursprüngliche und vorgeschossene Wert erhält, sondern im Prozess der Produktion des Kapitals ein Mehrwert erzielt wird, also größerer Wert als ursprünglich ausgelegt.

Es gibt eine interessante Stelle bei Adam Smith, die sich auch bei David Ricardo zitiert findet. Sie ist nicht nur deshalb interessant, weil sie auf die ganzen Schwierigkeiten, Irrtümer und gedanklichen Verstrickungen der Klassiker der bürgerlichen Ökonomie verweist, sie ist auch aus anderem Grunde interessant. Weil sie den Tauschakt gleichsetzt mit der Arbeit, die man sich selbst erspart. Oder eben annimmt, dass der wertbildende Prozess, die Verausgabung von Arbeit in flüssiger Form, gleichzusetzen ist mit dem Tauschwert, der erst zu realisieren ist. Sie ist von der Warte des Kapitalisten oder eben des bürgerlichen Ökonomen verfasst: „Der wirkliche Preis jedes Dinges, das, was jedes Ding den Mann kostet, der es zu erwerben wünscht, ist die Mühe und Beschwerlichkeit des Erwerbes. Was jedes Ding für denjenigen wert ist, der es sich verschafft hat und der es zu veräußern oder für etwas anderes auszutauschen wünscht, ist die Mühe und Beschwerlichkeit, die es ihm selbst dadurch erspart und anderen auferlegt.“ (Ricardo 1959: 11)

Es geht von der Warte des Kapitalisten natürlich darum, die Mühe anderen aufzuerlegen. Das heißt, der Kapitalist arbeitet nicht. Dass es einen Unterschied macht, ob man durch eigene Mühe ein Ding erwirbt, oder aber durch die Mühe der anderen Dinge erwirbt, führt gerade zu den Widersprüchen in der klassischen bürgerlichen Ökonomie. Sie gehen aber auf reale Widersprüche des Produktions- und Austauschprozesses zurück.

Geld ist noch nicht Kapital. Aber es ist potentiell Kapital. Wenn die Kapitalisten, als die Eigentümer der Produktionsmittel, das Geld zum Kauf der Ware Arbeitskraft verwenden, wird das Geld in ihren Händen zu Kapital. Der Kapitalist zahlt dem Arbeiter den Wert der Arbeitskraft und nutzt ihren Gebrauchswert. Der Wert der Arbeitskraft bestimmt sich, wie der zur Reproduktion jeder anderen Ware, durch die dafür aufgewendete gesellschaftlich notwendige Arbeit. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit zur Reproduktion der Arbeitskraft ist der Tauschwert der Produkte, die der Arbeiter zum Leben braucht. Es ist das Äquivalent für die Arbeit, die der Arbeiter leistet, um ein Produkt herzustellen, das für seinen Erhalt unbedingt notwendig ist. Der Gebrauch der Arbeitskraft besteht aber darin, einen

Wertüberschuss über diese notwendige Wertbildung hinaus zu erzielen. Der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft stellt sich für den Kapitalisten also doppelt dar. Es ist einmal der Wertüberschuss über das zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Wertprodukt und somit Mehrwert, vom Kapitalisten unentgeltlich angeeignete Mehrarbeit in Geldform, zum anderen stellt sich der Gebrauchswert, den sich der Kapitalist so durch Ausbeutung des Arbeiters aneignet, dar, als tatsächlich geschaffener, produzierter Gebrauchswert. Der Arbeiter produziert Güter, einen Teil davon muss er notwendigerweise produzieren, um sich selbst erhalten zu können. Ein anderer Teil dieser Güter verkörpert eben den Überschuss über seine eigene Reproduktion und wird so Mehrprodukt, aber in den Händen der Kapitalisten. Der Kapitalist hat aber keine Verwendung für das Mehrprodukt, verkörpert in bestimmten Gegenständen, die er herstellen lässt. Er könnte sie nicht alle selbst gebrauchen. Er muss sie also verkaufen als Waren, um den in ihnen enthaltenen Wert und Mehrwert zu realisieren.

Um zu veranschaulichen, welche Verdrehung hier im Prozess der Kapitalverwertung vor sich geht, möchte ich zu einer Marxschen Begriffsunterscheidung zurückkommen: Dem Unterschied von lebendiger Arbeit und vergegenständlichter Arbeit.

Lebendige Arbeit meint die Arbeit des Arbeiters im Prozess der Verwirklichung der Arbeit, als einer Entäußerung der Arbeitskraft. Der Arbeiter ist im Prozess der Produktion tätig. Seine Arbeitsleistung, die er so verrichtet, interessiert den Kapitalisten. Aber eben nicht in Form des geschaffenen Produktes, sondern in der Form des Werts. Es ist Arbeit in flüssiger Form. Es handelt sich also nicht um die jeweils besondere Arbeit des Arbeiters, differenziert nach den verschiedenen Tätigkeiten, die er verrichtet, sondern um Arbeit in ihrer allgemeinen Form. An der Arbeit interessiert die Fähigkeit, Wert zu schaffen und über den Wert zur eigenen Reproduktion des Arbeiters hinausgehenden Mehrwert. Es handelt sich aber auch nicht allein um die Substanz der Arbeit, also nicht nur um allgemein menschliche Arbeit schlechthin, abstrakte Arbeit. Es geht um die zeitliche Ausdehnung der abstrakten Arbeit. Es geht also um wertbildende Arbeit von bestimmter Größe, Wertgröße, geschaffen in bestimmter Zeit.

Da die lebendige Arbeit fließend ist und nur vom Standpunkt der unmittelbaren Produktion aus, in ihrer Verwirklichung durch die Tätigkeit des Arbeiters, fassbar ist, so versteht sich, dass die lebendige Arbeit nur so lange von Bedeutung sein kann, als man von der Arbeit in ihrer Unmittelbarkeit spricht. Verlässt man den Produktionsprozess, ist lebendige Arbeit nicht fassbar, verliert ihre Bedeutung. Die Arbeit ist dann nicht länger das Maß, das man zu Rate ziehen kann. Der Kapitalist veräußert nicht die Arbeit, die er sich aneignet, er veräußert den Gebrauchswert, die produzierten Güter, welche die Arbeiter, die er ausgebeutet hat, hergestellt haben. Dem Gebrauchswert ist aber überhaupt nicht anzusehen, wie viel flüssige Arbeit in ihn eingegangen ist. Sofern sich die Arbeit im Resultat geschaffener Gebrauchswerte darstellt, hat sie längst aufgehört flüssig zu sein. Sie ist nicht mehr lebendig, sondern hat sich verwirklicht in einem Produkt. Sobald der Kapitalist die Gebrauchswerte, die er herstellen lässt, als Waren veräußert, kann nicht mehr die lebendige Arbeit gelten, die zu ihrer Produktion tatsächlich erforderlich war. Die lebendige Arbeit ist im stetigen Fluss begriffen.

Damit der Kapitalist die Waren überhaupt veräußern kann, müssen sie sich tauschen gegen andere Ware. Diese andere Ware ist aber eben, da aus dem Prozess der Produktion längst herausgerissen und in den Austausch hineingeworfen, bereits vergegenständlichte Arbeit.

Vergegenständlichte Arbeit bedeutet, dass sich die Arbeit in einem Produkt derselben verwirklicht hat. Die Arbeit ist gegenständlich geworden. Und der Gegenstand verkörpert Arbeit. Es ist unschwer zu erkennen, dass der Begriff der vergegenständlichten Arbeit hier nichts anderes meint, als die Wertform selbst: „Menschliche Arbeitskraft im flüssigen Zustand oder menschliche Arbeit bildet Wert, aber ist nicht Wert. Sie wird Wert in geronnenem Zustand, in gegenständlicher Form.“ (Marx, MEW 23: 65)

Um den Wert der relativen Wertform auszudrücken, muss er eben als eine „Gegenständlichkeit“ ausgedrückt werden. Also in einem Äquivalent, das von der relativen Wertform dinglich verschieden ist. Der Tauschwert ist der Wert als Gebrauchswert. Zugleich ist der Tausch-

wert aber auch der Gebrauchswert als Wert. Vergegenständlichte Arbeit, im kapitalistischen Zusammenhang des Warentausches, meint daher nichts anderes als das Geld. Das Geld, das als Gebrauchswert Wert ist und so erst den allseitigen Tauschzusammenhang vermitteln kann. Geld ist der Ausgangspunkt und der Endpunkt des Kapitalumschlages. Der Kapitalist schießt Geldkapital vor und muss die Ware gegen Geld realisieren, um den Wert der Ware zu realisieren. Sodass nicht nur die Akkumulation erneut beginnen kann, sondern damit er überhaupt leben kann.

Betrachten wir aber noch einmal den Prozess des Kapitalumschlages als Ganzem.

Der Kapitalist schießt Geld vor und kauft Arbeitskraft. Aber hier tauscht sich vergegenständlichte Arbeit gegen lebendige. Er zahlt dem Arbeiter den Wert der Arbeitskraft in Geld und eignet sich den geschaffenen Mehrwert unentgeltlich an. Mit bestimmter vergegenständlichter Arbeit kommandiert der Kapitalist eine größere Menge lebendiger Arbeit. Was hier somit vorliegt, ist ein ungleicher Tausch von Kapital und Arbeit.

Der Arbeiter erhält für die Arbeit, die er flüssig gibt, eine bestimmte Menge Arbeit in vergegenständlichter Form, in Geldform. Er setzt dies Geld wieder um gegen Waren. Und er kann immer nur so viele Waren kaufen, als der Reproduktion seiner Arbeitskraft entspricht.

Der Kapitalist muss das Produkt, das die Arbeiter geschaffen haben, verkaufen. Diese haben so und so viel lebendige Arbeit verausgabt, wovon der Überschuss über ihr eigenes notwendiges Wertprodukt der Mehrwert ist. Dass allerdings der ganze Wert des Produktes realisiert werde, hängt jetzt gar nicht mehr davon ab, wie viel Arbeit tatsächlich im Produktionsprozess verausgabt wurde, sondern davon, ob das Produkt der Arbeit von der Gesellschaft tatsächlich gebraucht wird. Es geht also wiederum um den Gebrauchswert des produzierten Produktes, das sich gegen Geld, welches im Prozess der Realisierung dem zu verkaufenden Produkt gegenüber den Wert vorstellt, tauschen muss. Das produzierte Produkt muss gegen Geld tauschen. Es findet so-

mit wieder statt, ein Tausch von vergegenständlichter gegen vergegenständlichte Arbeit.

Aber an der produzierten Ware interessiert nur die flüssige Arbeit, die Wertgröße, im Akt ihres Verkaufes gilt aber nur ihr Gebrauchswert. An der Geldware interessiert im Akt des Verkaufes der hergestellten Ware nur ihr Gebrauchswert, Verwirklichung des Wertes zu sein (Wert als Gebrauchswert), also Tauschwert. Die besondere Ware tauscht gegen die Wertform, Verwirklichung allgemeiner Arbeit. Und somit wird die produzierte Ware, die Nicht-Gebrauchswert für den Kapitalisten war, Gebrauchswert für ihn.

Nun beginnt der Prozess der Kapitalverwertung erneut. Im Akt des Kaufes der Waren durch das Geld (hier betrachten wir allein die Arbeitskraft), zum Zwecke der Produktion des Kapitals, interessiert am Geld wiederum nur die Fähigkeit, als die bestimmte Ware alle anderen Waren zu kaufen und somit ihr Gebrauchswert als Wert, Tauschwert. An der Ware, die gekauft wird (Arbeitskraft), interessiert ihr Gebrauchswert. Vor allem aber ihr allgemeiner Gebrauch, wertbildend zu sein. Die Wertform, das Geld, als ideeller Gebrauchswert, tauscht gegen die menschliche Arbeitskraft. Somit wird die Ware, die der Kapitalist mit Geld kauft, Gebrauchswert für ihn. Der Kauf der Ware mit dem Geld ist daher die Realisierung des in der Äquivalentform vorgestellten Gebrauchswertes des Geldes. Und das Geld stellt eben alle Gebrauchswerte vor, ist gegen alle Gebrauchswerte austauschbar, somit auch gegen die Ware Arbeitskraft, die in ihrer Warenform schon einschließt, dass jeder Mensch, wie verschieden seine Tätigkeit auch sei, in Form der Lohnarbeit gleiche Dienste für das Kapital verrichtet.

Indem Geld die Akte von Kauf und Verkauf vermittelt, muss es notwendigerweise eine Vermittlung der verschiedenen und in sich greifenden Tauschakte schaffen, in welcher nicht nur die auseinanderfallenden Glieder der Kette vermittelt sind, sondern indem es selbst die Fähigkeit beides zu sein, Wert und Gebrauchswert, in sich aufnimmt und verwirklicht. Geld ist in seiner Gestalt als besonderes Ding zugleich eben allgemeines Ding, und somit ist Geld die adäquate Erscheinungsform des Wertverhältnisses im Kapitalismus. Um den

Umschlag, den Salto mortale, von Warenproduktion und Realisierung bewerkstelligen zu können, muss es selbst die Einheit des Gegensatzes der beiden Pole der Ware sein, um sich gegenüber der auszutauschenden Ware, die jetzt Gebrauchswert vorstellt, als Tauschwert zu verhalten. Und umgekehrt gilt hinsichtlich der Pole der Ware dasselbe auch für die Rückverwandlung von Geld in Ware, nur spiegelverkehrt in der Anordnung der Extreme des äußeren Gegensatzes von Ware und Geld.

Im Akt des Verkaufes setzt sich Gebrauchswert gegen Tauschwert um und im Akt des Kaufes Tauschwert gegen Gebrauchswert. Jeder Akt des Verkaufes ist aber immer auch ein Akt des Kaufes, eben Austausch. Für den einzelnen Warenbesitzer ist immer seine eigene Ware das allgemeine Äquivalent, das er gegen bestimmte andere Ware eintauscht. Weil ihm eben alle anderen Waren als Verwirklichung seines Wertes gelten. Er kann seine Ware gegen sämtliche andere besonderen Waren tauschen. Da aber nicht alle Waren gleichzeitig allgemeine Äquivalentware sein können, wurde eben im allgemeinen Austausch aller Waren gegen alle, das Geld zu einer historischen Notwendigkeit.

Wenn das Geld nun den Akt des Kaufes anderer Waren eröffnet, handelt es sich dabei nicht um den einfachen Stellenwechsel von relativer Wertform und Äquivalentform. Was bei der einfachen Wertform der Fall ist, wenn man sie rückwärts „liest“, sodass nun das Geld, anstatt Äquivalent zu sein, den Platz der Ware eingenommen hätte, die ihren Wert in einer anderen ausdrückt. Die relativen Wertausdrücke sind alle im Geld „enthalten“. Das Geld ist die eine Ware, die alle anderen Waren spiegelt. Sie ist ausgeschlossene Ware als allgemeines Äquivalent. Das Geld kann nie seinen eigenen Wert zum Ausdruck bringen, aber es spiegelt den Wert aller anderen Waren. In der spezifischen relativen Wertform des Geldes drückt sich ihr eigener Wert relativ aus, in endlosen und daher unbestimmten und zueinander unbestimmbaren Tauschgleichungen:

10 Euro = 1 Buch
10 Euro = 2 Packungen Kaffee
10 Euro = 3 Tafeln Schokolade

usw. usf. ins Unendliche.

Insofern befindet sich das Geld nie in einfacher relativer Wertform, selbst wenn es den Prozess der Kapitalverwertung eröffnet, der mit dem Kauf Geld gegen Ware beginnt. Aber die spezifische relative Wertform des Geldes ist es, die entfaltete Form der Warengesamtheit relativ zueinander zu spiegeln.

Oder anders ausgedrückt: Der Gebrauchswert des Geldes als Kapital ist es, mehr Arbeit in vergegenständlichter Form herauszuziehen, als in die Produktion geworfen. *Das Geld, als die fertig vollendete und ausschließliche Äquivalentform der gesamten restlichen Warenwelt, ist das Kapital und so ist eben das Geld dazu bestimmt sich selbst als Kapital zu verwerten.*

Was den Kapitalisten an der Realisierung alleine interessiert, ist, ob nun der Wert und in ihn eingeschlossen der Mehrwert des Produktes umgesetzt werde, sodass er von Neuem den Prozess der Verwertung beginnen kann.

Es liegt hier dem Wesen der Sache nach also vor:

Vergegenständlichte gegen lebendige Arbeit (Kapital gegen Lohnarbeit)

Lebendige Arbeit gegen vergegenständlichte (Geleistete wertbildende Arbeit gegen Geld)

Vergegenständlichte gegen lebendige Arbeit (Kapital gegen Lohnarbeit)

usw.

Tatsächlich aber wechselt immer nur Geld gegen bestimmte Ware und die Ware gegen Geld. Der Kapitalist zahlt dem Arbeiter den Lohn in Form des Geldes. Er verkauft seine bestimmte Ware gegen Geld. Vom Standpunkt der Warenzirkulation entsteht hier keine Ungleichheit. Alles entspricht den Gesetzen des Äquivalententausches. Die Ungleichheit im Austausch von vergegenständlichter gegen lebendige Arbeit, also Kapital gegen Lohnarbeit, ist notwendige Bedingung für die Gleichheit des Warentausches, als Tausch von vergegenständlichter gegen vergegenständlichter Arbeit. Und die Gleichheit in der Warenzirkulation, der Tausch gemäß dem Wertgesetz, ist notwendige Bedingung für die Ungleichheit des Tausches von Kapital und Arbeit. Die Verdrehung, die im Kapitalumschlag vor sich geht, ist notwendige Verdrehung zum Zwecke der Ausbeutung. Sie findet ihre Voraussetzungen bereits in der Geldform selbst, die diese Verdrehung erst möglich macht. Mit der Behauptung der Geldware als ausgeschlossene dritte Ware etabliert sich gleichzeitig das Kapitalverhältnis. Ausbeutung und Fetischcharakter der Ware sind das gleiche.

Es sei noch bemerkt, dass vom Standpunkt des Arbeiters, die Verdrehung, die durch das Geld mit dem Kapitalumschlag vor sich geht, keinerlei Nutzen hat. Der Arbeiter erhält Geld in Form des Lohns nur in der verschwindenden Form, dass der Gegenwert seiner Arbeitskraft, die er als Ware veräußert hat, wieder gegen Ware umgesetzt werde, die er zum Leben unbedingt braucht. Er setzt letztlich also nur vergegenständlichte Arbeit gegen vergegenständlichte Arbeit um, sodass sich die Formel seiner Produktion und Konsumtion $W - G - W$ zusammenziehen lässt auf die Formel $W - W$. Das Geld, aber somit auch das Wertverhältnis schlechthin, ist für ihn überflüssig. Er braucht den Tausch nicht, und er ist stets auf die urwüchsige Form des Produktentausches zurückgeworfen, die aber weiter zurückführt zur gemeinschaftlichen Produktion, ohne der Notwendigkeit des Tauschaktes.

Anders beim Kapitalisten. Er muss Geld immer umsetzen als Kapital und kauft mit dem Kapital Arbeitskraft, die ihm einen Mehrwert erbringt. Die Formel der Kapitalzirkulation ist aber $G - W - G'$. Bei ihm ist die Ware die verschwindende Form seines Einkommens. Und somit lässt sich die Formel der Kapitalzirkulation reduzieren auf die

Formel $G - G'$. Die Vermehrung des Geldes findet aber nur im Produktionsprozess statt. Das Kapital verwertet sich durch die wertschöpfende Kraft des Arbeiters. Aber damit ist auch ausgedrückt, dass das Geld den einzigen Zweck hat, mehr Geld einzusaugen. Dieser Effekt erwächst aber nicht aus dem Geld selbst. Denn G kann sich immer nur mittels W durch gleich großes G tauschen. Die Verdrehung, die der Kapitalismus schafft, führt bei näherer Betrachtung sein eigenes Dasein ad absurdum. Geld um der Geldproduktion willen. Der Kapitalist muss aber tauschen, um sich selbst auf Kosten der Arbeiterklasse erhalten zu können.

In der Formel $G - G'$ ist allerdings, wenn man das zu Ende denkt, auch enthalten: Das Geld bezieht sich qualitativ auf das Geld, also auf sich selbst. Wäre nicht der Größenunterschied im Geld, der dadurch zustande kommt, dass sich das Geld im Akt der Kapitalakkumulation verwertet, führte diese Formel zu einem Zirkelschluss, weil reale Zirkelbewegung. Geld bezieht sich auf Geld. Oder das Geld drückt seinen eigenen Wert im Geld aus. Also Geld ist gleich Geld. Damit wäre aber das Geld da relative Wertform und dort Äquivalentform. Dies schließt sich aber aus. Eine Ware kann nie gleichzeitig in relativer Wertform und Äquivalentform begriffen sein. Relative Wertform ist das Geld aber insofern, als das Geld die Totalität der Gebrauchswerte rückwärts spiegelt und damit die Form der totalen Wertform, als unübersehbare Kette der Warengleichungen, in sich selbst enthält. Diese Form kann das Geld aber nur enthalten, sofern sie die ausgeschlossene Ware ist. Dadurch kann sie aber nicht die Rolle der relativen Wertform spielen. Sie kann es selbst nur, insofern sie eben das allgemeine Äquivalent ist. Die Katze beißt sich in den Schwanz.

Dieser Widerspruch (die wechselseitige Bedingtheit zweier sich ausschließender Momente) lässt sich nur durch den Prozess der Verwertung des Kapitals lösen. Geld als Geld zusetzendes Geld. Dann hieße die Gleichung: 10 Euro = 20 Euro. Das macht aber eben nur aufgrund der quantitativen Unterschiedlichkeit der Wertgröße für den Warenbesitzer Sinn. Der Wert des Geldes ausgedrückt in mehr Geld. Oder der Unterschied der Menge des Geldes anhand der bestimmten, wechselnden Proportionen des diese vermittelnden Austausches. Jeder

weiß jedoch, dass 20 Euro mehr als 10 Euro sind und insofern ist diese Gleichung $10 \text{ Euro} = 20 \text{ Euro}$ unzulässig. Dies bedeutet wiederum nur, wie oben bereits gesagt, dass die Vermehrung des Geldes nicht aus dem Geld selbst entstehen kann. Aber sie geht tatsächlich vor in der Produktion des Kapitals.

Diese Ungleichsetzung in der Geldmenge, welche die Kapitalbewegung vollführt, schließt allerdings ihre qualitative Gleichheit aus. Eine Ware kann nur mehr von einer anderen Ware ausdrücken, wenn es sich um zwei verschiedene Waren handelt: 1 Buch = 2 Packungen Kaffee. Aber die Verschiedenheit der Waren hat das Geld gerade aufgehoben und in sich aufgenommen. Es muss sich daher nicht erst als Wert mit sich selbst gleichsetzen. Geld ist Geld. Qualitativ hat es sich daher nicht gleichzusetzen. Und quantitativ kann es sich nicht gleichsetzen. $10 \text{ Euro} = 10 \text{ Euro}$ ist eine Tautologie. Die qualitative Gleichsetzung mit sich selbst erfolgte bereits, als das Geld, als die ausgeschlossene Ware, alle anderen Waren in deren Wert ausdrückte. In dem sie dies, und zwar nur mittels der historischen Tat der Warenbesitzer, bewerkstelligte, schloss sie sich selbst als Ware aus, oder wurde eben als die dritte Ware ausgeschlossen. Und indem sie als Ware ausgeschlossen wurde, wurde sie zum Wert schlechthin. Ihr Gebrauchswert wurde ihr Wert und der materielle Ursprung des Geldes als besonderer Gebrauchswert ging verloren. Er wird heute in den eisernen Goldreserven der Zentralbanken aller Länder gehortet.

Damit das Geld als Gebrauchswert gleich seinem Wert ist, aber ungleich seiner Wertgröße, wie sie sich darstellt im Geld selbst, muss das Geld als Gebrauchswert von sich verschiedene Werte „zeugen“. Und die gezeugten Werte müssen sich in vom Geld unterschiedenen Gebrauchswerten darstellen. Die geschaffenen Gebrauchswerte müssen im Prozess ihrer Erzeugung aber mehr Wert setzen, als zu ihrer Herstellung verausgabt wurde. Der Gebrauchswert muss also aus sich selbst heraus Wert zeugen, flüssige Arbeit zusetzen. Dies ist eben der Gebrauch der Ware Arbeitskraft. Dieses Problem hat Marx im „Kapital“ mit der Theorie des Mehrwerts gelöst. Das Geld ist der Wert bezogen auf sich selbst. Und so muss es sich verwerten als Kapital, als sich selbst verwertender Wert. Die Bewegungsform des Kapitals

ist zugleich die Lösungsbewegung des Widerspruchs von Gebrauchswert und Wert. *Indem sich jedoch das Geld als Kapital betätigt, wird Geld, durch quantitativen Unterschied zu sich selbst ($G - G'$), neue Qualität, Geld als Kapital.*

In der Formel des Kapitals ist also ein dem Geld und dem Kapital selbst immanenter Widerspruch enthalten, der zu seiner Auflösung drängt. Ein Kapitalismus der nicht wächst, also ein Kapitalismus in dem sich das Geld nicht dauerhaft und immer wieder aufs neue als Kapital verwertet, ist dem Untergang geweiht.

Die Arbeiterklasse hebt mit der Beseitigung der Ausbeutung nicht nur das Privateigentum an Produktionsmitteln und die Lohnarbeit auf, sondern sie hebt damit notwendigerweise auch das Wertverhältnis und die Warenproduktion auf. Die Warenproduktion und mit ihr das Geld waren die notwendigen Bedingungen für die Existenz des Kapitalverhältnisses. Mit der Aufhebung des Kapitalverhältnisses muss auch die Existenz ihrer Bedingungen aufgehoben werden, der Wert.

Oder anders ausgedrückt: Soll sich die zu erreichende Gesellschaftsformation qualitativ von der vorhergehenden unterscheiden, kann sie nicht wieder allein zum Geld zurückkehren, womit der Kapitalismus begann. In dieser Rückkehr zum einen Ausgangspunkt ist auch die Rückkehr zum vorangegangenen notwendig enthalten. Die Expropriation der Expropriateurs bezieht sich dann nicht nur auf die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals, das eben aus der Enteignung von Kleineigentümern hervorging, die ihre Produktionsmittel und das Produkt ihrer Arbeit selbst besaßen. Die Enteignung der Enteigner führt weiter zurück auf die geschichtliche Entstehung des Privateigentums überhaupt, welches bereits in der Entwicklung der Urgesellschaft, durch Formen einfacher Warenproduktion Fuß fassend, das urwüchsige Gemeineigentum ablöste.

Die Überwindung des Kapitalismus ist gleichzeitig Überwindung des Geldes und erst insofern kann Sozialismus verstanden werden als das zusammenfassende Resultat des bisherigen Geschichtsprozesses, welches der neuen Gesellschaft den Weg ihrer Entwicklung weist.

Die Umkehrung der Umkehrung - Oder die Aufhebung des Werts

Die Umkehrung der Umkehrung (Diese Denkfigur des Materialismus habe ich entlehnt von: Vgl. Holz 2005: 236 ff.), oder eben die Erringung des Sozialismus, ist nicht nur Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sondern Aufhebung des sachlichen Charakters gesellschaftlicher Interaktion. Indem sie die Vermittlung des Produktionsprozesses durch das Eigentum an einer Sache aufhebt, durch welche sich an den Anfang und das Ende einer von Menschen bewirkten Arbeitstätigkeit ein gesellschaftliches Ding setzte, bewirkt sie ein unmittelbar gesellschaftliches Verhältnis der Menschen.

Die erste Umkehrung der Produktionsverhältnisse setzte den besonderen Gebrauch des Gutes in den Stand gesellschaftlicher Allgemeinheit, als unterschieden von sich selbst im Tauschwert, als Geld. Die zweite Umkehrung negiert das Geld und führt es wiederum auf die unübersehbare Fülle der einzelnen besonderen Gebrauchswerte zurück, die es in endloser Reihe spiegelt. Aber so, dass mit der Lösung des Widerspruchs der Gebrauchswert unmittelbar, in seiner Besonderheit, allgemeine, gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Jeder Gebrauchswert wird dadurch der zu sich selbst zurückgekehrte Tauschwert, oder das Zurückführen eines den Gebrauchswert spiegelnden ideellen Reflexes auf seinen materiellen Ursprung.

Die Negation der Negation ist demnach „die Rückbindung des spiegelbildlich erscheinenden Ganzen an die Partikularität einer in der äußeren (extensionalen) Welt vorkommenden Sache (...)“ (Holz 2005: 241) Und so ist der Wert eben aufgehoben im besonderen Gebrauchswert aller Güter, die sich sodann nicht erst als Werte darzustellen haben, da ihr Verhältnis zu allen anderen Gütern von vornherein gesellschaftlich bestimmt ist. Jedes Gebrauchsding enthält so „in sich“ die Beziehung zu allen anderen Gebrauchsdingen. Die Lösung des Widerspruchs hebt so den Doppelcharakter der Ware als Gebrauchswert und Wert auf im unmittelbar gesellschaftlichen Charakter des Gebrauchswerts, den sie also unterschiedslos für alle Gebrauchswerte verwirklicht. Damit nimmt aber das Gebrauchsgut nie eine von seiner dinglichen Form verschiedene Wertgestalt an, welche sich als gesell-

schaftliches Verhältnis der Sachen gegen die Menschen verselbständigen könnte. Die Verwirklichung des Sozialismus setzt eben nicht Dinge zwischen die Menschen, sondern vergesellschaftet die Sachen im Dienste der Menschen. Der arbeitende Mensch wird an die erste und die letzte Stelle des Aktes der gesellschaftlichen Produktion gesetzt, als Verwirklichung einer vom Menschen gestalteten und von ihm beherrschten Produktionsweise.

Damit entfällt auch, dass die Produktion des Produktes und die Realisation desselben auseinanderfallen, als entgegengerichtete und sich bedingende Tauschakte verschiedener gesellschaftlicher Akteure. Wenn Marx davon spricht, dass der Verein freier Menschen das individuell konsumierbare Produkt unter die Produzenten verteilt, so ist darin auch angelegt, dass im Sozialismus das Gesamtprodukt nicht mehr in verschiedene Einkommensrubriken (notwendiges Produkt und Mehrprodukt) zerfällt. Damit verschwindet auch die gegensätzliche Bestimmung der verschiedenen Einkommen und damit der Widerspruch, den das Geld erst bedingt hat. Das Produkt gehört der Gesellschaft. Das Eigentum am Gegenstand ist aufgehoben. Sowohl von Seite der Produktion als auch von Seiten der Konsumtion. Was gegeben werden kann, ist Arbeit in lebendiger, flüssiger Form, die sich im Gegenstand verwirklicht. Und was genommen werden kann, ist nur das gemeinschaftliche Produkt geronnener Arbeit. Der Arbeiter erhält ein Zertifikat, das ihm bestätigt, wie viel Arbeit er in flüssiger Form gegeben hat. Er zieht mit dem Schein gleich viel Arbeit in geronnener Form heraus, Gebrauchswert. Kauf und Verkauf werden überflüssig, somit die Verdrehung, die im Prozess von Produktion und Austausch vorgeht und somit der Wert. Das Wertverhältnis wird aufgehoben, und dadurch ist jede verausgabte Arbeit unmittelbar, ohne Umwege, gleiche und gleichgültige gesellschaftliche Arbeit, ist flüssige Arbeit schon von vornherein die notwendige vergegenständlichte Arbeit. Die Verwirklichung der Arbeit ist ihre Wirklichkeit im gemeinschaftlichen Gegenstand. Das Resultat der Arbeit ist vorweggenommen durch ihre geplante und gezielte Verausgabung.

Somit sind Produktion und Konsumtion identisch. Dies in dem Doppelsinn, dass der Arbeiter seine Produktionsmittel und seine eigene

Arbeitskraft im Prozess der Produktion zum eigenen Nutzen produktiv konsumiert. Er konsumiert zudem das von ihm erzeugte Produkt und Mehrprodukt. Sei es zur eigenen individuellen Konsumtion oder sei es zur Produktion und erweiterten Reproduktion. Die Produktion ist in Übereinstimmung mit der Konsumtion. Der Arbeiter konsumiert gerade das, was er produziert hat, und indem er produziert, konsumiert er.

Die Verwirklichung dessen schließt aber vermittelnde Schritte ein. Und dies ist das eigentliche und einzige Problem der politischen Ökonomie des Sozialismus, die aufgehört hat, Kritik der politischen Ökonomie, also auch Kritik des Kapitalismus, zu sein. Alles was über das kategoriale Verständnis der politischen Ökonomie in ihren vorgefundenen sozialen Formen hinausgeht, verlässt den Boden dieser Wissenschaft, weil ihre Grundlage, die Ware, als kleinste ökonomische Einheit aufhört zu existieren. Damit hört die politische Ökonomie des Sozialismus auf, politische Ökonomie im „engeren Sinne“ zu sein und wird sodann als Wissenschaft der Erfassung, Planung und Steuerung wirtschaftlicher Prozesse fortexistieren. Ökonomie als Technik. Sofern sie allerdings weiterhin den Zusammenhang von Produktion und Verteilung untersucht, bleibt sie politische Ökonomie im weitesten Sinne, die schließlich auch das allen Produktionsweisen Gemeinsame zum Gegenstand hat. Die Kritik der politischen Ökonomie hebt sich mit dem Vorwärtsschreiten zum Kommunismus damit selbst auf durch ihre praktische Verwirklichung.

Anmerkungen:

1) Die Entwicklung der Wertform vollzieht sich wiederum selbst in der Dreigliedrigkeit dialektischen Umschlags: Einfache Wertform - Entfaltete Wertform - Allgemeine Wertform. Darin ist ausgedrückt: Ein einziges Äquivalent in der Anfangsform entwickelt sich zur Form verschiedenster Äquivalentausdrücke einer Ware, wobei im allgemeinen Äquivalent schlussendlich alle Wertausdrücke wiederum in einem einzigen Äquivalent enthalten sind. Die Geldform, also Form IV, unterscheidet sich nicht qualitativ von Form III, der allgemeinen

Wertform. In Form IV sind aber alle früheren Wertformen als wechselseitig aufeinander bezogen enthalten. Form III, sagt Marx (Vgl. Marx, MEW 23: 85), löst sich rückbezüglich auf in Form II (Entfaltete Wertform), sowie ihr konstituierendes Element in Form I (Einfache Wertform). Daher ist die einfache Warenform der Keim der Geldform.

2) Weiterführende Erläuterungen zu Einheit und Gegensatz von Historischem und Logischem

„Das einfache Faktum“, schreibt Marx in den „Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie“, „dass die Ware doppelt existiert, einmal als bestimmtes Produkt, das seinen Tauschwert in seiner natürlichen Daseinsform ideell enthält (latent enthält), und dann als manifestierter Tauschwert (Geld), der wieder allen Zusammenhang mit der natürlichen Daseinsform des Produktes abgestreift hat, diese doppelte verschiedene Existenz muss zum Unterschied, der Unterschied zum Gegensatz und Widerspruch fortgehen (...) Die Austauschbarkeit der Ware existiert als ein Ding neben ihr im Gelde, als etwas von ihr Verschiedenes, nicht mehr unmittelbar Identisches. Sobald das Geld als äußeres Ding neben der Ware ist, ist die Austauschbarkeit der Ware gegen Geld sofort an äußere Bedingungen geknüpft, die eintreten können oder nicht; äußerlichen Bedingungen preisgegeben“. (Marx zitiert nach Klimaszewsky 1976: 157)

Eben weil die konkrete Entwicklung der Gesellschaft von äußeren Faktoren abhängt und somit die Durchsetzung des kapitalistischen Privateigentums an die historische Tat einzelner Akteure gebunden ist, lässt sich allein an der Entwicklung der Wertform nicht die Entstehung des Kapitalismus ablesen. Umgekehrt ist aber ausgehend von der Entstehung des Kapitalismus, anhand der Entwicklung der Geldform, die Keimform des Kapitalismus logisch zurückzuverfolgen:

„Im Rahmen der Geschichte des Kapitalismus, der Geschichte der Herausbildung des gegebenen Systems von Beziehungen zwischen den Menschen, fällt die „logische“ Reihe mit der „historischen“ zusammen, denn die erste widerspiegelt die zweite nur, rekonstruiert sie

theoretisch. In der Geschichte überhaupt hingegen geht dem Kapital nicht der Wert voraus, sondern ein anderes konkret-historisches System von Produktionsverhältnissen, in welchem der Wert nur ein abstraktes (im Sinne der Besonderheit und des Fragmentarischen) Verhältnis ist, eines der Verhältnisse, die sich mit diesem anderen System verflechten.“ (Autorenkollektiv 1975: 249)

Allerdings lässt sich der Geschichtsprozess hinwiederum selbst darstellen als der Folge von G (Sklaverei) - W (Feudalismus) - G (Kapitalismus). Wobei sich dann W als die auf Naturalwirtschaft gegründete Negation der auf Geldform basierenden Sklavenhaltergesellschaft darstellt. Und der Kapitalismus sodann die Negation der Negation der Bewegung ist, als Rückkehr zum Geld auf neuer, qualitativ höherer Stufe. Geld als Kapital in seiner vollumfänglichen Ausprägung. Das übergreifende Moment dieser Bewegung ist aber eben die Wertform. Ihre Entwicklung hin zum Kapitalismus, oder zum allgemeinen Äquivalent in Geldform, erscheint dann als eine „Linie“ in der Abfolge der dialektischen Entfaltung der Wertformen. Aber nur sofern sie die Entwicklungsschritte, die mit der Wertform selbst vorgehen, zusammenfasst und von der eigentlich historischen Zufälligkeit abstrahiert, über welche die logische Reihe damit abstrakt hinwegsieht.

3) Weiterführende Erläuterungen zur Preisform und dem Gegensatz von Wertgröße und Preis

Der Wert und die Wertgröße einer Ware, die verkauft werden soll, sind ausgedrückt im Gebrauchswert der Geldware. Indem so die Wertgröße ausgedrückt wird, ist der Tauschwert des Geldes der Preis. Die Wertgröße der Ware ist vorweggenommen im Preis. Zunächst ideell. Damit die Ware, die gegen Geld getauscht werden soll, ihren Wert realisiert, muss sie sich ersetzen durch das reelle Geld, als Materiativ der allgemeinen Arbeit. Änderungen in den Wertrelationen von zu verkaufender Ware und Geld, bedingt durch Änderungen in der Wertgröße der Waren und der Geldware, führen natürlich auch zu Änderungen der Tauschrelationen bestimmter Güter und der Geldware. Aber nicht unmittelbar. In dem ideellen Bezug der zu verkaufenden Ware auf die Geldware ist angelegt, dass die Arbeit in flüssiger

Form, welche zur Produktion der Ware aufgewendet wird, ihren Bezug zum Wert als Gebrauchswert des Geldes aufnimmt, noch ehe der Realakt des Tausches stattgefunden hat. Aber allein dieser Realakt reduziert die Waren auf die zu ihrer Herstellung tatsächlich notwendigen gesellschaftlichen Arbeit. Gesellschaftliche Arbeit, die nicht auf entsprechende Nachfrage, ausgedrückt im Geld, stößt, mag zwar als notwendige Arbeit verausgabt worden sein, realisiert sich aber nicht als solche. Daher kann sie auch nicht die „wirkliche Wertgröße“ der Ware abbilden. Obgleich natürlich auch vor dem Tausch die Wertgröße der Ware schon „wirklich“ war, in dem Sinne, dass notwendige Arbeit in entsprechendem Ausmaß im Prozess der Produktion verausgabt wurde, durch welche eine bestimmte Ware von bestimmter Anzahl hergestellt wurde. Die Wertgröße bestätigt und realisiert sich aber erst im Tausch, und somit stellt sich erst dann das eigentliche Proportionalitätsverhältnis der Waren zueinander her. Aber das Geld als Preismaß, das gar nicht auf die Wertgröße, sondern auf stoffliche Größen und Untergliederungen (nach Gewichtseinheiten usw.), zurückgreift, ist eine fixe und unveränderliche Größe. Dies ist notwendige Voraussetzung. Wäre das Geld nicht in verschiedene Zeichen (Münzen, Banknoten) von bestimmter und unveränderlicher Relation zueinander unterteilt (20 Euro sind doppelt so viel wie 10 Euro), so wäre jede Kalkulation unmöglich. Darüber hinaus wäre aber die Gegenüberstellung von Ware und Geld unmöglich. Denn die Arbeit, die zur Herstellung der Ware erforderlich ist, wird flüssig verausgabt. Sie muss aber in Form des Gegenstandes angeeignet werden. Aber in flüssiger Form kann die Arbeit nicht zugleich ihr Gegenteil, gegenständliche Arbeit, sein. In ihrer gegenständlichen Form ist die Ware von anderen Gegenständen verschieden. Und somit wäre sie mit ihnen auch nicht vergleichbar. Arbeit muss sich daher, bevor das Produkt der Arbeit veräußert wird, in einem anderen Produkt ideell veräußern. Dies gelingt aber nur, insofern dies andere Produkt veräußerte Arbeit ist. Im Preis kommt also zum Ausdruck, dass die Waren ihre Wertgröße im Geld ausdrücken. Durch den realen Tausch mit Geld ändern sich auch die Tauschrelationen der Waren zueinander. Aber ideell sind die Tauschrelationen der Waren im Spiegel des Geldes vorweggenommen, noch ehe sich die flüssige Arbeit vergegenständlichen konnte. Es ist daher klar, dass der Preisausdruck der Waren abweichen muss von

der eigentlichen Wertgröße. Die Nichtübereinstimmung von Wertgröße und Preis kann bereits folgen vom Standpunkt der Produktion, dass der selbst gesetzte Kalkulationspreis nicht übereinstimmt mit der tatsächlich verausgabten notwendigen Arbeit. Die Nichtübereinstimmung von Wertgröße und Preis kann aber auch folgen von Seiten der Realisierung der Ware, sodass ein Preis durch die Nachfragebewegung anerkannt werde, der nicht die zur Produktion erforderliche gesellschaftlich notwendige Arbeit abbildet. Nur im Falle einer Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage (Mengen-Preis-Relation) sind Wert und Preis identisch. Und so muss auch sein, dass das Preismaß, das am Gebrauchswert des Geldes misst und nicht an seinem Wert oder seiner Wertgrößenbestimmung, eine fixierte Untergliederung bestimmter (künstlicher) Einheiten ist. Die Preisform ist die Einheit von Wertgröße und Preis im Geld.

Literaturverzeichnis:

Autorenkollektiv (1975). Geschichte der marxistischen Dialektik. Von der Entstehung des Marxismus bis zur Leninschen Etappe. Berlin: Dietz Verlag

Holz, Hans Heinz (2005). Weltentwurf und Reflexion. Versuch einer Grundlegung der Dialektik. Stuttgart/Weimar: Verlag J.B. Metzler

Klimaszewsky, Günter, Hg. (1976). Weltanschauliche und methodologische Probleme der materialistischen Dialektik. Berlin: Akademie-Verlag

Marx, Karl (1983). Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, MEW 23, Berlin: Dietz Verlag

Ricardo, David (1959). Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung. Berlin: Akademie-Verlag

Bündnispolitik und antimonopolistische Demokratie im Programm „Sozialismus in Österreichs Farben“ – Eine Kritik

Von Lukas Haslwanter

Anfang der 1980er-Jahre verabschiedete die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) ihr letztes Partei- und zugleich marxistisches Programm. Als 1989–91 der Sozialismus in Osteuropa zusammenbrach und die Sowjetunion sich auflöste, verlor das Programm sprunghaft an Bedeutung, da sich die politische und ökonomische Lage rasch veränderte. In der KPÖ brachen offene Kämpfe um das marxisteleninistische Erbe zwischen denen, die dieses erhalten und daran anknüpfend weiterarbeiten wollten, und jenen, die dieses liquidieren wollten, aus. Wie diese Kämpfe endeten, ist bekannt. 2004/05 wurden von den LiquidatorInnen, unter der Führung von Walter Baier, Michael Graber, Melina Klaus und anderen Landesorganisationen, Ortsgruppen und Bezirksorganisationen, die am Marxismus-Leninismus festhielten, aufgelöst und Einzelpersonen ausgeschlossen. Lediglich die KPÖ Steiermark traute man sich wegen ihrer Wahlerfolge nicht anzugreifen. Diese wiederum ging in Oppositionshaltung zum Rest der KPÖ und hat den Konflikt innerhalb ihrer Landesorganisation eingefroren, zugunsten anhaltender Wahlerfolge. Dass der Konflikt in der KPÖ Steiermark nur eingefroren wurde und nicht gelöst, zeigen auch Sätze im Landesprogramm wie dieser: „Der Marxismus-Leninismus beruhte zum Teil auf dogmatisch eingegengten Bruchstücken des Marxismus.“ (KPÖ Steiermark 2012: 27) Im Rest Österreichs organisierten sich die ausgeschlossenen KommunistInnen in der Kommunistischen Initiative; gemeinsam mit Mitgliedern der Kom-

unistischen Jugend Österreichs, des Kommunistischen StudentInnenverbandes und später Hinzugestoßenen gründeten diese dann im Herbst 2013 die Partei der Arbeit Österreichs.

Der vorliegende Beitrag ist ein Diskussionsbeitrag zur laufenden Programmdebatte in der Partei der Arbeit, die an die österreichischen Traditionen des Marxismus-Leninismus anknüpfen möchte, ohne dabei zu verkennen, dass sich die Lage in Österreich seit dem Ende der 1980er-Jahre stark gewandelt hat. Aus diesem Grund ist es notwendig, „Sozialismus in Österreichs Farben“ (1982) einer Kritik zu unterziehen, um sichtbar zu machen, wo es Anknüpfungspunkte für ein Programm der Partei der Arbeit Österreichs gibt und geben kann und wo nicht.

Im meinem Beitrag werde ich auf die Frage eines Zwischenstadiums zum Sozialismus, wie es im Programm „Sozialismus in Österreichs Farben“ beschrieben wird, und anschließend auf die Frage der daraus resultierenden Bündnispolitik eingehen.

Antimonopolistische Demokratie oder Diktatur des Proletariats?

Im Jahr 1982 verabschiedete die Kommunistische Partei Österreichs ihr damaliges Programm „Sozialismus in Österreichs Farben“, dieses ist Resultat der Auseinandersetzungen innerhalb der KPÖ. Diese brachen erstmals mit der Geheimrede Chruschtschows offen aus. Mit dem Versuch der Konterrevolution in der ČSSR, dem sogenannten „Prager Frühling“, brachen die Gräben erneut auf. In der Folgezeit bemühte sich die KPÖ um eine programmatische Neuaufstellung zwischen Neuer Linken und Marxismus-Leninismus, in Abgrenzung zu offenen RevisionistInnen. Das Programm „Sozialismus in Österreichs Farben“ kann somit als geronnener Kompromiss zwischen MarxistInnen-LeninistInnen und AnhängerInnen der Neuen Linken gesehen werden.

„Im 1982 beschlossenen Parteiprogramm mit dem Titel „Sozialismus in Österreichs Farben“ wurde zwar an zahlreiche Grundgedanken bisheriger Diskussionen über ‚Demokratie und Sozialismus‘ angeknüpft,

die kritische Auseinandersetzung über Problemstellungen der sozialistischen Länder wurde jedoch ‚auf längere Zeit wieder weitgehend eingestellt.‘ (Mugrauer 2008: 1060)

Dieses Programm der KPÖ führt zwischen Kapitalismus und Sozialismus ein eigenständiges Stadium, die antimonopolistische Demokratie, ein. Diese soll durch eine Umwälzung erreicht werden und vor dem Vorschreiten zum Sozialismus die Macht der Monopole brechen. Eingeordnet wird diese Etappe auf dem Weg zum Sozialismus als revolutionär-demokratische, welche zugleich dabei helfen soll, einen Bürgerkrieg, wie er bspw. in Russland, China und Kuba unvermeidbar war, zu verhindern und einem friedlichen Übergang zum Sozialismus den Weg bereiten. Als Voraussetzung für eine Umwälzung zur antimonopolistischen Demokratie wird ein Durchbrechen der Sozialpartnerschaft, eine wesentliche Stärkung der Kommunistischen Partei und ein Bündnis sozialistischer sowie konsequent demokratischer Kräfte genannt. Diese Voraussetzungen sollen dazu dienen, die politische und ökonomische Macht des Monopolkapitals zurückzudrängen und unter Umständen sogar eine Koalitionsregierung dieser antimonopolistischen Kräfte möglich machen. In der Folge sollte der damals noch vorhandene staatliche Sektor aus dem Profitsystem herausgebrochen, die verbliebenen privaten Monopole ebenfalls verstaatlicht und die Handlanger und Verwalter des staatsmonopolistischen Systems entfernt werden. (Vgl. KPÖ 1982)

Abgesehen davon, dass vom einstigen verstaatlichten Sektor kaum noch etwas übrig ist, da er von späteren Regierungen immer weiter privatisiert wurde, wirft die Beschreibung der antimonopolistischen Demokratie im Programm der KPÖ weitere Fragen auf: Um welchen Staat handelt es sich hier? Handelt es sich um den bürgerlich-parlamentarischen Staat und soll in dessen Rahmen eine Koalitionsregierung gebildet werden? Oder ist die antimonopolistische Demokratie bereits als die erste Phase der sozialistischen Umgestaltung zu verstehen und damit mit der Diktatur des Proletariats gleich zu setzen?

In der Kritik am Gothaer Programm schreibt Marx zum Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus folgende Worte: „Welche Um-

wandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft untergehen? In andern Worten, welche gesellschaftliche Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Worts Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*.“ (Marx, MEW 19: 28 [Hervorhebung durch den Autor])

Das Marx-Zitat unterstreicht die Notwendigkeit des Bruchs mit dem bürgerlichen Staat und seinem bürokratischen Apparat. Dies ergibt Sinn, wenn man sich die katastrophale Bilanz von Regierungsbeteiligungen kommunistischer Parteien im bürgerlich-parlamentarischen System auf der ganzen Welt ansieht. Die Beteiligung der KP Chiles an der Regierung Salvador Allendes und der Unidad Popular 1970 endete 1973 mit einem Militärputsch und der Errichtung einer reaktionären Militärdiktatur unter Augusto Pinochet. 1981 gewann der Sozialist François Mitterand die französischen Wahlen, der in der Folge eine Regierung mit kommunistischer Beteiligung bildete. Diese begann vielversprechend mit einem „staatliche[n] Konjunkturprogramm, Arbeitszeitverkürzung, mehr Urlaub, frühere[m] Renteneintrittsalter, und umfangreiche[n] Verstaatlichungen von Banken und Unternehmen“. (SDAJ 2016: 13) Ab 1982 kam es jedoch zum Reformstillstand wegen der Abwanderung von französischem Kapital und ab 1983 als Reaktion zum geballten Gegenangriff. Die Kommunistische Partei Frankreichs verließ zwar 1983 die Regierung und ihr Gewerkschaftsverband CGT organisierte maßgeblich den Widerstand gegen die Konterreformen, scheiterte aber mit dem Versuch, den Sozialismus im Rahmen des parlamentarischen Systems einzuführen oder auch nur eine, wie im KPÖ-Programm beschriebene, Etappe der antimonopolistischen Demokratie zu erreichen. Gleichzeitig fügte sie der kommunistischen Bewegung in Frankreich einen solchen Schlag zu, dass diese sich bis heute nicht davon erholt hat. Ähnlich ernüch-

ternde Bilanzen sind auch aus Regierungsbeteiligungen von KommunistInnen in Italien und anderen Staaten zu ziehen.

Marx und Engels hielten zwar für Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika einen friedlichen Übergang zum Sozialismus für möglich (Vgl. Lenin Werke 25: 428), allerdings unter völlig anderen Voraussetzungen als wir sie heute vorfinden. Beide Staaten verfügten damals bspw. über kein stehendes Heer als eine wichtige Stütze des bürgerlichen Staates, auch handelte es sich damals noch nicht um den Kapitalismus in seinem monopolistischen Stadium (Imperialismus). Lenin verwirft in „Staat und Revolution“ die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus (Vgl. Ebd.), den die KPÖ in „Sozialismus in Österreichs Farben“ explizit anstrebt. Bei keinem/r anderen der damaligen TheoretikerInnen ist etwas über eine eigenständige Etappe zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu finden. Aus einer marxistischen Perspektive auf den Staat ergibt diese Etappe auch keinerlei Sinn, denn der Staat wird im Marxismus-Leninismus als Überbau der Ökonomie und Werkzeug der herrschenden Klasse begriffen. Welche Klasse soll aber herrschen in der von der KPÖ beschriebenen antimonopolistischen Demokratie?

Auch auf diese Frage gibt das Programm keine eindeutige Antwort. Die Macht des Monopolkapitals soll zwar zurückgedrängt, die Monopole verstaatlicht und aus dem Profitsystem herausgelöst werden, aber wie das gelingen soll, bleibt ein Rätsel. Auch kann die ArbeiterInnenklasse noch nicht die Macht ergriffen haben, ansonsten hätten wir es nicht mit einem eigenständigen Stadium zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu tun, das den Übergang zum Sozialismus erleichtern soll. Hätten die ArbeiterInnenklasse und ihre BündnispartnerInnen die Macht bereits in Händen, hätten wir es hier mit der ersten Phase des sozialistischen Aufbaus, der Diktatur des Proletariats, zu tun.

Denkbar ist jedoch, dass es sich dabei um eine Phase handelt, in der die Machtfrage nicht geklärt ist, ähnlich der Phase der Doppelherrschaft in Russland zwischen Februarrevolution und Oktoberrevolution, in der sowohl die Räte der ArbeiterInnen, BäuerInnen und Soldaten als auch die provisorische bürgerliche Regierung existierten. Zu Beginn

dieser Phase hatten die Räte durchaus noch Vertrauen in die provisorische Regierung. Erst als diese nicht in der Lage war, die drei zentralen Forderungen der Oktoberrevolution nach Frieden, Brot und Land durchzusetzen begann deren Einfluss auf die Räte zu schwinden. In der Folge entbrannte ein immer heftigerer Kampf zwischen den beiden jeweils eine andere Klasse repräsentierenden Kräften, an dessen Ende der Bürgerkrieg stand. Ist dies gemeint, ist die Behauptung, dass es sich dabei um eine eigenständige Etappe zum Sozialismus handelt, allerdings irreführend. Auch ein Bürgerkrieg könnte so nicht verhindert werden, wie es die KPÖ in ihrem Programm von 1982 anstrebt, diesen hätte wohl eher die geografische Nähe zu den Staaten des Warschauer Paktes verhindert. Eine solche Phase der Doppelherrschaft, in der keine der beiden Klassen ihre Macht konsolidieren kann, kann kein dauerhafter Zustand sein, sondern lediglich eine kurze Phase, in der die Hegemonie der herrschenden bürgerlichen Klasse brüchig ist und in deren Verlauf sich die Durchsetzung einer der beiden Klassen und ihrer BündnispartnerInnen abzeichnet. Dementsprechend muss am Ende einer solchen kurzen Phase eine sozialistische Umwälzung und die Errichtung der Diktatur des Proletariats oder die Konterrevolution stehen. Auch kann eine solche Phase der Doppelherrschaft, in der die Hegemonie der herrschenden bürgerlichen Klasse brüchig ist, die ArbeiterInnenklasse sich allerdings noch nicht durchsetzen kann, nicht als strategisches Ziel bezeichnet werden, insofern ist auch der Begriff der antimonopolistischen Strategie zu verwerfen. Strategisches Ziel muss der Sozialismus-Kommunismus sein. Eines ist jedoch klar, eine sozialistische Umwälzung und die Errichtung der Diktatur des Proletariats hat im Imperialismus einen klaren antimonopolistischen Charakter, da nicht nur die ArbeiterInnenklasse im Widerspruch zum Monopolkapital steht.

Soziale Allianzen oder möglichst breite Bündnisse?

Die Frage der Bündnispolitik ist eine taktische Frage und der Strategie untergeordnet. Insofern erfordert das Überdenken der antimonopolistischen Strategie, die eine antimonopolistische Demokratie zum Ziel hat, auch eine Überarbeitung der Bündnispolitik. Das Programm „Sozialismus in Österreichs Farben“ schließt die Möglichkeit einer

Koalitionsregierung nicht aus. Im Gegenteil, wenn es die weitere Verstaatlichung des Monopolkapitals und die Entfernung der HandlangerInnen des staatsmonopolistischen Systems aus dem bürgerlichen Staat fordert, ist diese sogar notwendig, außer man geht von einer absoluten Mehrheit für die KommunistInnen aus.

In Teilen ist die beschriebene Bündnispolitik durchaus zu unterstützen und bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte. Die Betonung des antimonopolistischen Charakters der Bündnispolitik ist durchaus richtig, da nicht nur die ArbeiterInnenklasse im Widerspruch zum Monopolkapital steht. Die Umgestaltungen der Universitäten durch das UG 2002 und den Bologna-Prozess bringen einen großen Teil der Lehrenden, Forschenden und Studierenden in den Widerspruch zu den Interessen des Monopolkapitals, die immer offener Einfluss auf die Universitäten nehmen und versuchen, Bildung immer weiter zu beschneiden und auf eine Ausbildung zu reduzieren. Auch die wachsende Zahl an Scheinselbständigen, die über keinerlei Produktionsmittel verfügen, sind abhängig von den großen Monopolen und stehen im Widerspruch zu diesen. Ähnliches gilt für Frauen und MigrantInnen, die im Kapitalismus einer doppelten und dreifachen Ausbeutung unterworfen sind, weil sie als LohndrückerInnen missbraucht werden und der nicht produktive Teil der Reproduktionsarbeit auf diese ausgelagert wird. Die Jugend, die über kaum noch Möglichkeiten der Freizeitgestaltung verfügt, die nicht bereits vom Kapital als neuer profitabler Markt übernommen worden sind. Hinzu kommt eine zunehmende Perspektivenlosigkeit und Unsicherheit mit der Zunahme von sogenannten McJobs, unbezahlten Praktika, usw. Ein erfolgreiches Bündnis all dieser im Widerspruch zum Monopolkapital stehenden Gruppen und vieler weiterer mit der ArbeiterInnenklasse ist allerdings unmöglich, solange wir als KommunistInnen über keinerlei Verankerungen in der ArbeiterInnenklasse verfügen. Nur die Herstellung der Aktionseinheit großer Teile der ArbeiterInnenklasse und die Durchbrechung der alles lähmenden Sozialpartnerschaft kann dieses Bündnis möglich machen und zu einem Ineinandergreifen verschiedener sozialer Kämpfe gegen das Monopolkapital, an dessen Ende eine sozialistische Umwälzung steht, möglich machen.

Wie aber die Aktionseinheit der ArbeiterInnenklasse herstellen?

Diese Frage ist eine komplexe und schwierige, an welche mehrere weitere Fragen anschließen. Um auf diese Fragen eingehen zu können, macht es allerdings Sinn, kurz Allgemeines zum Verhältnis von Partei, Klasse und Masse festzuhalten. Lenin schreibt dazu folgendes: „Die politische Partei kann nur die Minderheit der Klasse erfassen, ebenso wie die wirklich klassenbewussten Arbeiter[Innen] in jeder kapitalistischen Gesellschaft nur die Minderheit aller Arbeiter[Innen] bilden. Deshalb müssen wir anerkennen, dass nur diese klassenbewußte Minderheit die breiten Arbeiter[innen]massen leiten und mit sich führen kann. [...] Wenn diese Minderheit wirklich klassenbewusst ist, wenn sie die Massen zu führen versteht, wenn sie fähig ist, auf jede aktuelle Frage eine Antwort zu geben – dann ist sie im Grunde genommen eine Partei.“ (Lenin Werke 31: 223)

Dieses Zitat hält implizit schon fest, dass der erste Schritt zur Herstellung der Aktionseinheit der ArbeiterInnenklasse, die Organisation der Minderheit der klassenbewussten ArbeiterInnen voraussetzt. In Österreich 2017 muss es uns erst gelingen, diese wieder zu organisieren oder überhaupt erst wieder eine große Zahl an klassenbewussten ArbeiterInnen zu erziehen. Die einzige Möglichkeit dies zu erreichen ist die Verankerung der Partei in der Klasse selbst, so, dass KommunistInnen als „Bindeglied“ (Ebd.: 226) zwischen unbewussten Massen und Partei wirken.

Die Verankerung der Partei in der Klasse und die Funktion von KommunistInnen als Bindeglied zwischen Partei und Klasse setzt das Engagement in überparteilichen Organisationen der Klasse voraus. Diese Arbeit darf allerdings nicht willkürlich ohne Anleitung durch die Partei erfolgen und die GenossInnen dürfen nicht individuell entscheiden, in welchen und wie sie in diesen Organisationen wirken. Vielmehr gilt: „[D]ie Ziele, die Art und Weise, die Bedingungen usw. dieser Beteiligung müssen voll und ganz der grundlegenden Arbeit untergeordnet sein – der Vorbereitung und Organisation des sozialistischen Proletariats für die bewusste Leitung der sozialistischen Revolution. [...]“

[D]ie Selbstständigkeit der Arbeiter[Innen]partei [muss] voll und ganz gewahrt [...] [bleiben] und [...] die in die parteilosen Vereinigungen oder Sowjets „delegierten“ Mitglieder und Gruppen der Partei der unbedingten Kontrolle und Leitung durch die Gesamtpartei unterstehen.“ (Lenin Werke 10: 67f.)

Gerade die unnachgiebige Arbeit der griechischen KommunistInnen und der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) gibt Aufschluss darüber, wie die Theorie in erfolgreiche Praxis umgewandelt werden kann. Nun sind die griechischen Verhältnisse zwar andere als in Österreich, die sich u.a. durch die Verankerung der KKE im Proletariat, eine weniger institutionalisierte Sozialpartnerschaft als in Österreich und eine weniger zentralisierte Gewerkschaftsbewegung unterscheiden, beispielhaft ist ihre Arbeit trotz alledem. Die Unterschiede sollen auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gemeinsamkeit, ein voll entwickelter monopolistischer Kapitalismus, überwiegt. Mit der Gründung der klassenkämpferischen Gewerkschaftsfront PAME im Jahr 1999 ist es ihnen gelungen, innerhalb weniger Jahre eine starke Gewerkschaftsfront aufzubauen, in der sich nicht nur KommunistInnen organisiert sind, sondern ArbeiterInnen unabhängig ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit und Basisgewerkschaften, die eine klassenkämpferische Praxis verfolgen. PAME ist allerdings keine Gewerkschaft im herkömmlichen Sinne, so sind auch Gewerkschaften, die in einem der beiden Dachverbände Mitglied sind, in denen PAME die Mehrheit hat, Mitglied in PAME, ohne aus dem Dachverband auszutreten. Ohne die Gründung der PAME wäre die KKE wohl kaum in der Lage, die Krisenproteste in Griechenland derart entscheidend mitzuprägen und die Aktionseinheit der ArbeiterInnenklasse zu erzwingen, nicht selten rief die PAME zu Generalstreiks auf und zwang so auch die beiden großen Dachverbände, die unter sozialdemokratischer Führung stehen, Kämpfe zu organisieren. Gleichzeitig stehen die griechischen KommunistInnen nicht neben den beiden Verbänden, sondern stärken PAME als Fraktion auch innerhalb dieser Organisationen. Es handelt sich also nicht um eine „rote Gewerkschaft“ wie es sie in den 20ern gab. Vielmehr folgen PAME und die griechischen KommunistInnen der leninistischen Linie der Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften.

Ein anderes Beispiel, ein historisches Beispiel ist der Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) 1932, zu dem die Kommunistische Partei Deutschlands und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) aufriefen. Konkreter Anlass waren Lohnkürzungen, die die BVG mit der dominierenden sozialdemokratischen Gewerkschaft ausgehandelt hatte. Im Hintergrund spielten jedoch auch die von der Regierung erlassenen Notverordnungen eine Rolle und gaben dem Streik keine rein ökonomistische Rolle, sondern auch eine politische. Von 22.000 Beschäftigten organisierte die Kommunistische Partei gerade einmal 1.400 in 31 KPD Betriebszellen. Doch durch die Bildung von Einheitsausschüssen gelang es ihnen, eine Delegiertenkonferenz einzuberufen. An dieser Delegiertenkonferenz beteiligten sich neben Mitgliedern der RGO überwiegend Unorganisierte und einige wenige aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften sowie aus der faschistischen Scheingewerkschaft NSBO. Die Delegiertenkonferenz organisierte eine Urabstimmung unter den Beschäftigten, an der sich 84% beteiligten und sich wiederum 79% für den Streik aussprachen. Der sozialdemokratische ADGB verweigerte dem Streik offiziell die Unterstützung. Trotzdem gelang es den KommunistInnen, einen starken Streik zu organisieren, der selbst die faschistische NSBO zur Unterstützung des Streiks zwang, um nicht das Gesicht zu verlieren. Bei der 3 Tage später stattfindenden Reichstagswahl wurde die KPD in Berlin zur stärksten Partei, während Sozialdemokraten und NSADP einbrachen. (Vgl. Schneider 2012: 5)

Diese Schlaglichter zeigen zwei Dinge sehr deutlich auf: Erstens, wir brauchen keine Bündnisse oder wie auch immer geartete Koalition mit den OpportunistInnen oder, wie Lenin sie nennt, „Agenten der Bourgeoisie“. Nur die Entwicklung einer eigenen kämpferischen Praxis, das unserer Rolle als Avantgarde Gerechwerden, wird die rückständigeren Teile des Proletariats in Bewegung bringen. Zweitens zwingt gerade die schonungslose Kritik an der ArbeiterInnenaristokratie, bei gleichzeitiger Etablierung einer eigenen revolutionären Praxis, diese uns zu folgen, um ihr eigenes Gesicht zu wahren. Nun befinden wir uns in Österreich 2017 nicht gerade in der Situation, dass wir zu so einer Leistung im Stande wären, doch wir müssen mit unserer heutigen Arbeit die Basis dafür legen, dass dies zukünftig auch in Österreich

möglich ist. Ein Beispiel dafür, wie dies nicht funktioniert, sind aus meiner Perspektive diverse Antifabündnisse, an denen wir teilnehmen und in denen wir mitarbeiten. Einerseits sind diese schon kritikwürdig, weil es Bündnisse mit der ArbeiterInnenaristokratie und solchen die es gerne werden würden (VSSStÖ, SJ, Aufbruch u.a.) sind. Andererseits haben diese die Bündnisse zumeist politisch in der Hand und nutzen sie geschickt für eigene politische Zwecke. Durch die Teilnahme an solchen Bündnissen lässt man sich als KommunistIn vor den Karren der herrschenden Klasse und ihrer SystemerhalterInnen in der Sozialdemokratie spannen. Ein Beispiel hierfür bildet in der Außenwahrnehmung das „Bündnis Linz gegen Rechts“, in das die GenossInnen viel Arbeit und Mühe investiert und auch wichtige Demonstrationen organisiert haben. Es zeigt sich jedoch, dass am Ende wenig für die Kommunistische Jugend oder die Partei rausschaut. Man bietet hingegen bekannten Persönlichkeiten und PolitikerInnen, bis hin zu Kanzler Kern eine Plattform für ihren angeblichen Antifaschismus und ihre angeblich soziale Orientierung, wie sich auch vor den Gemeinderatswahlen 2015 deutlich zeigte. Im Bündnis „Linz gegen Rechts“ können lediglich organisierte Personen mitarbeiten und es besteht aus über 70 Organisationen von SPÖ über SJ, AKS und diversen trotzkistischen Organisationen bis hin zur Solidar-Werkstatt und den Grünen. In einem solchen Bündnis gibt es nicht den Raum für eine Zusammenarbeit mit all jenen, die klassenkämpferisch arbeiten wollen, unabhängig von Parteizugehörigkeit. Das Bündnis scheint wie ein antifaschistisches Feigenblatt für die SystemerhalterInnen und ArbeiteraristokratInnen. Gleichzeitig repräsentieren die Organisationen dieser OpportunistInnen in vielen Fällen nur leere Hüllen, die in Wirklichkeit über ebenso wenig Verankerung bei der Bevölkerung verfügen, wie wir als KommunistInnen. Vielfach ist deren Namen aber zum jetzigen Zeitpunkt noch bekannter als der unsere, wenn auch teilweise berechtigterweise mit zweifelhaftem Ruf.

Die leninistische Praxis ist eine andere. Eine leninistische Praxis schließt keine Bündnisse mit denjenigen, die das Proletariat in die Irre führen. Wir müssen wieder selbst aktiv werden, im Betrieb, der Schule, der Universität, im Stadtteil usw. das heißt an der Basis arbeiten. Das bedeutet einerseits, dass wir Zellen der Partei und der Jugendorgani-

sation in all diesen Gebieten aufbauen und die Kämpfe dort führen, wo wir leben, gemeinsam mit allen, die sich den Auseinandersetzungen anschließen wollen, unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit. Diese Basisarbeit, die häufig recht trivial erscheinen mag, bildet die Grundlage dafür, wieder an gesellschaftlicher Relevanz zu gewinnen und die Unabhängigkeit der Partei zu wahren.

Welche Strategie und Taktik braucht es 2017?

Die antimonopolistische Strategie ist zu verwerfen, Gründe dafür liefert der vorliegende Artikel zu genüge. Strategisches Ziel kann nicht eine kurze Phase der Doppelherrschaft sein, die zu einer eigenständigen Etappe aufgebauscht wird. Strategisches Ziel kann und muss für eine Kommunistische Partei die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats und damit die erste Phase der revolutionären Umwälzung hin zum Sozialismus-Kommunismus sein. Dementsprechend braucht es auch eine Modifizierung der Taktik, denn entfällt das Ziel einer möglichen Koalitionsregierung, kann es auch nicht mehr primäres Ziel sein, Bündnisse mit anderen Organisationen zu schließen. Das heißt aber nicht, dass jede Form der Bündnispolitik verworfen wird. Vielmehr tritt eine Bündnispolitik in den Vordergrund, die an die Erfahrungen der Oktoberrevolution, an das Bündnis von ArbeiterInnen und BäuerInnen, anknüpft.

Es handelt sich also um ein Bündnis, das einerseits ganz klar einen antimonopolistischen Charakter hat, andererseits aber kein Bündnis mit anderen Organisationen darstellt, sondern vielmehr ein Bündnis der ArbeiterInnenklasse mit Zwischenschichten und Klassen, die ebenfalls im Widerspruch zum Monopolkapital stehen. Lenin und andere TheoretikerInnen betonten bspw. immer wieder die Notwendigkeit eines Bündnisses mit den nicht- oder nur halbproletarischen Werktätigen. Was für unmittelbare Aufgaben ergeben sich für KommunistInnen sowohl aus taktischer als auch aus strategischer Perspektive?

Als unmittelbare Aufgabe ergibt sich die Stärkung der Kommunistischen Jugend und der Partei der Arbeit, konkret kann dies aber nur geschehen, wenn wir sie überall dort verankern, wo das Leben ist. Das

heißt, die Menschen erleben die Widersprüche unserer Gesellschaft individualisiert und in den unterschiedlichsten Lebensbereichen. Unsere Aufgabe ist es, einerseits den Menschen zu zeigen, dass ihre Probleme auf der Arbeit, in der Uni, an der Schule oder im Wohnviertel keine individuellen sind, sondern Widersprüche, die der Monopolkapitalismus hervorruft. Andererseits zeigen, dass wir sie mit diesen Problemen nicht alleine lassen, sondern zum Widerstand gegen diese Zustände aufrufen und diesen auch organisieren. Eine solche Politik muss immer unter dem Vorzeichen stehen, dass die Widersprüche im Kapitalismus zwar abgemildert werden können, die Lösung dieser aber im Sozialismus-Kommunismus liegt.

Die Basis sowohl für einen sozialistischen Umsturz als auch für den Aufbau des Sozialismus-Kommunismus ist, dass die Menschen beginnen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und sich nicht mehr scheinbaren Zwängen des Systems unterwerfen. Das heißt, dass unsere Politik langfristig auch darauf ausgerichtet sein muss, dass sich die ArbeiterInnenklasse und ihre Verbündeten selbst organisieren in Komitees und Räten, diese sind sowohl die Basis für einen breiten Widerstand gegen das Monopolkapital und die organisierte Reaktion, als auch die Keimzellen des sozialistischen Staates, der kein Staat im eigentlichen Sinne mehr ist und mit dem Niedergang der Klassengesellschaften selbst verschwindet. In diesem Kontext kann auch der demokratische Charakter eines sozialistischen Umsturzes unterstrichen werden, der sich vom formal demokratischen Anstrich des Kapitalismus insbesondere des Monopolkapitalismus im Parlamentarismus, abhebt, da er alle Bereich des Lebens einer Demokratisierung unterwirft.

Literaturverzeichnis:

KPÖ (1982). Sozialismus in Österreichs Farben. Programm der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien: Globus-Verlag

KPÖ Steiermark (2012). Landesprogramm. Analysen und programmatische Vorschläge der KPÖ Steiermark

Lenin, Wladimir Iljitsch (1955). Rede über die Rolle der kommunistischen Partei 23. Juli. In: Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.), W. I. Lenin Werke. Bd. 31. Berlin: Dietz Verlag. S. 223–227

Lenin, Wladimir Iljitsch (1955). Sozialistische Partei und parteiloser Revisionismus. In: Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.). W. I. Lenin Werke. Bd. 10. Berlin: Dietz Verlag. S. 61–69

Lenin, Wladimir Iljitsch (1955). Staat und Revolution. In: Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.). W. I. Lenin Werke. Bd. 25. Berlin: Dietz Verlag. S. 393–507

Marx, Karl (1987). Kritik des Gothaer Programms. In: Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.). Marx Engels Werke. Bd. 19. Berlin: Dietz Verlag. S. 11–32

Mugrauer, Manfred (2008). Der „Prager Frühling“ und die Parteikrise der KPÖ. In: Stefan Karner (Hrsg.). Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968 = Pražská vecha i meždunarodnyj krizis 1968 goda (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung/Sonderband 9). Wien: Leykam Verlag. S. 1043–1061

Schneider, Werner (2012). Der große BVG-Streik von 1932. Wie sich die Nazis mit den Federn der KPD schmücken wollten. In: Rotfuchs. Nr. 178. November 2012. S. 5.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (2016). Linksregierung in Frankreich. In: Bildungszeitung der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). Mai (2016). S. 13–14.

Programmmentwurf der Programmkommission der PdA (Teil 1)

Im Folgenden veröffentlichen wir den ersten Teil (von drei) des Programmmentwurfes, der den heutigen Kapitalismus analysiert. Der hier veröffentlichte Entwurf wurde von der Programmkommission der PdA über eine Zeitspanne von mehreren Monaten erarbeitet. Er basiert überwiegend auf Thesenpapieren, die zum Teil auch schon in früheren Ausgaben der Einheit und Widerspruch erschienen sind. Mit diesem ersten Entwurf liegt eine Fassung von programmatischen Verallgemeinerungen vor, die nun der Parteiöffentlichkeit zur eingehenden Diskussion vorgelegt wird.

Teil zwei des geplanten Programms wird sich sodann mit Fragen der Strategie und Teil drei mit Sozialismusperspektiven befassen. Wir werden weiterhin gezielt an einem Gesamtprogramm arbeiten. Jeder in der Partei ist dazu aufgerufen, sich daran zu beteiligen, sei es mit Textbeiträgen, der Teilnahme an Programmkommissionstreffen oder in anderen Diskussionszusammenhängen im Rahmen der Partei.

Bisher in der Programmkommission der PdA mitgewirkt haben:

Hannes Fellner
Georgios Kalias
Gerhard Mack
Selma Schacht
Gerfried Tschinkel
Herbert Waloschek
Dave Westacott
Harald Zeidler
Tibor Zenker

Kapitalismus heute – Die Welt in der wir leben

1. Imperialismus

1.1. Monopolkapital

Im gegenwärtigen Kapitalismus herrschen die Monopole. In ihrer konkreten Gestalt sind dies Konzerne in Form von Industriemonopolen, Handelsmonopolen, Versicherungs- und Bankmonopolen. Monopole verfügen nicht nur über das nötige Kapital, um die Produktion entsprechend den wissenschaftlich-technischen Herausforderungen zu bewerkstelligen, sie kontrollieren mittels Beteiligungen, Kredit- und Lieferbeziehungen nahezu die gesamte Wirtschaft.

Eine Supergruppe von rund 150 transnationalen Konzernen kann aufgrund intensiver Verflechtungen über Beteiligungen, Personalüberschneidungen und Kreditbeziehungen auf etwa 40 Prozent der Weltwirtschaft entschieden Einfluss nehmen.

Der Übergang zum Monopolkapitalismus oder Imperialismus fand bereits zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert statt. Monopole wurden herrschend, weil durch die Konzentration und Zentralisation des Kapitals die freie Konkurrenz aufgehoben wurde. Monopole erzielten durch ihren dauerhaften Produktivitätsvorsprung einen Extraprofit oder Monopolprofit zu Lasten der anderen Produzenten. Die Konkurrenz ist im Monopolkapitalismus aber nicht ausgeschaltet, ja sie hat sich sogar verschärft – sie herrscht vor allem auch unter den Monopolen –, doch sie hat sich gewandelt.

Der freie Zutritt zu den einzelnen Branchen und Zweigen der Wirtschaft ist erschwert durch die notwendige Höhe des Kapitals, das zu Zwecken der Produktion ausgelegt werden muss. Und die freie Wanderung der Kapitale zwischen den einzelnen Branchen und Zweigen der Wirtschaft ist ebenfalls blockiert. Die Höhe des Monopolprofits der einzelnen Monopole ist weitestgehend abhängig von der ökonomischen Stellung des jeweiligen Monopols.

Die einzelnen Monopole verfolgen das Ziel, zwecks Steigerung des Profits, ihren Wirkungsbereich auszudehnen und immer größere Teile der Produktion, der Zulieferung und des Absatzes unter einheitliche Kontrolle zu bringen.

Das Monopolkapital in Form „Transnationaler Konzerne“ (TNK) ist bestrebt, überall auf der Welt Zugriff auf Rohstoffe zu erlangen, Absatzmärkte zu erschließen, Investitionsmöglichkeiten zu finden und die billigste Arbeitskraft auszubeuten.

Das internationale, ja weltweite Betätigungsfeld der TNKs bedeutet jedoch nicht, dass sie keine nationale Basis mehr hätten. Bloß vereinzelt gibt es tatsächlich Konzerne multi- oder zumindest binationalen Charakters. Hingegen haben so gut wie alle großen TNKs einen klar nationalen Charakter und eine entsprechende Mehrheitseigentümerstruktur. Somit haben sie auch immer einen bestimmten Nationalstaat als Heimatbasis.

Dieser jeweilige Nationalstaat, dieser jeweilige nationale Imperialismus, hat die Aufgabe, die Interessen seiner Konzerne in politischer, diplomatischer, juristischer und letztendlich militärischer Hinsicht zu vertreten und durchzusetzen, im Inneren, vermehrt aber auch nach außen und dies weltweit.

Weder die Internationalisierung oder imperialistische Bündnisse, noch imperialistische Bündnisse höherer Qualität, wie die EU, heben die grundsätzliche innerimperialistische Konkurrenzsituation auf. So geht es um den permanenten Kampf um Einflussgebiete, Rohstoffe, Anlagensphären und Marktanteile unter den imperialistischen Staaten.

Die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung der imperialistischen Mächte führt immer wieder dazu, dass vorläufige Machtverhältnisse neu zu ordnen sind. Immer wieder geht es um die Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Großmächten und ihren Verbündeten.

1.2. Finanzkapital

Heute ist das Kapitaleigentum weitestgehend getrennt von der Produktion. Diejenigen, welche die großen Unternehmen führen und leiten, sind in den seltensten Fällen auch die Eigentümer des Unternehmens. Das Eigentum ist mittels Beteiligungen und Wertpapieren in den Händen weniger Finanzkapitalisten konzentriert.

Die Schicht der Kapitaleigentümer ist unproduktiv. Sie tragen nicht unmittelbar zum Produktionsprozess bei und ziehen ihr Einkommen nicht aus eigener Arbeit. Dennoch konzentrieren sie den erwirtschafteten Reichtum auf sich.

Der Finanzkapitalismus hat selbst eine lange Entwicklung durchgemacht. Ende des 19. Jahrhunderts im Zuge der Herausbildung des Monopolkapitalismus dominierte mehr oder weniger das Bankkapital – zumindest in Mitteleuropa. Die Banken waren es, die riesige Summen Geldes sammelten, um es weiter zu verleihen oder Mittel über den Kapitalmarkt zur Verfügung stellten. Die Industrie war erheblich von den Tätigkeiten der Banken abhängig. Dies änderte sich insbesondere in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als das Industriekapital zu erstarken begann. Durch hohe Gewinne verschaffte es sich eine eigene Kapitalbasis, welche es von Geldgebern unabhängiger machte. Heute leihen große Konzerne kaum noch Geld bei Banken, sie legen es dort vielmehr an, um zusätzliche Gewinne einzufahren.

Man kann heute immer weniger einen Trennstrich zwischen Industrie- und Bankkapital ziehen. Bank- und Industriekapital sind eng miteinander verwachsen. Das Monopol ist verstärkt in verschiedenen Kapitalanlagesphären tätig. So begründen Banken etwa mittels Aktienbesitzes einen Anspruch auf Teile des Unternehmergewinn der

produzierenden Bereiche. Produzierende Unternehmen wiederum können etwa durch den Kauf von Wertpapieren auf Basis gebündelter Kredite am Kreditgeschäft teilhaben.

Im heutigen Kapitalismus dominiert das finanzkapitalistische Monopol. Das finanzkapitalistische Monopol ist jenes Monopol, welches industriellen Profit und Bankprofit, Unternehmergewinn und Zins, Spekulationsgewinne, Grundrente und kommerziellen Profit realisiert.

Zum einen steigt der Anteil des Finanzsektors an den Unternehmensgewinnen, zum anderen sind die Industrie- und Handelsunternehmen selbst stark in den Finanzmärkten engagiert. Ein immer größerer Teil des erwirtschafteten Gewinns fließt in Finanzinvestitionen, was auch damit zu tun hat, dass sich die Akkumulation des Kapitals verlangsamte und zu wenig Profit abwirft.

Der Bedeutungsgewinn der Finanzmärkte in den letzten Jahrzehnten ist Ausdruck des parasitären Charakters des Kapitalismus, in welchem sich das Finanzeinkommen gegen die Produktion mehr und mehr verselbständigt. Kapital, das nicht mehr produktiv veranlagt werden kann, verharrt teils in der Finanzsphäre, wo es nach der höchsten Rendite strebt, die oft viel höher ist als im produzierenden Bereich. Dies wiederum drosselt die Produktion.

Man kann das Finanzkapital nicht überwinden, ohne die herrschenden Eigentumsverhältnisse zu überwinden. Denn die Verselbständigung der Finanzsphäre resultiert gerade aus den Eigentumsverhältnissen und der Trennung von Produktion und Eigentum. Die Zentralisierung des Eigentums in Form von Wertpapieren ist für den modernen Kapitalismus nötig, um bei dem gegebenen Umfang und den Erfordernissen der Produktion überhaupt noch Profite erwirtschaften zu können. Erst das Finanzkapital erreicht die notwendige Größe und Beweglichkeit, um sich international zu vernetzen und neue Märkte zu erschließen.

1.3. Staatsmonopolistischer Kapitalismus

In allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern – so auch in Österreich – haben sich die Macht des Monopolkapitals und die Macht des Staates zu einem relativ einheitlichen System verbunden: zum Staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK).

Zum Teil begünstigt durch den Faschismus (wie in Österreich) ist die volle Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den fortgeschrittenen Staaten etwa seit Mitte des 20. Jahrhunderts abgeschlossen.

Womit wir es heute zu tun haben, ist nicht mehr der einfache bürgerliche Staat, wie er die demokratische Herrschaft der gesamten Bourgeoisie darstellt, sondern wir haben es mit einem differenzierten und dennoch einheitlichen bürgerlichen Klassenstaat zu tun, mit dem spezifischeren Klassencharakter der Herrschaft des Finanzkapitals. Es ist die Unterwerfung des Staatsapparates unter das Finanzkapital.

SMK bedeutet, dass es zu einer unmittelbaren Verquickung staatlichen Handelns und den Interessen der großen Konzerne, des Monopolkapitals, des Finanzkapitals als Gesamtheit kommt, die für die monopolkapitalistische Expansion und letztlich den Imperialismus überhaupt notwendige Voraussetzung wird. Dadurch entsteht eine effiziente politisch-ökonomische Herrschaftsstruktur, die alle Bereiche durchdringt.

Die Mechanismen des SMK sind gekennzeichnet durch die staatliche Absicherung der gesteigerten Machtposition der Großunternehmen, durch verschiedene Formen des „Staatsinterventionismus“ in Produktion, Reproduktion und Sekundärverteilung, durch die wechselseitige Einflussnahme von Politik und Wirtschaft, die eben im Interesse des Finanzkapitals geschieht, sowie durch die Tendenz zum Ausbau der Staatsgewalt in eine verstärkt antidemokratische und autoritäre Richtung, die mit der Militarisierung im Inneren wie nach außen verknüpft ist.

In Österreich gab es einen sehr großen und bedeutenden verstaatlichten Sektor, nicht nur in der Industrie, auch im Bankbereich – dieser wurde in den vergangenen beiden Jahrzehnten zerschlagen und größtenteils privatisiert.

Zum anderen gab es in manchen Branchen immer schon einen starken Einfluss des deutschen Monopolkapitals – dieser hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten sogar noch verstärkt. Damit zeichnet sich Österreichs Position im imperialistischen System durch einen Doppelcharakter aus: Zwar gibt es durchaus einen eigenständigen und effizienten österreichischen Imperialismus, der v.a. in Ost- und Südosteuropa über bemerkenswert starke Positionen verfügt, gleichzeitig besteht aber auch eine teilweise Abhängigkeit Österreichs von ausländischen Monopolen, insbesondere von deutschen.

1.4. Internationaler Imperialismus

Aufgrund der ungleichmäßigen Entwicklung des weltweiten Imperialismus kommt es zu beständigen Veränderungen und Verschiebungen der globalen ökonomischen, politischen, militärischen (etc.) Kräfteverhältnisse.

Mit dem „Zusammenbruch“ der Sowjetunion und der Sozialistischen Länder Europas endete jene Periode weltpolitischer „Bipolarität“ (als Konfrontation des Imperialismus mit dem Sozialismus), wie sie sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs herausgebildet hatte.

Hatte es in den 1980er bis Anfang der 1990er Jahre noch den Anschein, als käme es zu einer kapitalistischen „Triade“ mit den imperialistischen Zentren USA, Japan und der EU als den zentralen Akteuren, blieb es bei einer innerimperialistischen Dominanz der USA. Nicht zuletzt auch deshalb, weil Japan seit der Krise von 1990 in einer chronischen Dauerstagnation steckt.

Wir befinden uns heute inmitten eines Übergangs zu einer neuen „Multipolarität“ (imperialistischer Kräfte). Diese ist vor allem gekennzeichnet durch massive Verschiebungen in den global-ökono-

mischen Kräfteverhältnissen. Allem voran charakterisiert durch den Aufstieg Chinas und der großen Schwellenländer wie dem Abstieg des Metropolenkapitalismus.

„Multipolarität“ soll jedoch nicht heißen, dass es zu einem Gleichgewicht der Kräfte käme und die Interessen verschiedener imperialistischer Staaten dadurch gezügelt würden. Diese Konstellation trägt erhebliches Potential einer neuen großen, weltweiten kriegerischen Konfrontation in sich, die mit den Mitteln der Politik, aber auf verschiedenen Schauplätzen der Welt auch bereits militärisch ausgetragen wird.

Verschiebungen in den global-ökonomischen Kräfteverhältnissen gewinnen rasant an Fahrt und bergen neue Auseinandersetzungen auf der Weltbühne. Insbesondere zeigt sich ein steiler Aufstieg Chinas sowie der großen Schwellenländer, allen voran der BRICS-Staaten (B=Brasilien, R=Russland, I=Indien, C=China, S=Südafrika).

Der Anteil der alten G7-Nationen am Welt-BIP sank allein von 2000 bis 2013 von 66,4 % auf 46,4 %. Während der Anteil der BRICS-Staaten im selben Zeitraum von 8,6 % auf 21,5 % anstieg. Der Anteil der heutigen EU-Länder am Welt-BIP sank von 37 % im Jahr 1970 auf ca. 28 % im Jahr 2010.

China, das die USA als größte Volkswirtschaft der Welt bereits abgelöst hat, hat seinen Anteil am Welt-BIP in den letzten 13 Jahren fast vervierfacht. Russland konnte ihn verdreifachen, stöhnt aber unter dem seitens der imperialistischen Kernländer eröffneten neuen „Kalten Krieg“.

Die imperialistischen Zentren versuchen dem Verlust ihres ökonomischen Potenzials entgegenzuwirken. So etwa über die Bündelung ihrer ökonomischen Gewichte über das Vehikel und Machtpotential von TTIP und TPP.

Der schon länger vor sich gehende Verlust der ökonomischen Potenz der imperialistischen Hauptländer und der Abstieg des Metropolen-

kapitalismus hat sich mit Ausbruch der Weltwirtschafts- und Finanzkrise noch einmal beschleunigt und wird sich weiter fortsetzen.

Die USA verfügen aber nach wie vor über die Dominanz des Dollars als Weltwährung, einer Überlegenheit etwa im IT-Bereich, sowie über eine fast uneinholbare militärische Überlegenheit.

Es ergeben sich aus dieser Konstellation neue innerimperialistische Widersprüche. Nicht nur, weil die imperialistischen Zentren ihren Führungsanspruch behaupten müssen, und zwar in Kooperation und Konkurrenz zueinander. Sondern auch, weil aufstrebende Volkswirtschaften ihren Teil an der Beute beanspruchen. Dies führt zu vielfältigen innerimperialistischen, regionalen- bzw. subimperialistischen Widersprüchen.

Dies bedeutet zum einen die gefährliche Situation größer Blockkonfrontationen und militärischer Abenteuer im Dienste des Profits, zum anderen aber kann es auch neue Spielräume für die einzelnen Länder eröffnen.

Der gegenwärtige Übergang zu einer neuen „Multipolarität“ bricht die bisherige Dominanz der imperialistischen Hauptmächte auf und eröffnet den Völkern und Staaten neue globale Handlungsspielräume.

Kleinere Länder erschließen sich darin vorrangig in den damit einhergehenden Bündnissen und Koalitionen gewisse Möglichkeiten, die über ihr ökonomisches Gewicht hinausgehen. Zugleich zeitigen die regionalen Führungsansprüche der aufsteigenden großen Schwellenländer auch neue Konflikte mit ihren kleineren Nachbarländern.

Der BRICS Block ist zudem durchaus brüchig und könnte sich trotz gemeinsamer Interessen als eine lediglich historische Zwischenepisode erweisen.

Der globale Umbruch im Kräfteverhältnis birgt vor allem auch die Gefahr schwerer machtpolitischer Konflikte und erneuter „großer Kriege“ in sich. Vor allem seitens der bisherigen imperialistischen

Hauptmächte USA, EU und der NATO, die ihrer ökonomischen „Marginalisierung“ und ihrem schwindenden Hegemonieverlust mit allen Mitteln Einhalt gebieten und entgegenzutreten werden.

Die neue „Multipolarität“ erfasst, wie die jüngsten Entwicklungen der Trump-Administration in den USA, des Brexits sowie der tiefen Krise der EU zeigen, auch den Metropolenkapitalismus selbst.

Stellt man die ökonomischen, politischen und militärischen Potenzen sowie internationalen Abhängigkeiten in Rechnung, ist aus dem Kreis der aufsteigenden Mächte und potentiellen Rivalen der bisherigen Hegemonialmacht USA auf absehbare Zeit allein China in der Lage, ein ähnliches Gewicht zu erlangen.

So treibt die längerfristige Entwicklung am ehesten auf eine neue weltpolitische „Bipolarität“ zweier dominierender, einander gegenüberstehender, kapitalistischer Großmächte zu.

China etabliert sich mehr und mehr als ein eigenständiger Finanz-Player, mit dem Renminbi in Konkurrenz zu Euro und Dollar. Entsprechend wurde China seitens Washingtons auch zum Hauptfeind erklärt.

1.5. Krise

Die gegenwärtige Krise ist nicht zu verstehen, ohne die Entwicklung des Finanzkapitals zu berücksichtigen. Insbesondere seit den 1970er Jahren hat sich ein hochkonzentriertes finanzielles Anlagekapital herausgebildet. Und die Finanzkapitalisten sind gegenüber kleineren Kapitalisten durch höhere Profite im Verhältnis zum eingesetzten Kapital bevorzugt (höhere Profitrate).

Die Strategie jedoch, hohe Profitraten mittels Finanzinvestitionen und Spekulation zu erzielen, ist in der Krise ab 2007 an Grenzen gestoßen. Das Ausweichen auf die Finanzmärkte war auch eine Reaktion auf die verlangsamte Akkumulation und den Verwertungsschwierigkeiten in der Produktionssphäre.

Die Profitraten in der Produktion waren im Sinken begriffen. Diese konnten sich auch nach der Krise Mitte der 1970er, Anfang der 1980er Jahre nicht wirklich erholen. Zudem haben sich die Produktivkräfte im Rahmen der Kapitalverwertung erschöpft. Es ist zu viel Kapital in Anlagen und Maschinen gebunden, die – bezogen auf das Kapital welches die Maschinen vorstellen – zu wenig rentabel sind, das heißt, unter Ausbeutung der Arbeitskraft zu wenig Profitmasse abwerfen.

Die Produktivkräfte stoßen selbstverständlich nicht an selbst gesetzte Grenzen. Aber der (weiteren) Entwicklung der Produktivkraft steht die Kapitalverwertung entgegen. In den letzten Jahrzehnten ist die Produktivität der Arbeit stark gestiegen. Im Allgemeinen herrscht angesichts der Krise eine Überproduktion von Waren. Diese können aufgrund der Beschränkung der Massen auf das Notwendigste zum Leben aber nicht allesamt verkauft werden. Dies führt zum Preisdruck und dazu, dass nicht der gesamte Mehrwert realisiert und umgesetzt werden kann.

Zudem sind in den vergangenen Jahren auch die Löhne auf breiter Front eingebrochen, bei zusätzlicher Kürzung von Sozial- und Versicherungsleistungen. Dies führt dazu, dass der Absatz der erzeugten Waren immer schwerer bewerkstelligt werden konnte.

Die immer noch anhaltende Krise des Kapitalismus muss aus diesen Faktoren abgeleitet werden. Sie ist auch deshalb nicht schon früher eingetreten, weil die Niederlage des Sozialismus in der UdSSR und Europa dem Kapital neue Märkte erschloss, sowie auch eine Öffnung der Märkte Chinas und Indiens stattfand. Dies hat einen längeren „Aufschwung“ begünstigt.

Es handelt sich bei der gegenwärtigen Krise nicht einfach um eine gewöhnliche zyklische Krise. Denn sowohl die Produktion als auch das nach Verwertung strebende Kapital in der Finanzsphäre sind auf beispiellose Art unter Druck geraten. Damit ist auch eine Form der Regulierung, die Umverteilung von Profiten hin zum Finanzkapital, in die Krise geraten. Aus Sicht des Kapitals erfordert ein neuer Auf-

schwung nicht nur eine Erholung der Verwertung des Kapitals und eine Neuorganisation der Produktion (was eine Entwertung des vorhandenen Kapitals voraussetzt), sie macht auch eine neuerliche Revolutionierung der Produktivkräfte erforderlich.

Damit das Kapital seine Verwertung aufrechterhalten kann, sind die Kapitalisten gezwungen, die Produktion auf eine neue Grundlage zu stellen, sodass das Kapital wieder überwiegend mehrwerterhöhend angelegt und ein „normales“ Wachstum erreicht werden kann. Zwar zeigen sich schon neue Produktivkräfte in Entwicklung und Verwendung – Stichwort Industrie 4.0 – wo vernetzte Maschinen arbeitskraftsparend in der Fertigung eingesetzt werden. Aber bisher zeichnet sich, auch in der EU und im Euro-Raum, noch keine grundlegende Erholung der Verwertung ab. Der Kapitalismus ist in eine sehr lange und anhaltende Krise geraten. Die Fäulniserscheinungen des Imperialismus zeigen sich immer deutlicher: in Stagnation, Massenarbeitslosigkeit und gigantischer Staatsverschuldung.

Entstehung und Verlauf der Krise

Ein Überangebot von Geldkapital sorgte in der Vergangenheit für niedrige Zinssätze, welche die Verschuldung beförderten und zur Blasenbildung beitrugen. Die Ausgabe von immer neuen Krediten überdeckte die Nachfragerlücke, welche Ausdruck der stagnierenden Ökonomie ist. In der Finanzkrise von 2007 und den Jahren darauf offenbarte sich das Missverhältnis zwischen den Ansprüchen des Finanzkapitals und den Möglichkeiten der Mehrwertproduktion.

Die Fähigkeit, finanzielle Forderungen zu bedienen, wurden von zwei Seiten her untergraben. Die Überschüsse des kapitalistischen Verwertungsprozesses gingen zurück und gleichzeitig stiegen die Forderungen von finanziellen Investoren. Aufgrund des so ausgelösten Kursverfalls der Wertpapiere mussten Banken erhebliche Verluste hinnehmen, weshalb sie die Kreditvergabe einschränkten.

Doch geriet der Kreditmechanismus auch von Seiten der Produktion unter Druck. Die Unternehmen konnten aufgrund der Stockungen in

der Produktion Kredite nicht mehr bedienen. Auch deshalb mussten die Banken ihre Kredite drosseln. Während die Produktion ins Stocken geriet, stiegen so die Kreditzinsen.

Die auf die Finanz- und Kreditkrise folgende „Staatsschuldenkrise“ hat eine ihre Ursachen darin, dass die Banken für Verluste entschädigt wurden, bzw. dass ihre Profitansprüche weiterhin bedient wurden. Die Krise der Staatsverschuldung, verstärkt durch die ungleichmäßige Entwicklung in der Euro-Zone, welche hohe Defizite in einigen Ländern verursachte, spitzte sich schließlich zu einer Krise der Währungsunion zu.

Euro-Krise

Bei dem Versuch der staatlichen und institutionellen Bewältigung der Krise, wurde zunächst auf die Bankenrettung mittels staatlicher Hilfe gesetzt. Dadurch wurde eine stärkere Entwertung von Finanztiteln und Kapital verhindert und die Ursachen der Krise wurden verschleppt.

Zudem sprang die Europäische Zentralbank nicht nur als Gläubigerin ein, indem sie die Banken mit Krediten unterstützte, sie kaufte auch Staatsanleihen von den Banken ab. So erwarb die EZB riskante Wertpapiere aus Krisenländern und nahm damit Risiken aus dem Markt. Krisengebeutelte Volkswirtschaften konnten ihre Staatsschulden teilweise nicht mehr bedienen, und so war es für sie auch immer schwerer möglich, neue Kredite aufzunehmen.

Um die Gefahr des Auseinanderbrechens der Euro-Zone für das Finanzkapital zu bannen, wurden die von der Krise am meisten betroffenen Staaten zum einen dazu angehalten, ihre Staatsverschuldung radikal abzubauen, zum anderen wurde von der EZB auch der Kauf von Staatsanleihen organisiert, verbunden mit dem Ziel, die Zinsdifferenzen zwischen den Staatsanleihen der verschiedenen Länder möglichst gering zu halten. Staaten wie Deutschland haben aber kein wirkliches Interesse an möglichst ausgeglichenen Zinssätzen. Hohe Kosten für die Aufnahme von Krediten sollen nach den Vor-

stellungen einiger imperialistischer Kernländer die Kreditnehmer gerade disziplinieren.

Die Zinsdifferenzen gingen, von Schwankungen begleitet, zurück, aber nur um den Preis einer gewaltigen Geldschwemme, die die Finanzmärkte weiter aufblähte und die Spekulation erneut anfachte. Der Abbau der Staatsschulden mittels Sparmaßnahmen bedeutet tiefe Einschnitte bei Pensionen, im Gesundheitssystem und bei öffentlichen Einrichtungen. Fünf Länder – Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern – mussten zeitweise unter den Euro-Rettungsschirm schlüpfen. Ihnen wurden radikale „Strukturreformen“ verordnet. Es kam zu Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung und massiven Verschlechterungen im Arbeitsrecht. Aber die Sparmaßnahmen, die von EU-Kommission, EZB und IWF verordnet wurden, verschärften die Krise, etwa in Griechenland, noch mehr, schwächten die Wirtschaft und verschärften das Problem der Arbeitslosigkeit. Die Staatsschulden konnten so erst recht nicht abgebaut werden. Im Gegenteil. Steuerausfälle und höhere Ausgaben haben die Staatsschuld zusätzlich erhöht.

Krisenbewältigung

Die gegenwärtige Krise ist noch nicht überstanden. Eine nur langsam wachsende Produktion, aber schneller wachsende Finanzmärkte, bergen weiter die Gefahr von krisenhaften Einbrüchen. Dies zeigt sich weltweit. Das Finanzkapital setzt auf radikale Sparmaßen zu Lasten der Arbeiterklasse und des Volkes, auf einen höheren Profit mittels Verlängerung der Arbeitszeit, späterem Pensionseintritt, niedrigeren Löhnen usw. Das Kapital will dies möglichst europaweit verankern und durchsetzen.

Doch die Krise ist eine Krise der Überproduktion von Waren und Kapital. Sie ist daher auch nur wirklich lösbar durch eine entsprechende Entwertung, das heißt Vernichtung, von Kapital und Vermögen. Genau dem will aber das Finanzkapital mit aller Kraft entgegenwirken.

Die neoliberale Variante des Kapitalismus wird weiter verschärft. Doch es gab auch keynesianisch inspirierte Einzelmaßnahmen. Dazu zählen etwa Investitionsprogramme, aber auch die expansive Geldpolitik der Zentralbanken. So war es zwar möglich, im Rahmen des Geldumlaufes die Krisenerscheinungen teils zu bannen, aber die eigentlichen Ursachen der Krise wirken weiter.

Eine Antwort auf die Krise können daher auch nicht Maßnahmen sein, die da und dort Nachbesserungen und eine bessere Steuerung der Wirtschaft verlangen. Die Antwort auf die Krise kann nur sein, entschieden der Sparpolitik zu Lasten der Arbeiterklasse und des Volkes entgegenzutreten, sowie auch den Verschlechterungen in der Arbeitswelt.

Diese Krise lässt sich nicht durch illusorische Reformen – etwa hin zu einer sozial ausgestalteten EU – überwinden. Es bedarf einer direkten Konfrontation mit dem Finanzkapital.

Der Kapitalismus wird auch nicht von selbst zusammenbrechen. Vielmehr trägt er auch das Potential eines neuerlichen „Aufschwungs“ in sich. Allerdings immer nur auf Kosten der Arbeiterklasse und nur als vorübergehende „Lösung“. Die Arbeiterklasse muss daher organisiert gegen das Finanzkapital und dessen Interessen vorgehen, mit dem Ziel der Überwindung des Kapitalismus, der immer nur neue Krisen bereithält.

2. Klassen im heutigen Kapitalismus

2.1. Die herrschende Klasse

Die herrschende Klasse im gegenwärtigen Kapitalismus ist die Finanzoligarchie, die das Eigentumsmonopol an den Produktionsmitteln in ihren Händen hält und sich den Mehrwert durch Ausbeutung der Arbeiterklasse aneignet.

Die Finanzoligarchie realisiert den Mehrwert überwiegend mittels Wertpapierbesitzes auf Grundlage der Verschmelzung von Bank-

und Industriekapital. Das bedeutet, dass sie in der Lage ist, alle Bestandteile des Mehrwerts, also Unternehmergewinn und Zins sowie auch Spekulationsgewinne, Grundrente und kommerziellen Profit, zu realisieren.

In Österreich ist das Finanzvermögen in wenigen Händen konzentriert. Das superreichste Tausendstel hält so viel Nettovermögen (also das Bruttovermögen abzüglich der Konsumentenkredite) wie die gesamte vermögensärmere Bevölkerungshälfte zusammen. Und dies stützt sich nur auf die statistisch erfassten Zahlen zum Finanzvermögen.

Aktienbesitz ist in Österreich auf reiche Haushalte konzentriert. Im vermögendsten Zehntel partizipieren über 81 Prozent am Kapitalmarkt mittels Aktien, Anleihen und Investmentzertifikaten. Im untersten Dezil sind es nur 2 Prozent.

Rund 3 Prozent der österreichischen Haushalte halten direkte GmbH-Beteiligungen. Die Top-10- Prozent der GmbH-Beteiligungsbesitzer besitzen rund 92 Prozent des Werts dieser GmbH- Beteiligungen.

Geht man von den 565 umsatzstärksten Unternehmen Österreichs aus und fragt nach den privaten Letzteigentümern, so findet man folgende Kapitalisten an der Spitze der Pyramide:

REWE, die Unicredit und Volkswagen erweisen sich als die bedeutendsten internationalen Player. Bei den inländischen privaten Letzteigentümer liegt Georg Pfeiffer vor Dietrich Mateschitz und der AKF Privatstiftung der Familie Krauter, der u.a. LKW Walter gehört.

Gruppiert man die inländischen privaten Letzteigentümer zu Familien, ergibt sich folgender Rang in der Eigentümerhierarchie:

Auf den Plätzen 1, 4 und 5 die Familien Reisch, Drexel und Poppmeier, die allesamt Gründerfamilien von Spar sind und auch Beteiligungen an Interspar, Maximarkt und Hervis halten, sowie über eine Schweizer Holding teilweise dm besitzen.

Am zweiten Platz finden wir mit der Familie Blum aus Höchst die Eigentümer der Julius Blum GmbH, die Möbelbeschläge herstellt und vertreibt.

Auf Platz 3 befinden sich mit dem Namen Seifert (Andreas und Friedrich) die Besitzer von XXXLutz.

Die Familie Pfeiffer aus Leonding (ehemals Zielpunkt, Unimarkt, C+C Pfeiffer, Pfeiffer Logistik) findet sich auf Platz 6.

Natürlich sind es große, weitverzweigte Konzerne, die die österreichische Wirtschaft durchdringen, hinter denen aber immer Eigentümer auszumachen sind. Als einer der einflussreichsten Konzerne sei hier Raiffeisen genannt:

Auch geht man nur von österreichischen Unternehmen mit verfügbaren Bilanzen aus, die direkt über die Raiffeisen Zentralbank Österreich gehalten werden, zeigt sich der große Einfluss dieses finanzkapitalistischen Konzerns. Die RZB konzentriert insgesamt 0,30 % des Umsatzes und 0,27 % der Mitarbeiter in den dokumentierten Bereichen der österreichischen Wirtschaft auf sich. Ihr wirklicher Einfluss geht aber weit über diesen unmittelbaren Anteil am eigentlichen Umsatz hinaus. Das Unternehmenskonglomerat verfügt über 560 Raiffeisenbanken und leitet über die Lagerhausgenossenschaften an die 40 Lagerhäuser, 480 Lagerhausmärkte, ca. 740 Filialen und Abgabestellen und kontrolliert zwei Drittel der Getreideernte und anderer Feldfrüchte. Die Molkereigruppe hält den überwiegenden Marktanteil bei verschiedenen österreichischen Milchprodukten. Außerdem hält Raiffeisen ca. 800 Verwertungsgenossenschaften. Beteiligungen hält der Konzern zudem in den Bereichen Industrie und Handel, Versicherungen, Medien und Telekom, Dienstleistungen und Fremdenverkehr. Insbesondere ist Raiffeisen auch Miteigentümer an den Medienunternehmen „Kurier“, „News“ und „Mediaprint“.

In den letzten Jahrzehnten jedoch haben Banken langfristige Beteiligungen in der Industrie häufig abgestoßen und wandten sich direkt den Investitionen auf den internationalen Finanzmärkten zu.

Dennoch ist der Einfluss der Banken in der österreichischen Wirtschaft erheblich. Am stärksten sind sie im Bereich Kunst und Unterhaltung etc. verwoben. Ansonsten sind noch die Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, Information und Kommunikation und Wasserversorgung etc. als solche mit Beteiligungen österreichischer Banken zu nennen. Die Versicherungen sind deutlich weniger verwoben.

Was in den letzten Jahrzehnten zudem zu beobachten war, ist, dass der Anteil des ausländischen Kapitals in Österreich zugenommen hat. Ausländische Kapitalisten, die als Eigentümer in Österreich in Erscheinung treten, kommen vor allem aus Deutschland (11,43 % am Eigenkapital österreichischer Unternehmen), den Niederlanden (6,80 % am Eigenkapital), Italien, der Schweiz, Luxemburg, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Russland und den USA.

Dennoch kann man von einer österreichisch gegliederten Monopolbourgeoisie sprechen. Bei den Herkunftsländern der Letzteigentümer österreichischer Großunternehmen liegt Österreich immer noch vorne. Das Ausland repräsentiert jedoch etwa 38 Prozent vom Nominalkapital der 565 umsatzstärksten österreichischen Unternehmen.

Die Bedeutung des Staates als Eigentümer in der österreichischen Wirtschaft hat zudem abgenommen. Dies ist vor allem Folge der Privatisierungen.

Dennoch übt der Staat als Eigentümer noch erheblichen Einfluss aus. Der Staat als Eigentümer dient den Kapitalisten und unterstützt sie. Dies unter anderem, weil er eine Umverteilung der Profite hin zum Monopolkapital vornimmt. Staatliche Betriebe arbeiten privatkapitalistischen Unternehmungen zu und tragen Kosten, die die Monopole selbst nicht tragen wollen oder können. Aber der Staat ist auch als Nichteigentümer Stütze des Finanzkapitals, indem er die bürgerliche Ordnung sichert, Finanzmittel zugunsten der Monopole umverteilt und auch in allen anderen Belangen die großen Monopole stützt und ihre Interessen bedient.

Der Staatsapparat wird überhaupt den Interessen der Finanzoligarchie untergeordnet und dient der Umsetzung dieser Interessen auf allen Gebieten der Politik. Somit ist auch die politische Elite, die im Interesse des Finanzkapitals handelt, zur herrschenden Klasse zu zählen. Oft sind Politiker auch selbst Kapitalisten oder wechseln zwischen dem politischen Geschäft und der Privatwirtschaft, in der sie auch die Rolle von Eigentümern wahrnehmen können.

Überhaupt sind sämtliche Handlanger der Finanzoligarchie, die wichtige Funktionen zu Gunsten des Finanzkapitals ausüben, zur herrschenden Klasse zu rechnen. Dazu gehören auch die Spitzenmanager, die strategisch wichtige Unternehmensentscheidungen treffen.

Das Eigentum am Kapital ist heute weitestgehend getrennt von der Kapitalfunktion. Und es sind eben nicht die Eigentümer selbst, sondern die Funktionäre des Kapitals, also die Manager, welche die Geschicke eines Unternehmens leiten. Dies zeigt auch, dass die Kapitalistenklasse überflüssig und störend ist. Sie wird für die Leitung und Führung der Wirtschaftseinheiten nicht gebraucht.

Selbst wenn die Manager nur einen Unternehmerlohn erhalten, heißt das nicht, dass der Übergang zur Klasse der Eigentümer völlig unmöglich ist. In vielen Fällen sind die Manager auch Eigentümer von geringerer oder größerer Bedeutung.

Auch die nichtmonopolistischen Kapitalisten, also Kapitalisten, die selbst keinen Monopolprofit einfahren, stehen in einem Klassengegensatz zur Arbeiterklasse. Oft üben diese selbst einen größeren Einfluss auf die Geschäfte des Unternehmens aus, als dies etwa in großen Konzernen der Fall ist. Ihr Klasseninteresse als die Arbeitskraft anderer ausbeutende Unternehmer schließt jedoch Interessensgegensätze mit der Finanzoligarchie nicht aus. Vor allem deshalb, weil die kleineren Kapitalisten betreffend ihres Anteils am Mehrwert benachteiligt sind.

In den meisten Fällen sind Kleinunternehmer überwiegend auf fremdes Kapital angewiesen. Sie erhalten lediglich einen Unternehmer-

lohn. Kleine und mittlere Unternehmen sind zwar zahlenmäßig in Österreich am stärksten vertreten. Aber sie konzentrieren weit weniger Kapital auf sich. Vielfach sind sie vom Finanzkapital abhängig. Sei es, dass sie überhaupt in Konzernstrukturen integriert sind, sei es mittels fremder Beteiligungen, durch Lieferbeziehungen oder Kredite.

2.2. Arbeiterklasse

Es wäre zu eng zu meinen, dass neben der Klassenanalyse kein anderer Ansatz irgendwelche brauchbaren Erkenntnisse liefern könnte, etwa hinsichtlich der Erkenntnis über die Selbsteinschätzung vieler Menschen, Einkommensverteilungsverhältnisse und -trends. Die eigentliche Frage ist jedoch: Mit welchem Ansatz lassen sich die gesellschaftlichen Verhältnisse auf das hin begreifen, was sie begründen? Und welchen grundlegenden weltanschaulichen und politischen Charakter haben die unterschiedlichen Modelle?

Der Klassenbegriff ist ein theoretischer Begriff, der sich weder auf das Erscheinungsbild noch auf arbeitsrechtliche Grundlagen, sondern auf das Wesen der Sache bezieht.

Die Arbeiterklasse als historisches und als revolutionäres Subjekt

Die Arbeiterklasse hat als einzige Klasse im Kapitalismus die Fähigkeit, kraft ihrer objektiven Interessen eine andere Produktionsweise hervorzubringen, die auf einem höheren Niveau liegt als die bisherige Gesellschaftsform. Diese geschichtliche Aufgabe („historische Mission“) der Arbeiterklasse bedeutet jedoch nicht, dass die ArbeiterInnen über besondere Qualitäten verfügen, oder die Arbeiterklasse allein Geschichte machen würde. Sie stellt auch nicht in jeder Situation die aktivste Kraft in gesellschaftlichen Befreiungskämpfen dar und ist nicht immer und überall die am meisten bedrückte und ausgebeutete Klasse der Gesellschaft.

Die Arbeiterklasse ist das Subjekt gesellschaftlicher Veränderung, sie ist das revolutionäre Subjekt. Alle früheren Klassen haben, auch in ihrer revolutionären Entwicklungsphase, ihre besonderen Interessen ge-

genüber der Gesamtgesellschaft verfochten (Sonderinteressen wurden zur allgemeinen Norm erhoben).

Die Arbeiterklasse verkörpert keine derartigen Sonderinteressen, da sie keine neue, andere Form der Etablierung des privaten Produktionsmitteleigentums anstrebt, sondern mit der Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zugleich die gesellschaftliche Wurzel der Ausbeutung und Unterdrückung selbst aufhebt.

Denn die grundlegenden Gegenwarts- und Zukunftsinteressen der Arbeiterklasse fallen mit den grundlegenden objektiven Interessen der überwiegenden Mehrheit der Menschheit zusammen. „Historisches Subjekt“ ist die Arbeiterklasse nur potentiell, wenn sie von der Klasse an sich zur Klasse für sich wird: Die Menschen müssen selbst praktische Widerspruchs- und Kampferfahrungen gewinnen, diese verarbeiten und zur Grundlage politischer Praxis machen.

Der Klassenbegriff ist somit kein bloßer Strukturbegriff oder konstatiert nur entgegengesetzte Interessen, sondern enthält vielmehr in sich das Entwicklungsprinzip und die Perspektive seiner Aufhebung.

Klassenanalyse und Klassentheorie

Klassen bestimmen sich nach der Lenin'schen Definition über ihren Platz in der gesellschaftlichen Produktion, ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln, ihrer Rolle bei der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit und schlussendlich über wie viel (gesellschaftlichen) Reichtum sie verfügen.

In der Klassenkonzeption wird die Stellung des Einzelnen nicht bestimmt durch seine konkreten Konsumtionsmöglichkeiten, sondern anhand seines Verhältnisses zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln und allen sich daraus ableitenden Folgen.

Eine Auffassung der Arbeiterklasse, die am Erscheinungsbild des Proletariats aus seiner frühen Periode der Industrialisierung festhält und nur diejenigen Werktätigen dazuzählt, die unmittelbar körperlich ar-

beiten und Mehrwert schaffen, ist zu eingeschränkt. Die Arbeiterklasse wird dabei mit dem Industrieproletariat gleichgesetzt. Dabei bleibt der Grad der Unterordnung unter das Kapitalverhältnis unberücksichtigt, genauso wie die im Zuge der Verwissenschaftlichung stattfindende Erweiterung der Tätigkeitsbereiche, die der Produktion vor-, neben- oder nachgelagert sind.

Auch unzulänglich ist dahingehend das Abgrenzen von Bevölkerungsgruppen, die kein „Primäreinkommen“ aus einer Tätigkeit in der unmittelbaren Produktions- und Verwertungssphäre, sondern sog. „abgeleitete“ Einkommen beziehen (sog. „Mittelklasse“). Aus diesen Ansätzen folgt natürlich auch, dass die Arbeiterklasse im Zuge der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einem zunehmenden Schrumpfungsprozess unterworfen wäre, da die Ausweitung der Zirkulations- und Dienstleistungsbereiche ausschließlich das kontinuierliche Wachstum der „Mittelschichten“ bzw. „Mittelklassen“ bedeuten würde.

Andererseits ist die Ansicht, den Lohnabhängigen-Status für das entscheidende und im Wesentlichen (ausschließlich) bestimmende Kriterium heranzuziehen, genauso unzulänglich. Nach diesem Ansatz ist die Arbeiterklasse weitgehend identisch mit der Summe aller ArbeiterInnen, Angestellten und Beamten. Die Kategorie der „lohnabhängigen Mittelschichten“ (und ihre Spezifik) hat in dieser Konzeption ebensowenig Platz wie diesbezüglich mögliche bündnispolitische Überlegungen.

Eine zeitgemäße Bestimmung der Arbeiterklasse knüpft an die Lenin'sche Klassendefinition an. Sie wird ergänzt durch das Kriterium des Entwicklungsniveaus des Warencharakters der Arbeitskraft. Als Kriterium der Abgrenzung der Arbeiterklasse zu den – sich im staatsmonopolistischen Kapitalismus zur massenhaften Schicht ausbildenden – „lohnabhängigen Mittelschichten“ gilt jenes der vollen Entfaltung des Warencharakters der Arbeitskraft. Die voll zum Warencharakter entfaltete Arbeitskraft verliert 1. ihre besonderen, an ihre Qualifikation gebundenen Privilegien und wird 2. (weitgehend) beliebig austausch- und ersetzbar.

Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse bestimmt sich nicht allein durch das Nichteigentum an Produktionsmitteln und der Verrichtung von Lohnarbeit, sondern die Arbeitskraft muss in vollem Umfang zur Ware entwickelt und damit dem Lohngesetz vollständig unterworfen sein. Dieses Kriterium (Übergang von der formalen zur realen Unterordnung der Arbeitskraft unter das Kapital) beschreibt die volle Austauschbarkeit und absolute Ersetzbarkeit der Arbeitenden. Es zielt also auf die Vollendung der Unterordnung der lebendigen Arbeit unter das Kapital als wesentliches, die Arbeiterklasse konstituierendes Merkmal ab.

Diesem Übergang von der formalen zur realen Unterordnung der Arbeitskraft (und der Arbeitsprozesse) unter das Kapital wurde zuerst die Fabrikarbeitserschaft unterworfen. In den letzten Jahrzehnten folgten alle Bereiche. Doch gab es in den letzten Jahren teilweise auch gewisse Gegentendenzen. So entstanden neue Formen der Heimarbeit, kleine Selbständige, prekarierte Arbeitsverhältnisse etc. Diese Tätigkeiten befinden sich teils räumlich und vordergründig auch hierarchisch nicht in der direkten Einflussphäre des Unternehmers/Abnehmers. Durch ihre ökonomische Abhängigkeit sind sie letzteren aber ebenso wieder ein- und untergeordnet.

Das gilt auch für breite Teile der Angestellten: In ihrer Mehrheit üben diese untergeordnete Tätigkeiten aus, unterliegen einer ständigen Kontrolle und werden in ihren Arbeitsleistungen nach industriellen Effizienzkriterien gemessen. Angestellte haben in ihrem Anwachsen zu einer Massenschicht eine innere soziale Differenzierung erfahren. Sie wurden in ihrem LohnarbeiterInnenstatus massenhaft einer echten Proletarisierung unterworfen. Das Anwachsen der Angestelltentätigkeit und deren massenhafter Proletarisierung ist zugleich ein Indikator dafür, dass der/die Arbeitende aus dem unmittelbaren Produktionsprozess heraustritt.

Was die „lohnabhängige Mittelschicht“ und die „Intelligenz“ betrifft: Ihre Funktion im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ist anders beschaffen als die der Arbeiterklasse. Dies ist zumeist gebunden an besondere Qualifikationen ihrer Arbeitskraft. Sie üben

bestimmte besondere Funktionen aus, nicht zuletzt auch in den ideologischen, wirtschaftspolitischen u.ä. Apparaten. In ihrer Arbeitskraft sind gegenüber dem Proletariat noch Privilegien eingeschlossen. Die lohnabhängigen Mittelschicht lebt vorwiegend vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, aber deren Warencharakter ist nicht voll ausgeprägt.

Die Arbeitsmärkte der lohnabhängigen Intelligenz sind segmentiert, was natürlich nicht ausschließt, dass sich auch hier das Lohngesetz über Angebot und Nachfrage geltend macht, oder dass etwa Arbeitslosigkeit auftritt. Aber dieser Prozess vollzieht sich auf einem gegenüber der Arbeiterklasse anderen Niveau. Es werden hier modifizierte und höhere Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft wirksam. Ware ist also nicht gleich Ware. Denn die Austauschbarkeit und Reproduzierbarkeit kann eingeschränkt sein. Die „lohnabhängigen Mittelschichten“ bilden somit eine eigene, nichtproletarische Schicht, deren Grenzen im Wesentlichen durch die Grenzen der beiden Hauptklassen bestimmt sind.

Wodurch sich die Arbeiterklasse von den „lohnabhängigen Mittelschichten“ unterscheidet, hängt vor allem von der Art der Tätigkeit und der „Funktion“ im Arbeitsprozess (anleitend oder ausführend) ab. Die Ausübung kapitalistischer Leitungsfunktionen auch auf mittlerer Ebene der betrieblichen Hierarchie, schließt daher die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse aus. Diese Leitungskader kennzeichnet eine zwiespältige Stellung, einerseits Lohnabhängige, andererseits Organisatoren, Überwacher und Eintreiber der Mehrarbeit anderer fürs Kapital zu sein. Der Charakter der Arbeitskraft bestimmt sich darüber, wofür man im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung gebraucht wird: Für die Produktion- und Reproduktion im gesellschaftlichen Wirtschaftsprozess, oder als Fungierender in den herrschafts- und meinungsmachenden Apparaten. Vor allem bei Staatsangestellten ist deren konkrete Funktion im Staatsapparat zu berücksichtigen. Nicht zuletzt ihre jeweilige Nähe zu den repressiven Staatsfunktionen.

Wir haben es sowohl mit einem Anwachsen der Arbeiterklasse wie einer zunehmenden Herausbildung nichtproletarischer „lohnabhängiger Mittelschichten“ zu tun, die zwischen den Klassen stehen, ob-

gleich sie sich oft als über ihnen stehend begreifen. Dennoch sind die „lohnabhängiger Mittelschichten“ nach beiden Seiten offen und ein äußerst heterogenes soziales Konglomerat. Obwohl die Grundklassen für die Klassenstruktur der Gesellschaft bestimmend sind, machen sie also nicht die gesamte Klassenstruktur der Gesellschaft aus.

Die heutige Struktur der Arbeiterklasse

Weltweit findet eine „Verlegung“ des Industrieproletariats statt, aus industriellen Zentren hin zur sogenannten „Peripherie“. Von einer Abnahme der Arbeiterklasse zu sprechen, wäre eurozentristisch und auch für den europäischen Raum, insbesondere Österreich, schlichtweg falsch.

In den letzten Jahrzehnten gab es tiefgreifende Veränderungen in Österreich und den hochindustrialisierten europäischen Staaten:

-) Eine beständige Verallgemeinerung der Lohnarbeit, der kontinuierliche Anstieg der Zahl unselbständig Beschäftigter, wobei ausschließlich aufgrund von Anstieg im Angestelltenbereich
-) Seit Beginn der 1990er prozentuell wie auch in absoluten Zahlen mehr Angestellte als ArbeiterInnen. Wobei in Österreich auch aufgrund juristisch besserer Grundlagen oftmals ein Wechsel vom Arbeiter- zum Angestelltenverhältnis geschieht.
-) Jedoch auch tief greifende Veränderungen in einzelnen Bereichen.
-) Prozentueller Rückgang des klassischen Industrie-/ Fabrikproletariats
-) Zunehmende Verschiebung zugunsten des Dienstleistungssektors
-) Auslagerungen aus dem eigentlichen Fertigungsprozess (davor, daneben, danach)
-) Zunehmende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen (Teilzeit, freie DienstnehmerInnen, Leiharbeit, etc.)
-) Ab Ende der 1990er: massiver Rückgang im öffentlichen Dienst, gleichzeitig noch weiterer Anstieg im Angestelltenbereich (Ausgliederungen, Privatisierungen).

Nicht alle sogenannten „Nichtlohnabhängigen“ sind außerhalb der Arbeiterklasse. Prekäre Beschäftigung ist nur eine (arbeits- und sozialrechtlich) verschlechterte Art der klassischen Lohnarbeit. Freie DienstnehmerInnen sind in überwiegendem Ausmaß scheinselfständig. Dies stellt eine rechtlich schlechter gestellte Art der Lohnarbeit dar, welche vergleichbar ist mit der alten Tagelöhneri. Das Neue daran ist die massiv angestiegene Zahl dieser eigentlich als normale LohnarbeiterInnen zu beschäftigenden Menschen. Zum anderen sind dies meist individualisiert (und teilweise mit eigenen Arbeitsmitteln) Arbeitende, die dadurch schwerer solidarisiert sind und teilweise bewusstseinsmäßig Kapitalinteressen anhängen. Genauso sind jene, die (gerade) nicht direkt in Lohnarbeit, aber davon abhängig sind, Teil der Arbeiterklasse (Arbeitslose, ReproduktionsheimarbeiterInnen, PensionistInnen, Familie, SchülerInnen, StudentInnen,...). Damit fallen auch all jene Beschäftigten im Dienstleistungssektor, der zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft notwendig ist, unter die Arbeiterklasse.

Die Struktur und Größe der Arbeiterklasse wie auch ihres Kerns haben sich verändert. Aber die Arbeiterklasse ist infolge ihrer zahlenmäßigen Größe, ihrer Stellung im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess derjenige Teil der Gesellschaft, der am wirksamsten der wachsenden Ausbeutung und dem Ausverkauf der sozialen Sicherungssysteme entgegentreten kann. Eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft wird weiter vor allem von der Bereitschaft der ArbeiterInnen und Angestellten abhängen, notfalls alles stillstehen zu lassen – und die Verhältnisse umzustürzen.

Trotz aller relativierender Tendenzen und trotz der Bedeutungszunahme anderer Sektoren in der Arbeitswelt bleiben die Arbeiterklasse und ihre industriellen Kernbereiche von besonderer Bedeutung. Ihr Stellenwert ergibt sich aufgrund ihrer Größe und ihrer zentralen gesellschaftlichen Funktion. Jedoch ist die Wichtigkeit anderer, nichtklassischer Kernteile der Arbeiterklasse durch die strukturellen Veränderungen des Industriesystems gewachsen, wie auch die Notwendigkeit von Allianzen, Bündnissen und Zusammenschlüssen mit Rand- und Mittelschichten, die ebenfalls an der Mehrwertproduktion bzw. an deren Realisierung ihren Anteil haben.

2.3. Zwischenschichten

Eine Stellung zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse nehmen verschiedene Schichten ein, die zwischen herrschender Klasse und Proletariat schwanken. Weil sie auch aufgrund ihrer Stellung im Ökonomischen und Sozialen nicht eindeutig zuzuordnen sind.

Die Lage der Zwischenschichten ist unstetig und dauernden Veränderungen unterworfen. Sofern sie ins Proletariat übergehen oder (einzelne) Interessen der Arbeiterklasse vertreten, sind sie für den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse gewinnbar. Indem sie individuelle Privilegien im Sinne einer Verteidigung der kapitalistischen Ordnung sicherstellen wollen, sind sie reaktionär und stehen auf Seiten der herrschenden Klasse, auch wenn sie nicht sämtliche ihrer Privilegien genießen.

Selbständige Mittelschichten sind (Mit-)Eigentümer von Unternehmen, arbeiten aber meist selbst im Betrieb mit. Sie schaffen also auch selbst Wert und schwanken so, sofern sie auch klassische Unternehmerinteressen vertreten und Lohnabhängige beschäftigen, zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Kleine Selbständige arbeiten oft ganz alleine. Viele Unternehmensbereiche, vom Rechnungswesen bis zur Reinigung sind heute aus Konzernen ausgelagert und werden von kleinen Selbständigen betrieben. Sie besitzen zwar oft in geringem Umfang auch eigene Produktionsmittel, sind aber Lohnabhängigen in vielen Bereichen gleichgestellt. Dies betrifft unter anderem ein eher geringes Einkommen, das mit anderen Selbständigen nicht unbedingt Schritt halten kann.

Lohnabhängige Mittelschichten dienen meist im mittleren Bereich der Unternehmens- und Staatshierarchie. Sie sind zwar durch ihr Einkommen meist besser gestellt als andere Lohnabhängige und erfüllen auch Funktionen zur Sicherung der bestehenden kapitalistischen Ordnung, sie haben aber oft ein distanzierteres Verhältnis zum bürgerlichen Eigentum, da sie selbst davon nur in Maßen profitieren.

Öffentlich Bedienstete sind wiederum zu differenzieren nach der Funktion, die sie bei der Sicherung des kapitalistischen Eigentums wahrnehmen. Sie sind aber vor allem auch Lohnarbeiter, mit höherem oder geringerem Einkommen und insofern können sie durchaus auch Interessen der Arbeiterklasse vertreten.

Auch die heutige Intelligenz ist zu differenzieren; nach der jeweiligen Stellung, die sie hinsichtlich der Erhaltung der bestehenden monopolkapitalistischen Ordnung einnimmt. Aus der Intelligenz rekrutieren sich oft bessergestellte Lohnarbeiter mit hoher Qualifikation und hoher Verantwortung für das weitere Funktionieren des Kapitalismus. Ein immer wachsender Anteil der Intelligenz ist aber prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt und trotz hoher Qualifikation und langer Ausbildungszeit oft schlechtergestellt als beispielsweise ein gelernter Facharbeiter.

Die Bauernschaft steht insofern in einer Gegnerschaft zum Finanzkapital, als dieses oft auch landwirtschaftliche Betriebe in den Ruin treibt. Die meisten Bauern können heute von der Landwirtschaft nicht leben (Nebenerwerbsbauern). Sie sind oft zu einer Lohnarbeit gezwungen.

3. Vom Kapitalismus zum Sozialismus

Wir leben in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die Produktivkräfte, also die Arbeit selbst, die immer effektiver wird, wie auch die Anwendung modernster Technik, treten in Konflikt mit den herrschenden Eigentumsverhältnissen, der Aneignung des geschaffenen Reichtums durch ein paar wenige, die selbst gar nichts zur Schaffung dieses Reichtums beitragen.

Aller gesellschaftlicher Reichtum wird durch die Arbeiterklasse geschaffen. Die Arbeiterklasse steht lang schon in einem direkten Gegensatz zur Kapitalistenklasse, welche die bestehende Ordnung in ihrem Interesse unbedingt aufrecht erhalten muss. Aber die Kräfte, die sie

vorgibt zu kontrollieren, kann sie in Wirklichkeit nicht beherrschen. Die Arbeiterklasse, in ihrer ständig wachsenden Zahl, muss im Kampf gegen die Kapitalistenklasse die herrschende Ordnung beseitigen um zu einer ihr dienenden Ordnung zu gelangen. Dem Sozialismus.

Dass der Kapitalismus längst ein Hindernis für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte geworden ist, zeigt sich nicht zuletzt am Reaktionärwerden der Bourgeoisie. Gab es eine aufsteigende Richtung des Kapitalismus, in welcher die Kapitalisten selbst noch eine teils fortschrittliche Rolle in der Entwicklung der Gesellschaft spielen konnten, verliert die Bourgeoisie mit dem Imperialismus – der sterbender Kapitalismus ist – ihre revolutionierende Leistungsfähigkeit. Die Kapitalisten werden nicht nur überflüssig, sie schaden dem weitem Fortschritt und halten ihn auf, sie gefährden ihn. Der Kapitalismus führt zur Zerstörung und zur Barbarei. Im Dienste der Menschheit muss er überwunden werden.

Mit dem Scheitern des real existierenden Sozialismus in der Sowjetunion und in Teilen Europas, enden nicht die Triebkräfte, welche diese Epoche kennzeichnen. Der Gegensatz zwischen Kapital und Lohnarbeit bleibt bestehen. Und somit endet auch nicht der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten für den Sozialismus. Dass die weitere Entwicklung der Oktoberrevolution – als welthistorisch einschneidendes Ereignis und Manifestation der Epochenentwicklung – vorübergehend endete, bedeutet nicht das Ende der Epoche, als dem Prozess des Übergangs von der Ausbeutungsgesellschaft zu einer Gesellschaft von Ausbeutung und Unterdrückung befreiter Menschen. Mit dem Abbruch der Oktober-Geschichte ist der Konflikt der Epoche nicht zu Ende, denn das alte System ist nicht überwunden und der Sozialismus nicht gesichert und erreicht.

Dennoch, die gegenwärtige Phase des Kapitalismus ist eine konterrevolutionäre. Zwar sind die Menschen teils, von Empörung über die Zustände ergriffen, in Bewegung gesetzt. Aber ein Kampf auf breiter Linie gegen die bestehende Herrschaft des Finanzkapitals ist zumindest in Österreich und in anderen Ländern Mitteleuropas nicht in Sicht. Der Klassenkampf von oben, das Niederhalten der Arbei-

terklasse und ihrer Interessen, das Durchsetzen von Maßnahmen, die gegen die Interessen der Arbeiterschaft gerichtet sind und auch die Rücknahme bereits gewonnen geglaubter Fortschritte, zeugt von einer Überlegenheit der Kapitalisten im gegenwärtigen Kampf der Klassen.

Will die Arbeiterklasse diesen Kampf gewinnen, muss sie aber nicht nur aktuelle Angriffe des Kapitals abwehren und Verbesserungen für sich selber durchsetzen, sie muss gleichzeitig auch zum Schlag gegen die Kapitalisten als herrschende Klasse ausholen, um selbst die Macht zu ergreifen.

Nachträgliche Kommentare von Mitgliedern der Programmkommission zum gemeinsamen Programmentwurf:

Selma Schacht:

Nicht in allen Punkten konnte Einigkeit erzielt werden, und mit dem einen oder anderen bin auch ich nicht vollständig d'accord. Doch einig war sich die Programmkommission darin, nun einen Text vorlegen zu können, der für die Diskussion innerhalb der Parteistrukturen tauglich ist.

Auch fehlen natürlich Aspekte – wie z.B. die multiethnische Zusammensetzung der Arbeiterklasse – oder haben andere zu viel Gewicht in Relation zum Gesamten. Doch genau darauf sollte die Debatte gerichtet sein: Diskutieren und feilen am vorliegenden Text, ergänzen was zu ergänzen ist.

Danke an die aktiven Mitglieder der Programmkommission für die bisher getane Arbeit und an die aktiven Parteimitglieder und SympathisantInnen, die sich noch in die Diskussion einklinken werden!

Gerfried Tschinkel:

Kürzen kann man immer!